



8. HEFT / AUGUST 1905

ENGELBERT PERNERSTORFER · DER NATIONALE UND DER INTERNATIONALE GEDANKE

DER französische Sozialist Hervé hat durch eine Art von anti-patriotischem Pronunziamento den Anlass zu einer ziemlich ausführlichen Erörterung über Nationalismus, Internationalismus, Patriotismus gegeben, die, soviel mir bekannt geworden ist, von französischen und deutschen Sozialisten geführt wurde. Ich habe diese Polemiken in den letzten Tagen zu verfolgen noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt. Auch ist es nicht meine Absicht, in diese Polemik einzugreifen, ich will vielmehr zu dem aktuellen Gegenstande einiges sagen, was mir schon lange auf dem Herzen liegt. Ein in Österreich lebender Sozialdemokrat deutscher Nation hat vielleicht eine besondere Legitimation dazu, in dieser Sache mitzusprechen, weil die Situation in Österreich besonders geeignet ist, das nationale und internationale Problem in vollster Schärfe sichtbar zu machen. Denn hier tritt Nationalismus und Internationalismus nicht als Gegensatz der verschiedenen Staaten auf, hier handelt es sich um die nationale und internationale Frage, losgelöst vom staatlichen Gegensatz, hier ist der klassische Boden dieses Problems, hier muss es sich zeigen, ob die nationalen Gegensätze sich im Internationalismus restlos auflösen, oder ob nicht vielmehr Nationalität und Internationalität ihre höhere Einheit erst in der sozialen Demokratie finden.

DIESE Frage muss deshalb aufgeworfen werden, weil, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie wenigstens, sehr häufig jedes nationale Empfinden als ein Verstoß gegen den Internationalismus angesehen wurde, ja ein direktes nationales Bekenntnis leicht verdächtig oder lächerlich machte. So ist es heute noch bei den grossen Massen der deutschen Arbeiterschaft in Österreich, und erst in den letzten Jahren macht sich eine leise Schwenkung bemerkbar. Es muss also der Begriff des *Internationalismus* entweder falsch gepredigt oder falsch aufgefasst worden sein, und es ist hoch an der Zeit, den Gedanken des *alien* Internationalismus auszuwurzeln. Denn indem er sich gegen den Nationalismus in jeder Form richtete, suchte er auch den natürlichen Nationalitätsgedanken zu zerstören, als ob sein Wesen darin bestände, diesen auszutilgen und die Nationen zu dekomponieren.

DASS diese fast antinationale Form des Internationalismus unter den Deutschen erfolgreich Schule machen konnte, hat seine guten geschichtlichen Gründe. Alles, was sich in dem neuen geeinten Reiche als *national* bezeichnete, war dem Sozialismus und der organisierten Arbeiterschaft spinnefeind, und so ist es heute noch. Der bedeutsame Unterschied von einst und jetzt liegt aber darin, dass vor dreissig Jahren die Sozialdemokratie Deutschlands eine kleine Partei war, und dass sie heute die grösste ist. Während sie damals in Opposition gegen die überwiegende Mehrheit aller im Deutschen Reiche lebenden Bewohner war, steht sie zwar jetzt auch in schroffster Opposition gegen die Regierungen, bildet aber einen so grossen Teil der Gesamtheit der Bevölkerung, dass sie ohne Überhebung darauf rechnen kann, in nicht allzu ferner Zeit wirklich die Mehrheit der Nation darzustellen. Sie wird immer mehr selbst die Nation und die nationale Partei.

VON Deutschland ist der Sozialismus nach Österreich gekommen. Hier liegt, je moderner sich der Staat trotz alledem entwickeln muss, die grosse Schwierigkeit in den vielen Nationen. Ihr Streit beherrscht seit mehr als einem Menschenalter alle innere Politik. Dieser nationale Streit musste das grösste Hindernis jeder freiheitlichen und sozialpolitischen Entwicklung werden. Es war daher natürlich, dass die deutschen Arbeiter in Österreich, deren Zahl weitaus die der Arbeiter aller anderen Nationen zusammengenommen übertraf, den so hinderlichen nationalen Vorstoss- und Abwehraktionen der einzelnen Völker den Gedanken des Internationalismus entgegensetzten. So wurde auch hier der Internationalismus wesentlich als Antinationalismus aufgefasst. In diesem Sinne lebt er noch heute in Tausenden von Arbeitern. Auch die sogenannten *führenden Elemente*, zumal der Deutschen, vertreten ihn noch heute. NOCH heute, obwohl seit dem Hainfelder Parteitage /1889/ gewichtige Wandlungen vor sich gegangen sind. Dieser Parteitag hat bekanntlich die zerstreuten, verwirrten und desorganisierten Reste der Partei von neuem zu einer Einheit verschmolzen. Das ist das Verdienst hauptsächlich Dr. V. Adlers. Langer und mühsamer Vorarbeit hatte es bedurft, um dies Werk zu stande zu bringen. Aber es gelang, und die Arbeiterschaft aller Nationen Österreichs bildete eine geschlossene, administrativ und organisatorisch einheitliche Masse. Auf den Parteitag, bei gemeinsamen Beratungen, in den Versammlungen herrschte volle Gleichberechtigung der in Österreich gesprochenen Sprachen. Die nationale Frage war bloss eine Sprachenfrage. Der eigentliche Nationalitätsgedanke trat völlig zurück, ja, wurde als störend durchaus abgelehnt, da ja die nationalen Bourgeoisparteien die gemeinsamen Feinde waren. Den nationalen Parteien trat das österreichische Proletariat international geeinigt gegenüber. DA kam das Jahr 1897, und mit ihm der in Wien abgehaltene sogenannte *Wimberger Parteitag*. Es vollzog sich auf ihm offiziell, was sich im stillen vorbereitet hatte. Die Einheitlichkeit der Partei blieb zwar durchaus aufrechterhalten, aber die Form der Administration und Organisation änderte sich wesentlich. Wir haben nun in Westösterreich sechs sozialdemokratische Parteien. Jede verwaltet sich selbständig und hat ihre besonderen Parteitage und Parteileitungen. Die Gesamtheit aller Parteileitungen zusammengenommen bildet die Gesamtexekutive. Sie stellt also die äussere Form der Einheit der Gesamtpartei in Österreich dar. Diese Einheit wird noch besonders verstärkt durch Gesamtparteitage, die alle zwei Jahre zusammentreten. Die innere Ein-

heit zeigt sich darin, dass niemals eine der nationalen Gruppen eine irgendwie wichtigere Aktion unternimmt, ohne in gemeinsamer Beratung in der Gesamtexekutive eine Übereinstimmung der Gesamtpartei herbeigeführt zu haben.

ALS im Jahre 1897 die Grundlagen dieser Scheidung debattiert wurden, waren viele, besonders die alten Genossen, die ihr heftig widerstrebten. Dieser Widerstand entsprang zum grössten Teile der alten Vorstellung vom Internationalismus, der die Hervorkehrung von nationalen Unterschieden als unsozialdemokratisch empfand. Heute noch gibt es unter uns solche, die diese Neu- und Umgestaltung der Partei als ein Unglück ansehen. Nicht, als ob sie die Partei geschwächt hätte, oder als ob irgend ein schwerwiegender Nachteil dieser neuen Form konstatiert werden könnte. Das ist nicht der Fall, sie muss gerade immer mehr als natürlich empfunden werden. Aber sie birgt in sich die Anerkennung nicht etwa bloss der Nationen — die sind immer so stark gewesen, dass sie mit ihrer breiten Realität nicht erst auf theoretische Anerkennung zu warten brauchten —, sondern vielmehr die Anerkennung des Nationalitätsgedankens. Es gibt aber noch heute viele Sozialdemokraten, die sich nur schwer und langsam entschliessen, die Berechtigung, ja die Notwendigkeit des Nationalitätsgedankens anzuerkennen. Sie sehen in der Nationalität nur das trennende Moment, das der einheitlichen Zusammenfassung des Proletariates Schwierigkeiten bereitet. Der proletarischen Gemeinsamkeit der Gegenwartigkeitsinteressen und des zukünftigen Endzieles gegenüber sehen sie in den Nationalitäten eine unbequeme Störung und glauben, der sozialistische Solidaritätsgedanke sei stark genug, alles nationale Besondere auszurotten. In ihrem gutgemeinten Eifer gehen sie so weit, aus lauter Sozialismus das Programm des Sozialismus zu vergessen. Denn dieses verlangt laut und deutlich die Befreiung der Völker, nicht aber ihre Ekrasierung. Wir sehen, dass bei vielen kleinen Völkern, die in der wirtschaftlichen Entwicklung noch weit zurückstehen, der Sozialismus begeisterte Anhänger gewinnt. Vielleicht liegt der Grund für diese sonderbare Erscheinung auch unter anderem darin, dass diese Völker im Sozialismus den Schützer ihrer Nationalität sehen. Sie sind sehr für die sozialistische Weltsolidarität, aber sie würden eine arge Verletzung dieser Solidarität konstatieren, wenn man ihnen zumuten wollte, ihre Nationalität als etwas Unwesentliches, Unbedeutendes und Nebensächliches aufzugeben.

WOHER kommt es, dass insbesondere die deutschen Sozialisten dem nationalen Gedanken immer mit einer gewissen Gleichgültigkeit gegenübergestanden haben? Einen Grund habe ich schon angedeutet. Das Wort *national* musste ihnen schon zum Ekel werden, da sie miterlebten, dass gerade solche Parteien sich mit Vorliebe *national* nannten, für die das wirkliche Volk bloss ein Gegenstand der Beherrschung und der Ausbeutung war. Das Wort *national* kam in den selben Misskredit, wie das Wort *christlich*. Aber für diese nationale Gleichgültigkeit gab es noch tiefere Gründe. Die geschichtliche Entwicklung des deutschen Volkes verhinderte die Bildung eines einheitlichen Staates mit einem Gesamtbewusstsein, und der im deutschen Wesen wirkende Kosmopolitismus, der uns in vielem so ungemein erhöhte, äusserte sich zuletzt auch in einer förmlichen Selbstentäusserung. Was wir daneben in hässlichem und brutalem Chauvinismus gewisser Schichten sehen, das ist so abstossend, dass es der Bildung eines männlichen, edlen nationalen Selbstbewusstseins als hemmendes Element entgegensteht.

UND zuletzt — so wird oft argumentiert — warum auch sollte das Proletariat nationales Empfinden haben? Mit Erbitterung sieht es jeden Tag, dass es, wie von den materiellen Gütern der Nation, so auch von den geistigen ausgeschlossen ist. Es ist uns gleichgültig, so kann man bei uns oft hören, ob wir deutsch oder böhmisch verhungern. Und, in der Tat, von Menschen, die tagtäglich um ihres Lebens Notdurft ringen, die Schätzung idealer Güter verlangen, heisst von den Niedrigsten das Grösste fordern. Die Nationalität in ihrer höchsten Form ist aber ein ideales Gut. Sie bedeutet in höchster Instanz die Menschheitskultur in einer besonderen, höchst eigentümlichen und nur einmal vorkommenden individuellen Ausstrahlung. Sie bedeutet eine Bereicherung der Menschheit durch eine besondere Form ihrer Erscheinung. Am deutlichsten zeigt sie sich in der Sprache. Sie ist das erste und höchste Gut jeder Nation. Der deutsche Proletarier kommt kaum dazu, sie beherrschen zu lernen. Sie ist so sehr schwer. »Der Deutsche ist gelehrt, wenn er sein Deutsch versteht« (Goethe). In die deutsche Literatur einzudringen, dieses stolzeste Gebäude des deutschen Volkes, dazu fehlt ihm schon der Schlüssel des Aussentores. Da nun die materiellen Interessen zumal unser Leben bestimmen, so schien es vielleicht wirklich ungerecht, von dem Arbeiter Nationalgefühl zu verlangen. Und es nicht zu verlangen, ruft doch wieder fast lächerliche Inkonsequenzen nach sich. Der Sozialismus erzieht die Arbeiter zu einem lebhaften Gerechtigkeitsgefühl. Er sieht es als selbstverständlich an, für jedes unterdrückte Volk einzutreten. Das Recht der fremden Nation anerkennt er bereitwillig und freudig — und für seine eigene sollte er nichts übrig haben? Wenn wir von der stumpfen Masse ein Verständnis nicht verlangen, das über ihre nächsten Interessen geht, von dem sozialistischem Arbeiter müssen wir es verlangen und verlangen wir es in der Tat. Wer den grossen Gedanken des sozialistischen Zieles in Kopf und Herz aufgenommen hat, der ist reif und fähig, auch andere grosse Ideen zu erfassen. Der Sozialismus, das weiss jeder theoretisch geschulte Arbeiter, soll der Menschheit nicht nur die gesicherte materielle Existenz bringen. Er soll vorerst diese etablieren, aber nur als Vorbedingung einer höheren Stufe der Kulturentwicklung. Nicht dahin wollen wir bloss arbeiten, dass die Menschen menschenwürdig wohnen, sich nähren, sich kleiden u. s. w., sondern dass sie durch Anteilnahme an der durch tausend Jahre aufgestapelten Kultur erst überhaupt Menschen werden, fähig, selbst Kultur zu haben und Kultur zu erzeugen. Jede Kultur aber ist national. Sie nimmt ihren Anfang im besonderen Volke und bietet in ihren höchsten Formen — und gerade in diesen am meisten — einen entschiedenen Nationalcharakter dar. Mögen dabei auch tausendfach Einwirkungen von andersher mitspielen. Das Fremde wird nicht einfach unverändert aufgenommen — wenn dies der Fall ist, entsteht Unlebendiges, immer als fremd Empfundenes, Vergängliches —, sondern wird umgemodelt, wird aufgesogen, wird also ein Mittel, den nationalen Organismus zu stärken.

DER Sozialismus und der nationale Gedanke sind also nicht nur keine Widersprüche, sie gehören notwendig zusammen. Jeder Versuch, den nationalen Gedanken zu schwächen, muss, wenn er Erfolg hat, den Reichtum des Menschengeschlechtes vermindern. Freilich ist die Gefahr ja auf der Hand liegend, dass jeder Nationalismus ausarten kann. Aber wenn wir sehen, dass die englischen Sozialisten gegen ihre Jingoos, die französischen gegen ihre Na-

tionalisten, die Italiener gegen ihre Irredentisten so energisch Front gemacht haben und machen, so brauchen wir Deutsche nicht besorgt zu sein. Diese Nationen sind sehr empfindlich im Punkte ihrer Nationallehre, und wie hat der Sozialismus auf sie gewirkt! Ohne dass die englischen, die französischen, die italienischen Sozialisten je aufgehört hätten, ihr Volk leidenschaftlich zu lieben, haben sie es verstanden, ihre internationale Pflicht in bewundernswerter Weise zu erfüllen. Und wir deutsche Sozialisten, denen der edle Kosmopolitismus unserer Klassiker unvergessen ist und hoffentlich unvergessen bleiben wird, wir sollten Gefahr laufen, in Chauvinismus zu geraten? Für uns handelt es sich darum, unserer selbst ebenso bewusst zu werden, wie es andere Völker sind. Der Sozialismus will die Menschheit organisieren, nicht atomisieren. Im Organismus der Menschheit sind aber nicht die einzelnen Individuen, sondern die Nationen die Zellen. Damit der Organismus gesund sei, müssen die Zellen gesund sein.

NATÜRLICH bedingen nun die nationalen Unterschiede auch gegensätzliche nationale Interessen. Ebenso natürlich werden diese Gegensätze nicht durch internationale Deklamationen aus der Welt geschafft. Aber wie anders lassen sie sich regeln zwischen, wengleich national selbstbewussten, so doch sozialistisch denkenden Völkern! Europas grosses Verhängnis während des ganzen verflossenen Menschenalters war die misstrauische Stimmung, die zwischen Deutschland und Frankreich herrschte. Und wie haben sich die Sozialisten beider Länder die ganze Zeit über gemüht, diese Missstimmung aus der Welt zu schaffen. In den letzten Jahren hat in Frankreich Jaurès unablässig daran gearbeitet, die beiden Völker und Reiche einander näher zu bringen. In der Tat stehen wir heute vor einer Situation, die es sogar nicht unmöglich erscheinen lässt, dass Deutschland und Frankreich noch weiter sich nähern werden. Zum grössten Teile ist das ein Verdienst hauptsächlich der französischen Sozialisten, und nicht in letzter Linie Jaurès', dieses grossen und tiefen Politikers, den persönlich kennen zu lernen Fürst Bülow den Berliner Arbeitern so taktvoll und klug unmöglich gemacht hat. Der Revanchegeanke ist in Frankreich begraben, und nichts hindert mehr das innige Verständnis zwischen diesen zwei für den Frieden Europas wichtigsten Nationen, als die preussische Regierung, die neben Gott noch sehr fürchtet den Sozialismus und die Demokratie, am meisten aber die Sozialdemokratie.

WENN zwei sich streiten, so ist natürlich die Sache wesentlich anders, wenn sie zur Waffe greifen, oder wenn sie sich zu gemeinsamer Beratung an den grünen Tisch setzen. Und auch wenn sie sich an den grünen Tisch setzen, ist noch ein grosser Unterschied, ob sie beabsichtigen, sich gegenseitig übers Ohr zu hauen, oder ob sie den aufrichtigen Willen haben, mit gegenseitigem Wohlwollen eine gemeinsame Lösung der Streitfrage zu suchen. Die österreichischen Sozialdemokraten haben sich eine für die internationale sozialistische Bewegung vorbildliche Organisation gegeben. Sie bilden eine Einheit, sind aber nach Nationen gesondert. Es bestehen auch nationale Differenzen, die, da wir in einem Staate gemeinsam leben, viel häufiger und viel konkreter in die Erscheinung kommen, als die Differenzen zwischen staatlich getrennten Nationen. Diese leben in der Regel in scharf von einander abgeordneten Territorien. Anders bei uns in Österreich. Hier kommt es vor, dass zwei, ja drei Nationen auf dem selben Boden sitzen und die Reibungsflächen daher

mannigfach sind. Es ist dies wohl nicht die Regel; aber auch dort, wo in Grenzgebieten zwei Nationen aufeinanderstossen, entsteht oft schwerer nationaler Gegensatz und Streit. Die österreichischen Sozialdemokraten haben es in solchen Fällen bisher noch immer verstanden, zu einem leidlichen Ausgleich zu kommen. Aber es hiesse sich die Augen gewaltsam verschliessen, wenn man die offenkundigen Tatsachen ignorieren wollte. Die österreichische Sozialdemokratie kann die nationale Frage nicht als eine untergeordnete ansehen. Denn dann müsste sie aus Kultur- und Zweckmässigkeitsgründen mindestens die deutsche Sprache als die schon verbreitetste, als die an Literatur und insbesondere sozialistischer Literatur reichste direkt begünstigen. Sie tut es nicht, weil sie das Recht jeder Nation rückhaltlos anerkennt. Als für den allgemeinen Parteitag, der in Brünn 1899 stattfand, von der Gesamtexekutive ein vorbereitender Ausschuss eingesetzt wurde, der die Aufgabe hatte, sich mit der Ausarbeitung allgemeiner Grundsätze für ein nationales Programm zu beschäftigen, gab es hervorragende Parteigenossen, die der Meinung waren, diese Aufgabe könne von der Sozialdemokratie nicht gelöst werden. Und siehe da, das sogenannte *Brünner Programm der nationalen Autonomie* war eine der bedeutendsten politischen Taten der österreichischen Sozialdemokratie. Dieses Programm gibt nur allgemeine Richtlinien, ist auch nicht völlig neu, denn schon 1848 wurden ähnliche Gedanken laut, aber seine Aufstellung bildet geradezu einen Markstein in der Behandlung der nationalen Frage in Österreich. Anfangs wurde es wenig beachtet, aber in der letzten Zeit wird es von immer mehr Seiten akzeptiert und sein Grundgedanke, der der nationalen Autonomie, als der unzweifelhaft richtige Ausgangspunkt für eine nationale Ordnung der Dinge in Österreich angesehen. Hat man sich auf diesen Grundgedanken einmal geeinigt, dann wird die Ausführung viel weniger Schwierigkeiten machen, als man sich heute noch hie und da einreden will.

DER Sozialismus kann also ruhig die Wichtigkeit der nationalen Frage anerkennen, und so wie er international sein muss und ist, so wird er national werden müssen. Unsere italienische Partei in Südösterreich hat einen starken italienisch-nationalen Einschlag, unsere polnische Partei unter der Führung unseres prächtigen Daszynski, des besten Redners im österreichischen Parlament, unsere tschechische, slowenische, ruthenische Partei sind alle gut national, auch wir deutschen Sozialdemokraten in Österreich dürfen nicht nur, wir müssen uns als gute Deutsche bekennen. Dieser nationale Patriotismus ist der einzige, den es in Österreich noch gibt. Für alle in Österreich wohnenden Nationen ist Österreich kein Gegenstand des Patriotismus, denn Österreich hat sie alle gleicherweise verraten. Alle Möglichkeit eines künftigen Österreichs liegt in der Ordnung der nationalen Frage beschlossen. Diese Tatsache allein beweist, wie wichtig die nationale Frage ist, zu der der Sozialismus positiv Stellung nehmen muss.

ER muss es auch tun, weil er mit Recht immer mehr sich als der wirkliche Repräsentant des Volkes fühlt. Was lebendig ist in der Bewegung der Zeit, das steht in oder wenigstens dicht an unseren Reihen. Das bürgerlich-nationale Ideal der Deutschen ist erreicht. Seit mehr als einem Menschenalter besteht das deutsche Einheitsreich. Im ganzen Reich gibt es wohl heute keine Partei, der die Einheit des Reiches mehr am Herzen läge, als der sozialdemokratischen.

Unter dieser Einheit ist sie, wenn auch gegen den Willen der Herrschenden und unter schweren Kämpfen, gross geworden, diese Einheit ist für sie von materiellem Interesse. Aber die Einheit ist wie ein Gefäss. Seine Bestimmung ist, einen Inhalt zu haben. Was den deutschen Sozialdemokraten und mit ihnen allen, die die innere Grösse Deutschlands wollen, zuwider ist, das ist der abscheuliche Wein, den man ihnen kredenzt. Und deswegen werden sie *Reichsfeinde, Elende, Vaterlandslose* genannt. Das alles sollen sie sein, weil ihnen Junkertum und preussische Justiz nicht behagt. Und bei jeder Gelegenheit, wo es sich um wirklich nationales Leben handelt, können sich die deutschen Sozialdemokraten in erste Linie stellen. Oder hat das deutsche Volk Grösseres erlebt, als die Werke seiner grossen Dichter und Denker? Und wird wieder, wie unlängst mit Schiller, ein Gedenktag eines dieser Grossen gefeiert, so erhebt er sich aus dem Grabe und spricht mit eherner Stimme für uns. So bekennen wir uns freudig zu unserer Nation und sind stolz auf ihre grossen Taten, sowie wir wissen, dass der theoretische Sozialismus selbst auch ein Werk deutschen Geistes ist. Die Völker sind, trotz ihrer Wandlungen, ewig und um so grösser, je mehr sie die Welt vorwärts bringen. So sind wir als gute Sozialisten auch die besten Deutschen. Übrigens haben unsere Führer im deutschen Parlamente immer erklärt, dass wir zu unserem Volke stehen wollen. Freilich glauben wir auch, unsere nationale Pflicht nur dann gut zu erfüllen, wenn wir die Fehler unseres Volkes nicht beschönigen. Nicht der ist ein guter Freund, der die Fehler des Freundes nachsichtig verschweigt und nur seine Tugenden preist. Wir anerkennen nicht das Wort *Wright or wrong, my country* oder *Wright or wrong, my people*. Oder höchstens so, wie wir allenfalls das Wort auffassen *Wright or wrong, my party*. Wir lieben, obgleich wir tadeln. Oder: wir tadeln, weil wir lieben.

X

X

X

DREI Aufgaben haben wir: die Tatsachen festzustellen (*zu sagen, was ist*), die Gesetze des geschichtlichen Geschehens zu erforschen, uns in den Dienst der geschichtlichen Entwicklung zu stellen.

WIR sehen zuvörderst die Tatsache der verschiedenen Nationen. Sie sind Realitäten, geschichtlich geworden und nur geschichtlich zu verstehen. Sie sind nicht, wie etwa die Form unserer Gesellschaftsordnung, aus ökonomischen Ursachen zu erklären, sie sind Formen der Menschheitserscheinung, deren Grundlagen in gewissen Rassenmischungen, geographischen und klimatologischen Umständen und geschichtlichen gemeinsamen Schicksalen zu suchen sind. Kein Volk ist, sofern es nicht etwa physisch ausgerottet wurde, zu Grunde gegangen, sondern hat seine Art nur gemodelt, neue Elemente aufgenommen und so sich sein Fortleben gesichert. Neue Nationen entstehen im hellen Lichte der Geschichte. Am besten sehen wir das an dem werdenden Volke der Yankees, wir haben es an den Boeren gesehen. Jene sind keine Engländer, diese keine Holländer. Gewiss wird dereinst Südafrika, Australien, Südamerika neue Nationen entstehen sehen, deren Charakter und Kulturentwicklung wesentlich verschieden sein wird von den europäischen Völkern, die ihnen die Sprache gegeben haben. Wenn die Nationen sich fortwährend im gewissen Sinne verändern, wenn neue entstehen, so kann man wohl sagen, dass die Nationalität eine Dauerform der menschlichen Gesellschaft ist. In diese Formen sind wir hineingeboren, und je mehr Bildung (Ausprägung unseres individuellen Wesens)

wir erwerben, desto mehr werden wir ein Ausdruck unserer Nation. Unsere Muttersprache schon gibt uns die nationale Grundlage. Man spricht mit Recht von dem Geiste der Sprachen, und je höher die geistige Entwicklung eines Volkes geht, je mehr und je ausgebildeterere Kultur es verlangt, desto differenzierter ist sie von der Kultur anderer Völker. Je höher der einzelne sich entwickelt, desto mehr ist er eine Besonderheit, desto mehr wird er Individuum. NUN will der Sozialismus die höhere Entwicklung der Menschheit. Ja, die Möglichkeit einer solchen Entwicklung vorzubereiten, ist sein eigentlicher Sinn. Er lehnt es ab, etwa aus hungernden Herdentieren satte Herdentiere machen zu wollen. Er will den freien und selbstbewussten Menschen schaffen. Und da die Menschheit nur in nationalen Formen lebt, muss er naturgemäß die freien, selbständigen und selbstbewussten Nationen wollen. Der Sozialismus jagt nicht, wie seine Feinde sagen, Traumgebilden nach, sondern steht bei aller Hoheit des Zieles auf dem Boden nüchterner Tatsachen. In der Tat ist gerade er es, der keinen Utopieen nachgeht. Er schwärmt nicht für ein Volapük und entfernt vorhandene Schwierigkeiten nicht durch fromme Wünsche.

DASS aber die Nationalitätenfrage Schwierigkeiten in sich birgt, liegt zu Tage. Jede Nation will ihr Heim haben, in dem sie Herrin ist, wie jeder Mensch sein ihm allein gehöriges Heim haben will. Aber der Gedanke an die Grösse des Volkes erschöpft sich nur zu leicht in Träumen äusserer Macht. So bleibt das Nationalitätenproblem in den Köpfen bürgerlicher Politiker stets eine Frage der Macht. Bei uns Sozialisten wird es zu einer Frage der friedlichen Verständigung. Feste allgemeine Grundsätze über die Hauptpunkte nationaler Politik bestehen eigentlich im internationalen Sozialismus noch nicht. Wir Österreicher haben durch unser Brünner Programm eine feste Grundlage schon gewonnen. Sie heisst: Integrität des nationalen Bodens, Schutz der Minoritäten, autonome Verwaltung der nationalen Angelegenheiten. Wo das redlich gewährleistet wird, kann der nationale Friede nicht gar zu schwer sichergestellt werden. Dabei darf man natürlich nicht allzu sentimental sein und glauben, es gäbe überhaupt ein Mittel, in unserer Zeit der inneren Wanderungen jede Seele für die Nation retten zu können. Aber es scheint allerdings, als habe gerade die Zeit des gesteigerten Verkehrs die Empfindlichkeit der Nationen geschärft. Vor fünfzig Jahren noch hat man geglaubt, der Weltverkehr werde die Nationen verwischen. Das Umgekehrte ist eingetreten. Wir leben in einer Zeit starken nationalen Empfindens. Auch die kleinste Nation wehrt sich. Wir in Österreich erleben da den schönsten und lehrreichsten Anschauungsunterricht. Uns brennt die Nationalitätenfrage sozusagen jeden Tag auf die Finger. Unsere anerkannte Stellung in Österreich hängt wesentlich auch damit zusammen, dass wir das schwere Problem nicht nur für unsere Partei gelöst haben, sondern auch dem Staate zeigen, wie er es lösen könne. Aber zu dieser Lösung sind wir gekommen durch die rückhaltlose Anerkennung der Nationen und ihrer Rechte. Und so gerne wir deutsche Sozialdemokraten in Österreich zu dieser Anerkennung bereit waren, so sehr muss es uns auch immer klarer werden, dass diese Anerkennung der anderen ohne eigenes nationales Gefühl doch ein Beweis einer nationalen Schwäche wäre, die weder uns, noch unserem Volke zur Ehre gereichen würde.

ALLES, was ich sage, ist nur dann haltbar, wenn die Nationalität auch für den Proletarier ein Gut ist. Es ist im wesentlichen noch heute so, wie es das

Kommunistische Manifest darstellt: der Proletarier hat kein Vaterland. Aber er will eines erwerben. Die organisierte Gesellschaft, in der er einmal leben wird, wird für ihn auch ein hohes materielles Gut sein. Der Proletarier hat wohl heute schon eine Nationalität. Aber sie ist für ihn wertlos, solange er ihrer nicht bewusst wird. Er wird ihrer bewusst, je mehr er geistige Kultur gewinnt. Wie Kunst und Wissenschaft, ist auch die Nationalität ein hohes Gut. Jede Erhebung des Proletariats muss ihn der Erkenntnis des Wertes dieser Güter näher bringen.

VIELLEICHT wird man mir sagen, dass ich mit diesen Ausführungen Selbstverständlichkeiten vorgebracht habe. Das soll mir sehr lieb sein. Dann würde ich mich über den Vorwurf, gegen ein Phantom gekämpft zu haben, gern damit trösten, dass es also nicht notwendig ist, den Begriff des *Internationalismus* irgendwo zu revidieren.

XX

HJALMAR BRANTING · DIE NATIONALE KRISE IN SKANDINAVIEN

SEIT der letzten, entscheidenden Wendung in dem langen Todeskampfe der schwedisch-norwegischen Union sind nun bald zwei Monate verstrichen, und noch liegt der Leichnam der Union da, noch wogen in Schweden die Stimmungen hin und her, noch ist der neue, selbständige norwegische Staat, obgleich *de facto* existierend, von Europa nicht anerkannt, wie auch die Frage, ob Norwegen sich endgültig als Monarchie oder Republik vorstellen wird, bis jetzt nur hypothetisch beantwortet werden kann. Es dürfte sich daher vielleicht empfehlen, die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* in den Wirren der schnell sich entwickelnden Ereignisse von einigen allgemeinen Gesichtspunkten aus etwas zu orientieren.

VORERST ein Rückblick auf die Tatsachen, die die Unionsspaltung bedingt haben.

DAS Unionskönigtum hat am 27. Mai zum letztenmal leichtherzig sein verdientes Schicksal herausgefordert. Auf den einstimmigen Beschluss des Storthing, ein besonderes norwegisches Konsulatswesen einzurichten, antwortete der König gegen die energischsten Vorstellungen seines norwegischen Rates mit Sanktionsverweigerung. Formell unantastbar, war dieser Beschluss eine parlamentarische Ungeheuerlichkeit. Eine in Skandinavien bekannte historische Anekdote von der Seeschlacht bei Svoldern im Jahre 1000 zitierend, schrieb denn auch im schwedischen *Social-Demokraten* der Schreiber dieses: »Norwegen aus deinen Händen, mein König!« Am 7. Juni fiel schon der entscheidende Schlag: das Storthing erklärte, dass der König, der selber zugegeben hätte, eine Regierung momentan nicht bilden zu können, dadurch von seinen Funktionen zurückgetreten sei; mit der faktischen Amtsniederlegung des Königs sei auch die Union mit Schweden erloschen; das Storthing als nunmehr alleinige Vertreterin des norwegischen Volkes nehme selbst das Heft in die Hand, setze das demissionierende Ministerium als provisorische Regierung ein und — erlaube sich, den Exkönig zu ersuchen, dahin zu wirken, dass ein

Prinz seines Hauses die freigewordene norwegische Krone entgegennehme! Mit vollem Recht hat in jenen Tagen der *Vorwärts* diese norwegische Resolution als in ihrer Art alleinstehend bezeichnet. Aber die Verhältnisse, die die Entwicklung der Ereignisse bestimmt haben, waren auch ganz besondere.

MAN vergegenwärtige sich die Situation. Die Union von 1814 wurde seinerzeit dem norwegischen Volke aufgedrängt. Von *freier Vereinbarung* wurde zwar viel gesprochen, und die Selbständigkeit Norwegens wurde offiziell anerkannt, indes, die Vereinigung als eine feinere Art von Eroberung zu betrachten, wurde eine Vorstellung, welche in Schweden tiefe Wurzeln schlug. Auf der andern Seite wurde es das konstante nationale Programm des ganzen norwegischen Volkes, alles zu entfernen, was darauf hindeutete, dass Norwegen durch die Vereinigung mit Schweden etwas von der Souveränität eines selbständigen Staatswesens eingebüsst habe. Volle nationale Gleichberechtigung innerhalb der Union — sonst ausserhalb der selben: das wurde immer klarer die Lösung. Schritt für Schritt, immer im Kampfe gegen schwedischen Chauvinismus und gegen das mangelnde Verständnis unserer herrschenden Klassen für die nationalen und demokratischen Emanzipationsbedürfnisse des norwegischen Volkes, sind dann auch im vorigen Jahrhundert die meisten Provinzmerkmale abgestreift und ist gleichzeitig die demokratische Verfassung Norwegens im siegreichen Kampfe gegen die Bureaukratie und das Königtum ausgebaut und befestigt worden. Es fehlte nur noch die Krönung des Gebäudes: die Gleichberechtigung der beiden Nationen auch in den auswärtigen Angelegenheiten, die bisher von dem Minister Schwedens besorgt wurden. Diese zerfiel in die beiden Fragen der Neugestaltung des durch Tradition, aber nicht durch Übereinkunft unionellen Konsulatswesens und der Diplomatie. Von diesen wurde die erste aktuell, als 1903 der schwedische Minister des Auswärtigen, der frühere Gesandte in Berlin, Lagerheim, Verhandlungen mit der norwegischen Regierung anknüpfte, die dem alten norwegischen Wunsch, ein ganz selbständiges, eigenes Konsulatswesen zu bekommen, Rechnung zu tragen schienen. Die Vereinbarung schien im Frühling 1904 bereits gesichert, die Stimmung zwischen den beiden Völkern war eine freundschaftlichere, als seit Jahrzehnten — da wurde alles wieder durch reaktionäre Einflüsse in massgebenden schwedischen Kreisen durchkreuzt. Es ist noch nicht ganz klar, was die veränderte Haltung veranlasst hat, ob der König fürchtete, durch definitive Preisgebung des unionellen Konsulatswesens auf der schiefen Ebene der Auflösung zu weit gedrängt zu werden, ob die Regierung vor dem voraussichtlichen Widerstand der ersten Kammer zurückschreckte, oder ob sie vielleicht die ganze Frage früher nicht recht durchdacht hatte. Jedenfalls machte der Staatsminister Boström eine schroffe Schwenkung, Lagerheim wurde verabschiedet, und den norwegischen Ministern wurde statt der Übereinkunft eine ganze Reihe von neuen Forderungen vorgelegt, die von jenen nur schroff zurückgewiesen werden konnten. Im Januar 1905 waren die Verhandlungen definitiv gescheitert. Die reaktionären Organe der schwedischen Junkerkammer triumphierten, die radikale und sozialistische Presse griff Herrn Boström wegen seines Zerstörungswerkes zwar heftig an, ihre Parteien waren aber parlamentarisch zu schwach, um die Regierung wegen ihrer norwegischen Politik in Verlegenheit zu bringen.

DIE Rückwirkung des Misslingens der Vereinbarung war dagegen in Norwegen

eine ganz enorme. Hatte man doch so sicher geglaubt, jetzt würde endlich diese alte Streitfrage in Frieden gelöst werden. Die Enttäuschung wurde am tiefsten in den bisher am festesten unionell gesinnten Parteien, besonders von der Rechten, empfunden; in diesen Tagen löste sich die Union aus den letzten norwegischen Herzen. Die Erbitterung gegen Herrn Boström und alles, was schwedisch war, fand starken Ausdruck; musste doch eine solche hin- und herschwankende Politik, die nicht selbst weiss, was sie will, ganz selbstverständlich als treulos und wortbrüchig dem Partner erscheinen, der eben gehofft hatte, sein langersehntes Ziel zu erreichen. Die Gefühle der ganzen Nation, von der äussersten Rechten bis zur Sozialdemokratie, konzentrierten sich in dem festen Beschluss: jetzt müssen wir die Konsulatsfrage selbst lösen; sie ist uns eine nationale Ehrensache geworden, und wir haben das volle Recht, sie ganz in eigene Hände zu nehmen, denn die unionelle Übereinkunft, die Reichsakte, spricht mit keiner Silbe von unionellen Konsuln.

DAS die Stimmung, welche zu den letzten Ereignissen geführt hat. Das Verhandlungsministerium wurde durch ein mehr energisches Aktionsministerium Michelsen-Lövland ersetzt, und das Storting setzte eine Spezialkommission ein, um das Konsulatsgesetz auszuarbeiten und Einigkeit in den Details zu erzielen, wie man den sicher zu erwartenden Widerstand des Königtums am schnellsten beseitigen könne. Diese Massnahmen riefen endlich in den regierenden Kreisen Schwedens die Einsicht hervor, dass es vielleicht doch gefährlich werden könnte, wenn man die Norweger gar zu nonchalant behandelte. Der Kronprinz Gustav, der damals als Regent das Amt des Königs verwaltete, schlug in einem offenen Briefe neue Verhandlungen vor, die jetzt alle noch schwebenden unionellen Streitfragen umfassen und im Sinne der Gleichberechtigung eine Lösung finden sollten. Der Vorschlag wurde in Schweden als eine hochherzige und rettende Tat gepriesen, in Norwegen dagegen sogleich als ein Versuch, die sofortige Errichtung des norwegischen Konsulatswesens zu verhindern, demaskiert. Diese letzte Auslegung zeigte sich auch bald als die richtige; die schwedische Regierung, von der Herr Boström sich zwar zurückgezogen hatte, die aber ganz und gar die selbe Politik, die er geführt, fortsetzte, forderte die norwegische auf, in Verhandlungen einzutreten, die auch die Errichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens umfassen würden. Die norwegische Regierung lehnte es aber ab, noch einmal über dieses Thema mit den Schweden zu diskutieren; als Garantie, dass man diesmal schwedischerseits Ernst machte, forderte sie vielmehr, dass zuerst das norwegische Konsulatswesen von dem König sanktioniert werde, und noch dazu das Versprechen, dass, wenn eine Verständigung diesmal nicht erzielt werden könnte, man nicht mehr, wie immer früher, auf den *status quo* zurückkommen, sondern die Union als aufgelöst anerkennen würde. Hierüber grosse Entrüstung in schwedischen konservativen und chauvinistisch-liberalen Kreisen. Die schwedische Regierung antwortete kurzer Hand abweisend, dass von einer Verhandlung, die über den Rahmen der Union und der Reichsakte hinausgreife, ihrerseits gar nicht die Rede sein könne. Das war am 25. April. Sechs Wochen später existierte die Union nicht mehr. Jene verständnislose Abfertigung von seiten der schwedischen Regierung darf aber nicht vergessen werden, wenn man jetzt schwedischerseits die Norweger so heftig angreift, weil sie die Union einfach aufgelöst hätten, anstatt Verhandlungen über die Auflösung anzu-

knüpfen. Der erste Versuch, offiziell von einer Auflösung zu reden, fiel wirklich nicht besonders aufmunternd aus. So wenig kannte man in Schweden die wirkliche Stimmung und die feste Entschlossenheit der Norweger, dass man einen grossen Umschwung davon erwartete, dass der schwedische Reichstag seinerseits das Verhandlungsprogramm des Kronprinzen als sein eigenes aufnahm. Dies geschah übrigens nicht, wie man es gewünscht hatte, ohne Widerspruch. Sozialistische und radikale Redner sprachen es offen heraus, dass sie nur in dem Sinne für das Verhandlungsprogramm zu haben seien, dass die Konsulatsfrage, dem Wunsche ganz Norwegens gemäss, zuerst durch eine königliche Sanktion des voraussichtlichen Beschlusses des Storthings definitiv geregelt sei. Übrigens erklärten in jener Debatte auch die Redner der rechtsstehenden Parteien in feierlichen Worten, dass unter keinen Umständen der Friede gebrochen werden dürfte. Sie haben später diese Worte vergessen.

OHNE sich über die zu nichts verbindenden schwedischen Verhandlungsangebote weiter zu kümmern, schritt im Mai das Storthing zu definitiven Beschlüssen. Ein eigenes norwegisches Konsulatswesen solle vom 1. April 1906 ab errichtet werden: so lautete das einstimmige Votum der beiden Abteilungen des Storthings. Dass es so kommen musste, war in Skandinavien allen politisch Einsichtigen klar, nachdem Herr Boström die von Lagerheim begonnenen Verhandlungen so gewaltsam gesprengt hatte. Das norwegische Storthing konnte in diesem Punkte nicht nachgeben, ohne die Ansprüche des Landes auf sein volles Selbstbestimmungsrecht fallen zu lassen. Dessenungeachtet war die Möglichkeit einer ganz normalen Lösung der Krise gar nicht ausgeschlossen. Wenn der norwegische König den einstimmigen Beschluss des Storthings sanktionierte und dann Verhandlungen unter Bedingungen, die jeden Zweifel an deren Loyalität ausschlossen, zwischen seinen beiden Regierungen herbeigeführt hätte, so wäre alles wieder in Ordnung gebracht worden, und es hätte sich gezeigt, ob nicht doch zweckmässige Formen für ein unionelles Zusammenleben der beiden verwandten Nationen auf der skandinavischen Halbinsel zu finden waren. In Schweden war ausserhalb der engen Kreise der Anhänger der eigentlichen Politik der ersten Kammer gar keine allgemeine Stimmung für eine Sanktionsverweigerung. Von den eigentlichen Volksparteien wurde für die Sanktionierung als für etwas ganz Selbstverständliches plaidiert. Man konnte es in diesen Kreisen kaum glauben, dass der König, der inzwischen, die Regierung wieder übernommen hatte, ohne irgendwelche ernste Notwendigkeit einen so verhängnisvollen Konflikt heraufbeschwören würde.

ES kam indessen anders. Man versichert heute, dass der Kronprinz für die Sanktion gewesen sei, dass er jedoch seinen Willen gegen den König und seine Ratgeber nicht durchzusetzen vermocht habe. Ob diese nun absolut blind für die Konsequenzen eines Konflikts waren, ob sie glaubten, dass die Norweger nichts als Worte wagen würden, ob der alte König vielleicht Hoffnungen auf die persönliche Ehrerbietung setzte, die man ihm spendete, und deren Wirkungen überschätzte — aus irgendwelchen Gründen hat er sich jedenfalls entschieden, als König Norwegens auch diesmal nicht als Norweger, sondern als Schwede zu beschliessen, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass es mit der schwedischen Vorstellung eines einheitlichen Staatenbundes sich nicht reimte, dass jeder Staat seine eigenen Konsulate im Auslande haben könnte. An Warnungen hat es jedoch wahrlich nicht gefehlt. Die norwegische Presse aller

Parteien war darüber im voraus einig, dass eine Sanktionsverweigerung gegen ein einstimmiges Parlament einen flagranten Bruch des Prinzips der Volkssouveränität, der ganzen demokratischen Entwicklung des vorigen Jahrhunderts bedeuten würde, einen Versuch, absolutistisch zu regieren, der dem Geiste der norwegischen Konstitution direkt zuwider ging. Der König besitze zwar ein suspensives Veto gegen neue Gesetze, er habe aber auch und in erster Linie die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass überhaupt eine Regierung zu stande käme. Beharre er darauf, Bedingungen zu stellen, die keine norwegische Partei, kein norwegischer Mann gutheissen könne, so setze er sich als König von Norwegen selber ausser Funktion, und das Storting müsse im Namen des Volkes dafür sorgen, dass der Staat sein Leben weiterführen könne. Noch im letzten Momente suchten die norwegischen Minister den König zurückzuhalten, indem sie ihm in deutlichen Worten sagten, er werfe durch seinen Beschluss selber die norwegische Krone fort. Alles vergebens; die Augen derer, denen der König traute, waren blind. Und nach elftägiger Frist, während welcher der König in Stockholm blieb und keinen Schritt tat, um eine Regierung zu stande zu bringen, hat dann das Storting am 7. Juni seine *Revolution* pünktlich in der Weise ausgeführt, wie man es im voraus angekündigt hatte. Im ganzen Norwegen hat sich keine Hand erhoben, um das morsche Gebäude der Union zu stützen. Dagegen hat man auf jede Weise dem Gefühl einer tiefen Erleichterung Ausdruck gegeben. Auch die kleine Minderheit, die einen langsameren Weg gewünscht hatte, feierte die Unionsspaltung als befreiende Tat. Sogar die Klassenunterschiede sind bei dieser Umwälzung in den Schatten getreten. Minister und Generäle haben den selben Willen ausgedrückt, wie die sozialistischen Arbeiter: los von einer Union, welche seit neunzig Jahren uns das volle Selbstbestimmungsrecht schmälert!

WUSSTE man es nicht schon aus den verschiedensten Erfahrungen, so hatte man in dieser Auflösung der schwedisch-norwegischen Union einen schlagenden Beweis der noch bestehenden Kraft eines nationalen Empfindens, wenn das selbe sich mit den freiheitlichen Idealen des Selbstbestimmungsrechts des Volkes verbindet. Die norwegische Nation, 1814 noch materiell arm und geistig wenig bedeutend, ist seitdem unter dem Schutze der Union in jeder Hinsicht rasch emporgestiegen. Schiffahrt, Handel und Industrie liefern die materielle Unterlage einer Kultur, deren Ruhm mit den grossen Dichtern über die Welt gegangen ist. Und dieses Volk, das so selbstsicher seine jungen Kräfte fühlt, das im Norden oft mit einer Mischung von Bewunderung und neidischer Ironie als *Vorgehvolk* gefeiert worden ist, das könnte dem Ausland gegenüber nur durch einen schwedischen Minister verhandeln und musste als nationale Spitze vom Nachbarlande von Zeit zu Zeit einen König leihen, der ganz natürlich niemals als Norweger fühlen und denken konnte, wenn er auch sich ganz ehrlich der unlöslichen Aufgabe, von zwei Vaterländern keines zurückzustellen, widmen wollte. Die Norweger werden jetzt der Undankbarkeit gegenüber der Union von vielen Schweden angeklagt. Mit dem selben Recht könnte man das Küchlein undankbar schimpfen, weil es nicht ruhig im Ei bleibt, sondern die Schale durchbricht. Hätten schon allgemein nationale Rücksichten die Auflösung der alten skandinavischen Union in absehbarer Zeit veranlasst, so ist in Norwegen die *Los von Schweden*-Bewegung durch die Verschiedenheit der inneren Entwicklung der beiden Nationen sehr beschleunigt worden. Die nationalen Inter-

essen haben mit der sozialen Struktur des norwegischen Volkes, die mit der des schweizerischen viele Ähnlichkeit bietet, zusammengewirkt, aus dem altväterlichen Bauern- und Fischervolke eine moderne Demokratie zu schaffen. In Schweden dagegen wird die Demokratisierung erst die Aufgabe der ganz neu emporgewachsenen Klasse der industriellen Arbeiterschaft werden. Noch sind zwei Drittel der männlichen Bevölkerung bei uns vom politischen Stimmrecht ausgeschlossen, das kommunale Stimmrecht ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, ein Hohn auf die sogenannte *Selbstverwaltung*, die in Wirklichkeit die unumschränkte Herrschaft des Besitzes, vor allem des grossen Besitzes ist, und als Landesausschuss der Grossmächtigen in den Kommunen fungiert eine erste Kammer, deren Macht auch in Budgetfragen fast die gleiche ist, wie die der zweiten Kammer, und deren übergrosse Mehrheit als ein kompakter Block seit Jahrzehnten die von der schnellen sozialen Entwicklung bedingte Demokratisierung unserer Institutionen gehemmt hat. Die Bureaukratie, das alte Junkertum, die neuen grossindustriellen Magnaten und die Grossbauern teilen unter einander die politische Herrschaft, die Bourgeoisie bereichert sich, und die eigentlichen Volkselemente der Nation sind froh, wenn sie die schlimmsten Auswüchse der Reaktion, wie zum Beispiel eben ein Streikgesetz vom Typus *Zuchthausvorlage*, verhindern können. Wäre die Demokratie in Schweden zur Herrschaft gelangt, so ist es wohl möglich, dass die Unionskrise einen anderen Verlauf genommen hätte. Zwischen den Demokraten der beiden Länder und ganz besonders natürlich zwischen den Sozialdemokraten hat man sich immer gut verständigt. Die letzte Konfliktszeit hat sogar eine demonstrative Stärkung der freundlichen und brüderlichen Beziehungen der Arbeiter beider Länder gebracht. Der sozialdemokratische Parteitag in Stockholm im Februar dieses Jahres gab den norwegischen Delegierten das feierliche Versprechen, das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes ohne jede Einschränkung anzuerkennen und alle Konsequenzen für das zukünftige Verhalten der schwedischen Arbeiter daraus zu ziehen. Dies geschah zur selben Zeit, als norwegische Turner, norwegische Schützen, ja sogar norwegische Priester sich weigerten, ihre Berufskollegen in Schweden zu besuchen! Die echte internationale, brüderliche Gesinnung der Sozialdemokratie, die aller Völker Freiheit und Recht achtet, hat sich also schon bei Beginn der Krise aktiv gezeigt. Mehr konnte aber durch solche Anerkennungen unter den obwaltenden Verhältnissen nicht kommen, als die gewiss sehr wertvolle Einsicht in Norwegen, dass das schwedische Volk und das offizielle Schweden durchaus verschiedene Grössen seien. Diese Einsicht wird hoffentlich verhindern, dass aus der jetzigen Krise ein wirklicher Nationalhass entspringt.

WAR die norwegische Demokratie selbstverständlich damit einverstanden, die schwedischen Machthaber, die feindlichen sozialen Schichten angehören, durch einen raschen Schnitt gänzlich los zu werden, so wirkten bei den oberen Klassen Norwegens andere Rücksichten zu dem selben Ziele. Die endgültige Lösung der nationalen Frage war eben ein Lebensbedürfnis für die norwegische immer mehr kapitalistisch angehauchte Rechte geworden. Der Vereinigung von Nationalismus und Demokratie in der Partei der alten Linken war sie immer unterlegen, nur wenn sie selbst zeigte, dass sie ebensogut die nationalen Interessen vertreten könne, war der Rechten die Herrschaft bis auf weiteres möglich. So nahm die Rechte die Durchführung der nationalen Gleichberechtigung in ihr

Programm auf. Jetzt musste sie vorwärts, wollte sie nicht bei den Wahlen ganz weggefegt werden. Die Rechte, oder sagen wir genauer: der kapitalistische Liberalismus übernahm sogar die Führung in der momentanen nationalen Sammlung; der Staatsminister Michelsen ist ganz ein Mann jener Partei. Wenn der König die letzte Möglichkeit einer neuen Übereinkunft wegwurf, so gab es auch für eine kapitalistische Partei in Norwegen, die ihre nationalen Wurzeln behalten wollte, nur einen Weg: weiter vorwärts, zur Absetzung des Königs, um die hemmende Union los zu werden!

SO ist es gekommen, dass für einen Augenblick alle Parteien und Klassen in Norwegen sich einten, um eine nationale Tat durchzuführen. Den Arbeitern war die selbe eine Garantie grösserer Freiheit und zugleich ein Abschütteln jeder möglichen Einmischung sozialer Feinde aus Schweden. Der emporstrebenden Bourgeoisie bot sie die Befestigung ihrer jetzigen Herrschaft, mit oder ohne monarchische Spitze. Die Bauern, deren Interessen zwischen den beiden schwanken, können nach Belieben sich für die eine oder andere Aussicht erwärmen; weil ihr Klassenvorteil in der Revolution nicht direkt engagiert ist, wird wohl von jener Seite der Anschluss etwas lau sein, obgleich andererseits zu einer Gegenaktion in irgend welcher Form absolut keine Veranlassung vorliegt.

DASS eine solche Einigkeit eines Volkes nur für den Moment zu erzielen ist, darüber kann besonders ein Sozialist nicht in Zweifel sein. Sind doch die Klassengegensätze auch in einem Lande, wie Norwegen, viel zu ausgeprägt, um die erhabene Stimmung der Einigkeit, die aller Welt mit vollstem Recht imponiert hat, für eine längere Zeit aufrechtzuerhalten. Die Wirkung ideologischer Momente für die Erhaltung der nationalen Einigkeit, wenigstens bis jede Gefahr für die neuerworbene Selbständigkeit vorüber ist, soll man jedoch auch nicht unterschätzen. Allzu viele Beweise von vaterländischer, ehrlicher Opferfreudigkeit, ohne alle Ruhmredigkeit, werden aus dem täglichen Leben in Norwegen während der ersten kritischen Zeit berichtet, um übersehen zu werden. Was jetzt die Fortsetzung oder das schnelle Zurückweichen jener Einigkeitstimmung in Norwegen am meisten beeinflussen wird, das wird das Verhalten Schwedens sein.

IN Schweden hat das grosse Publikum offenbar keine Ahnung davon gehabt, dass es diesmal sich um ernstere Ereignisse handeln könne, als den gewöhnlichen *norwegischen Lärm*, dessen unsere Philister um so mehr herzlich müde waren, je weniger sie von dessen formellen oder gar tieferen Ursachen nur das elementarste Verständnis besassen. Das erste Gefühl unter den besitzenden und führenden Klassen Schwedens nach dem 7. Juni war daher das einer enormen Überraschung, die jedoch bald der psychologisch erklärlichen, aber nicht sehr weit-sichtigen Erbitterung unangenehm überraschter Menschen Platz machte. Während der *Social-Demokraten* das freie norwegische Volk bruderlich dazu beglückwünschte, dass es sein Schicksal jetzt in die eigenen Hände genommen, und die feste Völkerunion der Arbeiter aller drei skandinavischen Länder gegenüber der eben gefallenen königlichen Zwangsunion betonte, erhitzten sich die bürgerlichen Gemüter immer mehr. Die verdammten Norweger, sie haben es gewagt, ihren König, u n s e r n König abzusetzen! Die Union — mag sein, auch wir sind ihrer herzlich müde; aber den König absetzen, das war den tief loyalen Gefühlen des schwedischen Bürger- und Beamtentums ganz schrecklich;

diese Leute haben es längst vergessen, dass 1792 ein schwedischer König erschossen und 1809 sein Nachfolger abgesetzt wurde. Nach der ersten Betäubung sammelte sich denn auch alles, was in Schweden *loyal* denkt oder vielmehr gar nicht denkt, sondern instinktiv fühlt, in der etwas unbestimmten Losung *Es lebe der König!* Ein grosse *Volksdemonstration*, in der nur wenige Arbeiter, aber um so mehr die oberen Schichten bis auf das Kleinbürgertum herab aufmarschierten; man zog am 9. Juni nach Rosendal, wo man dem Könige und seiner ganzen Familie als Trost in schweren Zeiten unendlich viele Hurras spendete. Daneben wurde eine Hochflut von Sympathietelegrammen aus den oberen Zehntausend im ganzen Lande deponiert, und in den Café-Konzerten von Stockholm gingen die nationalistischen Hurratrioten mit Schimpfereien und Tätlichkeiten gegen alle nicht demonstrativ königstreuen Bürger vor. Der König und seine schwedische Regierung beeilten sich unterdes, feierliche Proteste gegen die Ereignisse in Norwegen zu veröffentlichen; sie erklärten, die neue norwegische Exekutivgewalt nicht anzuerkennen, sprachen bittere Worte von *tiefster Kränkung der Rechte Schwedens* durch das Storting und beriefen den Reichstag für den 20. Juni zu einer ausserordentlichen Session ein. Das alles schien ja ziemlich drohend, und so hat denn die Exekutive des sozialdemokratischen Parteivorstands es für ihre Pflicht gehalten, die Arbeiter Schwedens gegen den immer frecher sich gebärdenden Chauvinismus zum Widerstand aufzurufen. Ein Manifest wurde veröffentlicht, das die Arbeiter in ganz Schweden zu Kundgebungen für den Frieden und für das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes, gemäss den Versprechungen des Parteitages, aufforderte. Die *Patrioten* schäumten vor Wut, aber die Arbeiter haben mutig ihren Mann gestellt. Schon am 16. Juni fand in Stockholm die erste grosse Demonstration für unbedingt friedliche Abwicklung der Krise und für baldmöglichste offizielle Anerkennung des neuen Norwegens statt. Von der klassischen Stätte des Stockholmer Volksmeetings, wo Schreiber dieses die Rede hielt, zogen etwa 12 000 Arbeiter in bester Ordnung durch die Strassen der schwedischen Hauptstadt bis zu unserem prächtigen Volkshause, wo die feurige norwegische Nationalhymne, Björnsons Lied, mit Arbeiterliedern abwechselte. Und wie in Stockholm, so wurde überall der Mahnung gefolgt. In Göteborg sprach unter anderm von der sozialdemokratischen Rednertribüne herab für Frieden und Gerechtigkeit die auch in Deutschland sehr bekannte Schriftstellerin Ellen Key. WENN die Arbeiter in jenen heissen Tagen durch den chauvinistischen Presselärm über den angeblichen *Schimpf*, den Norwegen Schweden angetan, hier oder da etwas unsicher gemacht worden wären, so halfen unsere Grossindustriellen redlich dazu, jede Möglichkeit eines nationalen Zusammenschlusses, wie er in Norwegen da war, für Schweden zu vereiteln. Zur selben Zeit, wie die Unionskrise, am 10. Juni, setzte die grösste Aussperrung ein, die wir bisher in Schweden gekannt haben. Die Besitzer unserer mechanischen Werkstätten, in einem mächtigen Verband stramm organisiert, haben ihre organisierten Arbeiter, etwa 18 000 Eisenarbeiter, Schmiede, Former, Holzarbeiter u. s. w., nach zweijährigen resultatlosen Verhandlungen auf die Strasse geworfen, weil die Arbeiter endlich *from sounde to things* kommen wollten und halbwegs anständige Minimallohne forderten. Alle Vermittlungsversuche, zuletzt sogar die der Regierung, waren schon von den Industriearistokraten schroff zurückgewiesen worden. Da kam die Loslösung Norwegens, und da dachten

einige der *Patrioten* denn doch, dass in solchen Zeiten eine Riesenaussperrung allzu schlimm von der unheilvollen Zersplitterung im schwedischen Volke zeugen würde. Ein paar Redakteure spielten sich als Vermittler auf, die grössten nationalen Trommeln wurden gerührt — aber in Geldsachen hört bekanntlich die bourgeoise Gemütlichkeit auf, und der Vorstand der Eisenindustriellen gab den ungebetenen Vermittlern mit klaren Worten zu verstehen, dass sie für die Zukunft sich lieber nicht in Angelegenheiten anderer einmischen sollten. Es ist klar, dass für die Arbeiter jene drastische Probe von dem wirklichen Gehalte des offiziellen *Patriotismus* nicht verloren gegangen ist. Und die Klasse, welche solche Beispiele gibt, lässt ihren Pressepöbel über die Arbeiterpolitik für Frieden und Gerechtigkeit herfallen und schimpft, wie es nur Nationalisten können, über die *vaterlandslosen Gesellen*, die Sozialisten!

DIE Schimpferei gegen die Arbeiter sollte indessen bald eine ganz andere, unerwartete Adresse bekommen. Als der Reichstag zusammentrat, überraschte der König alle Welt durch eine absolut friedliche Thronrede. Er wolle, sagte er, »Unrecht nicht mit Machtmitteln begegnen«, und seinem schwedischen Volke riet er, »kluge Selbstbeherrschung« zu zeigen. Die Regierung schlug vor, die Trennung unter gewissen Bedingungen, in erster Linie einem Schiedsgerichtsvertrag mit Norwegen, gutzuheissen; die Details seien mit dem Storting näher zu verhandeln. Das war nun gerade das Gegenteil dessen, was die Hurratrioten so sicher erwartet hatten. Der König, statt mit Mobilisierung und Krieg zu drohen, akzeptierte ja fast die Anschauung der schwedischen Arbeiter, jener Verruchten! Die Enttäuschung und die Wut in nationalistischen Kreisen war enorm; des Anstandes halber musste man sich jedoch damit begnügen, dem Könige gegenüber, den man eben so kriechend gefeiert hatte, mit allerlei Anspielungen auf Altersschwäche, Familienrück-sichten und dergleichen vorzugehen. Gegen die Regierung, die wirklich nicht allzu stark war, die im Kampfe für die Interessen der Reaktion gegen die Demokratie sich zwei flagrante Niederlagen in der zweiten Kammer geholt hatte, warf sich um so ungestümer die nationalistische Erbitterung. Besonders in der ersten Kammer wüteten die Junker, und die Hetzpresse forderte jeden Tag die Demission der Regierung, die eine Schande für die Ehre und Würde Schwedens wäre. Den ersten Ansturm hat jedoch die Regierung ziemlich gut bestanden, und den etwas besonnenen Elementen des Reichstages ist es gelungen, die Kommission, welche die brennenden Fragen zunächst prüfen wird, wenigstens nicht ganz im nationalistischen Sinne zusammensetzen zu lassen. Die Wirkung der fortgesetzten Presskampagne gegen die Regierung und für verletzende *Bedingungen* einer Anerkennung der Trennung, die auch, soweit es nur möglich wäre, aufgehoben werden sollte, eine Kampagne, die mit besonderer Heftigkeit von einigen bisher als *liberal* geltenden grossen Zeitungen geführt wird, lässt sich indessen noch nicht beurteilen. Das heutige Schweden bietet das ungewöhnliche Schauspiel einer Bourgeoisie, die mehr oder weniger von kriegerischem Chauvinismus gegen die, vermeintlich schwachen, westlichen Nachbarn angesteckt ist, während die Krone, die wohl die Gesinnung von international bestimmenden Kreisen kennen muss, und die Arbeiter zusammen den Frieden wahren. Das ist nicht ganz nach dem alten demokratischen Katechismus, nach dem die Völker immer nur von den bösen Königen zur Schlachtbank geführt werden, aber es ist so heute bei uns in Schweden.

EDUARD BERNSTEIN · WIRD DIE SOZIALDEMOKRATIE VOLKSPARTEI?

SEIT die Sozialdemokratie sich durch Beteiligung an Wahlkämpfen und parlamentarischen Verhandlungen politisch betätigt, hat es auch Diskussionen darüber gegeben, wie diese Betätigung auf das Wesen der Partei und die Natur ihrer Propaganda zurückwirkt. Es ist bekannt, dass die früheren Sozialisten die damit verbundene Umwandlung der Sozialdemokratie aus einer propagandistischen Verbindung in eine politische Partei, soweit sie sich ihr nicht entgegenstellten, nur halben Herzens guthiessen. Die einen fürchteten von ihr eine Abschwächung des Interesses für die rein sozialistischen Ideale, die anderen eine Beeinträchtigung des revolutionären Geistes, alle machten ihre Vorbehalte: so oder so weit solle allenfalls gegangen werden, aber unter keinen Bedingungen weiter. Das gilt auch von Marx und Engels, die nur mit grossen Einschränkungen als die geistigen Väter der parlamentarischen Aktion der Sozialdemokratie, wie sie sich heute gestaltet, bezeichnet werden können. Wohl befürworteten sie die politische Aktion der Arbeiterklasse. Aber was sie darunter verstanden, unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von dem, was daraus geworden ist.

ES hängt dies zum Teil damit zusammen, dass die ganze gesellschaftliche Entwicklung einen etwas anderen Verlauf genommen hat, als sie voraussetzten. Nur im grossen geschichtsphilosophischen Sinne hat sich das soziale Sehtum von Marx bewährt; im Abschätzen von Zeit und Modus war auch er ein Sterblicher und hat sich gar manchmal geirrt. Je mehr Zeit aber die Entwicklung brauchte, um so mehr Abweichungen vom vorher entworfenen Bilde mussten sich einstellen.

AUCH haben die Dinge ihre eigene Logik. Wir geniessen in der Wahl unserer Schritte immer nur bedingte Freiheit. Es geht den Menschen wie nach Mephisto den Teufeln und Gespenstern: »Wo sie hereingeschlüpft, da müssen sie hinaus. Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Knechte.« Wir können uns entscheiden, ob wir eine bestimmte Bahn beschreiten wollen oder nicht. Haben wir uns aber entschieden und den ersten Schritt getan, so kommen eine Reihe anderer dran, ob wir es wollen oder nicht.

SO ging es zunächst mit der Wahlbeteiligung. Von vielen ward sie als reine Protestaktion gedacht. Der Stimmzettel sollte ein revolutionäres Pronunziamento darstellen, der Wahlkampf ausschliesslich zur Propaganda der sozialistischen Grundsätze benutzt, vom Wahlrecht nur zu diesem Zwecke Gebrauch gemacht werden. Die extremsten Vorschläge in dieser Richtung waren die der Anarchisten und *Sozialrevolutionäre* der schärferen Tonart, nur weisse oder ungültige, auf Namen von Verstorbenen oder nicht wählbaren Personen lautende Stimmzettel abzugeben, um diesen den reinen Zählcharakter für den revolutionären Protest zu sichern. Aber selbst Friedrich Engels erkannte noch 1884 in seiner Schrift *Der Ursprung der Familie* dem Wahlrecht im heutigen Staate — ob bismärckische Monarchie oder demokratische Republik — keine höhere Funktion zu, als die, »Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse zu sein. Mehr könne es »nie sein im heutigen Staat«.

INDES, der Krieg hat seine eigenen Gesetze. Und eines der selben lautet, dass man nicht mit der Absicht, bloss zu plänkeln, in eine Schlacht gehen kann. Wer nicht die ernste Absicht zeigt, siegen zu wollen, der ist da von vornherein der Niederlage sicher. Und, wenn wir von Zuständen absehen, wo die geltende politische Verfassung von der Masse der Bevölkerung überhaupt nicht anerkannt, sondern nur als Provisorium ertragen wird, dessen man sich bei der ersten günstigen Gelegenheit entledigen werde, heisst der Sieg im Wahlkampf Eroberung und Geltendmachung des Parlamentsmandats. Daher hat die Taktik der reinen Proteststimmzettel nirgends vorgehalten. Wo sie versucht wurde, zeitigte sie von Wahl zu Wahl schlechtere Resultate. Fast überall musste sie schon nach der zweiten Probe als hoffnungslos aufgegeben werden. Den Wahlkampf aufnehmen hiess und heisst, um das Mandat oder wenigstens die grösstmögliche Stimmzahl kämpfen.

DAMIT war dem Teufel, genannt *Anpassung*, der kleine Finger gereicht, aus dem hier und da die ganze Hand, manchmal auch gleich ein ganzer Arm wurde. Die Anpassung geht in verschiedener Form vor sich. Einmal — und das ist die unanstössigere, allgemeine, aber darum doch auch folgenreiche Form — passt man sich an die Tagessituation an und führt den Kampf in erster Linie unter dem Banner von radikalen politischen etc. Forderungen, die dieser entsprechen, ohne deshalb die sozialistischen Grundsätze und Ziele zu verleugnen. Die zweite ist, man passt sich, um recht viel Stimmen zu erlangen, auch, oder überhaupt, der Disposition eines grösseren Kreises rückständiger Wähler an und vertuscht oder verleugnet sein sozialistisches Programm.

ÜBER letzteres sind in der deutschen Sozialdemokratie so ziemlich von der Zeit an, seitdem sie besteht, Klagen geführt worden. Ehedem in viel stärkerer Masse, als heute, und auch mit viel grösserem Rechte. Da die Wählerschaft in Bezug auf den Klassencharakter bunter zusammengesetzt, die Arbeiter in ihrer Masse weniger klassenbewusst, die Agitatoren weniger durchgebildet waren, musste es letzteren überaus nahe liegen, die Absichten und Ziele ihrer Partei durch Abschwächung und Vertuschung den rückständigen Wählern mundgerecht zu machen. Wo solches zur Kenntnis der Parteikongresse kam, ist es stets aufs schärfste gerügt worden; aber nachgelassen hat es erst in dem Masse, wie die soziale Entwicklung das Arbeiterelement immer stärker anwachsen liess und das politische Selbstgefühl der Arbeiter sich entsprechend hob.

WIE es aber auch mit der Anpassung gehalten wurde, ob es bei der erstbezeichneten, die überall stattfand, verblieb, oder zur zweiten, potenzierten Form Zuflucht genommen wurde, das Resultat der Wahlbeteiligung war von Anfang an, dass die sozialdemokratischen Kandidaten bei den Wahlen einen mehr oder minder starken Prozentsatz von Stimmen erhielten, die von Nichtarbeitern und Nichtsozialdemokraten herrührten. Über die relative Stärke dieses Prozentsatzes von Mitläufern sind schon früh Vermutungen angestellt worden, aber die Tatsache, dass immer noch nennenswerte Bruchteile der Arbeiterschaft zu bürgerlichen Parteien hielten, liess alle Berechnungen als sehr unsicher erscheinen.

×

×

×

DIE grosse Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen auf der einen Seite und das Wachstum der Arbeiterklasse, wie überhaupt die schärfere Aus-

prägung der Klassen auf der anderen Seite sind unzweifelhaft Momente, die einer solchen Berechnung heute einen grösseren Wahrscheinlichkeitswert verleihen. Im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* hat neulich Dr. R. Blank eine Studie über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands veröffentlicht, die auf Grund einer Vergleichung der Wahlstatistik mit der Berufsstatistik ein sich der Wirklichkeit möglichst annäherndes Bild davon zu gewinnen sucht, aus welchen Bevölkerungselementen sich die drei Millionen von Wählern zusammensetzen, die bei der Reichstagswahl von 1903 der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben. Gegen seine Berechnungsweise sind von verschiedenen Seiten Einwände erhoben worden, insbesondere von Bebel in der *Neuen Zeit*, aber die meisten stellen sich bei näherer Prüfung als nicht stichhaltig heraus. Sie beruhen entweder selbst auf irrigen Annahmen oder betonen Faktoren, auf die bei Blank schon in vollem Masse Rücksicht genommen ist. Wenn zum Beispiel Bebel Blank vorwirft, er habe die aus der Gewerbestatistik ausgeschlossenen Hunderttausende von Arbeitern des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbetriebes nicht berücksichtigt, so verwechselt er die Gewerbe zählung mit der Betriebs zählung. Bei der Betriebszählung wurden die betreffenden Staatsbetriebe und ihre Arbeiter allerdings nicht berücksichtigt, bei der Gewerbe zählung, die Blank seiner Berechnung zu Grunde legt, sind diese Arbeiter aber berücksichtigt worden. Ferner ist Bebel sicher auf falschem Wege, wenn er Blank vorwirft, nach seiner Berechnung, die für das Zentrum 1903 rund 873 000 Stimmen von industriellen Arbeitern ergibt, müssten alle 842 000 Stimmen, die dieses in jenem Jahre aus Orten mit über 2000 Einwohnern erhielt, Arbeiterstimmen gewesen sein, da die restlichen Stimmen des Zentrums (1 033 000) vom platten Land kamen. Er vergisst, dass auf dem platten Land auch industrielle Arbeiter wohnen. 1895 gehörten rund 8 Millionen Bewohner der Orte mit unter 2000 Einwohnern der Industrie, dem Handel und Verkehr an, darunter 1 497 651 männliche Industriearbeiter und 156 421 männliche Arbeiter in Handel und Verkehr. Von diesen haben sicher etliche Hunderttausend für das Zentrum gestimmt, und damit wird der obige Vorhalt hinfällig. Nicht anders steht es mit noch etlichem anderen. Tatsächlich ist Dr. Blank bei seinen Berechnungen so vorsichtig verfahren, als es nur verlangt werden kann. Er hat auf alle nicht ziffernmässig festzustellenden Faktoren, wie Zunahme der gewerblichen Arbeiterschaft von 1895 bis 1903, Proportion der nicht wahlberechtigten Arbeiter der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren, Proportion der im Wahlalter stehenden, nicht eingetragenen Arbeiter, Proportion der dem Wahlakt ferngebliebenen Arbeiter, bei seiner Berechnung in solcher Weise Rücksicht genommen, dass ihn höchstens der Vorwurf treffen könnte, die Zahl der gewerblichen Arbeiter, die 1903 für die Sozialdemokratie stimmten, zu hoch berechnet zu haben. Sicherlich hat er sie nicht zu niedrig angesetzt.

WIE stellt sich nun seine Berechnung?

ES wurden in Deutschland 1895 in Industrie, Bergbau etc. 4 963 409 und in Handel und Verkehr 868 042 erwerbstätige männliche Arbeiter gezählt. Von den ersteren müssen 41,65 %, von den letzteren 36,4 % als unter 25 Jahre abgerechnet werden, bleiben als im wahlfähigen Alter 3 448 223 gewerbliche etc. Arbeiter. Obwohl nun erheblich mehr als eine halbe Million im Wahlalter

stehender männlicher Personen nicht in die Wählerlisten eingetragen waren, nimmt Blank doch an, dass sämtliche Arbeiter jener Altersjahre auch Wähler waren, und er nimmt ferner an, dass von den Arbeiterwählern, obwohl bei einem Teil von ihnen noch starke Indifferenz herrscht, ein gleicher Prozentsatz am Wahlakt teilgenommen habe, wie der Durchschnitt der Wahlberechtigten aller Volksschichten, nämlich 76 %. Dann würde sich die Zahl der 1903 von gewerblichen etc. Arbeitern abgegebenen Wahlstimmen auf 2 620 649 belaufen. Davon ist aber noch abzuziehen die Zahl solcher Arbeiter, die, wie Zentrumsanhänger, evangelische und Hirsch-Dunckersche Gewerkvereiner etc., anders als sozialdemokratisch wählen. Da allein mehr als ein Drittel der gewerblichen Arbeiter Katholiken sind, und die Masse der Katholiken noch zum Zentrum steht, glaubt Blank nicht fehlzugreifen, wenn er die Zahl der Arbeiter, die 1903 nicht sozialdemokratisch wählten, auf insgesamt ein Drittel der Wähler aus der Arbeiterklasse einschätzt. Dies Drittel von der vorstehenden Zahl abgezogen, lässt 1 747 095 Wahlstimmen für die Sozialdemokratie. Zu ihnen muss aber noch die Zahl für den Anteil am Zuwachs der Arbeiterklasse in den acht Jahren von 1895 bis 1903 hinzugerechnet werden, den Blank ebenso hoch einschätzt, wie er in den dreizehn Jahren zwischen 1882 und 1895 war, nämlich 40 %. So erhalten wir schliesslich als höchste Zahl der gewerblichen etc. Arbeiter, die 1903 sozialdemokratisch stimmten, 2 446 000. Da aber die Sozialdemokratie 3 010 771 Wahlstimmen erhielt, müssen mindestens 564 000 Wahlstimmen von anderen, als der gewerblichen Arbeiterklasse angehörenden Wählern herrühren. Vergleiche mit den vorhergegangenen Wahlen und Wahlstatistiken aus den Grossstädten lassen Blank jedoch den Schluss als berechtigt erscheinen, dass diese Zahl erheblich hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, dass faktisch die Zahl der sozialdemokratischen Wähler, die nicht der gewerblichen Arbeiterschaft zugehörten, 1903 rund 750 000 betragen haben wird.

WELCHEN Gesellschaftsklassen sollen diese drei Viertel Million Wähler — fast ebensoviel, wie die Wähler, die 1903 die beiden Flügel der freisinnigen Partei zusammen auf sich vereinigten — angehören? Blank bezeichnet sie kurzweg als *bürgerliche Anhänger der sozialdemokratischen Partei* und nennt »Handwerker, kleine Kaufleute, kleine Beamte, kaufmännische Angestellte, überhaupt kleine selbständige Gewerbetreibende der verschiedensten Art, hier und da auch Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen« als ihre Bestandteile. Dass auch Angehörige der landwirtschaftlichen Berufe das sozialdemokratische Kontingent verstärkt haben, erkennt er zwar an, hält aber den Zuwachs, den die Sozialdemokratie aus diesen Kreisen empfing, für nicht bedeutend genug, um ihn mit einer grösseren Ziffer in Rechnung zu stellen. Wohl hebt er hervor, dass die Sozialdemokratie 1903 in den Landorten nicht weniger als 735 000 Stimmen hatte und damit schon die Partei der Junker, die deutschkonservative Partei, hinter sich liess, die nur 667 000 Stimmen auf dem Lande erhielt. Auch zeigt er am Beispiel einzelner kleinerer Landesteile auf Grund der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung und der Zahl der sozialdemokratischen Wähler, dass die Sozialdemokratie dort landwirtschaftliche Stimmen erhalten haben muss, der *antikollektivistische Bauernschädel* also kein Hindernis für die Ausbreitung der Sozialdemokratie bildet. Aber im allgemeinen leitet er die grosse Masse der in Landbezirken erzielten sozial-

demokratischen Stimmen von der dort lebenden gewerblichen Bevölkerung her, die, wie oben gesehen, allein 1½ Millionen erwachsene männliche Arbeiter umfasst. Die landwirtschaftlichen Arbeiter geben nach ihm »nur in Ausnahmefällen« sozialdemokratische Stimmzettel ab.

DAS ist nur mit grosser Einschränkung zu unterschreiben. Bei den Wahlen von 1903 wenigstens müssen die sozialdemokratischen Stimmzettel der Landarbeiter eine recht beträchtliche Höhe erreicht haben. An verschiedenen Orten, wo Schreiber dieses im Wahlkampf sprach, ist ihm von den Genossen, die auf den Dörfern Kleinarbeit verrichten, erklärt worden, dass sie bei den Landarbeitern auf mehr Entgegenkommen und Mut stiessen, als bei vielen Industriearbeitern, und wer die Wahlberichte aus den ländlichen oder halbländlichen Wahlkreisen Ostpreussens, Pommerns, der Mark Brandenburg, Mitteldeutschlands verfolgt hat, wird überall die Tatsache hervorgehoben finden, dass die Landarbeiter ein grösseres Kontingent, als je zuvor, zur sozialdemokratischen Wählerschaft gestellt hätten. So schrieb zum Beispiel gerade jetzt auch der *Vorwärts* in einem Bericht über die am 12. Juli erfolgte Nachwahl in dem stark agrarischen Kreise Oberbarnim (Mark Brandenburg), nachdem er ausgeführt, dass die Gutsbesitzer die heimischen Landarbeiter, von denen fortgesetzt grosse Prozentsätze in die Städte und insbesondere Berlin abwandern, teils durch ausländische Arbeiter und teils durch Arbeiter aus den zurückgebliebenen Distrikten des Ostens ersetzen: »Wenn nach diesen Umständen auf dem platten Lande die Stimmen für die Sozialdemokratie bei dieser Wahl fast die Höhe der Wahl von 1903 erreichten, und der Hauptverlust der konservativen Stimmen auf dem Lande zu verzeichnen ist, so ist das ein Resultat, das zu guten Hoffnungen für die Stichwahl berechtigt. Insbesondere die Schnitter sind fast geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten. Der Stimmenverlust der Konservativen auf dem platten Lande ist weit grösser, als der der Sozialdemokratie. Ein Rückgang der Stimmen der Sozialdemokratie ist im wesentlichen in den kleineren Städten erfolgt.« Die Erklärung für die letztere Erscheinung gehört nicht hierher. Aber aus dem, für unsere Frage durchaus tendenzlosen Bericht geht so viel hervor, dass der Kontakt der politischen Organisation mit der Landarbeiterschaft schon ein recht enger gewesen sein muss. Und Ähnliches habe ich vielfach gefunden. In Dörfern, wo früher ein versprengter Industriearbeiter heimlich das Parteiorgan des Kreises oder der Provinz las, halten jetzt vielleicht ein Dutzend oder mehr Landarbeiter ganz offen und sogar mit Stolz das betreffende Blatt. Der Landarbeiter ist durch die Leutenot vielfach in die Lage eines qualifizierten Arbeiters geraten, und das wirkt, neben anderen Faktoren, auf sein Selbstgefühl zurück.

ALLERDINGS handelt es sich bei den Stimmen in den Landorten immer um kleine Zahlen, von denen sich schon viele summieren müssen, um einen Posten von 10 000 zusammenzubringen, und so mag Bebels Schätzung etwas zu hoch gegriffen sein, die von den 735 000 in Landbezirken für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen drei Fünftel (435 000) Landarbeitern und Kleinbauern in proletarischer Lebenslage zurechnet. Aber auf mindestens zwei Fünftel (294 000) wird man sie doch zu schätzen und so etwa 150 000 bis 200 000 Landarbeiterstimmen der Sozialdemokratie zuzurechnen haben. Das liesse nur 550- bis 600 000 Stimmen für die Kategorien übrig, die Blank als

bürgerlich bezeichnet. Der bürgerliche Einschlag in der proletarischen Kette verringert sich damit von einem Viertel auf ein Fünftel der Wählerstimmen von 1903. Bebel schätzt den bürgerlichen Zusatz auf nur ein Sechstel. Ziffernmässig ist das kein grosser Unterschied, um so grösser ist die Abweichung in der Wertung der Rückwirkung dieses Einschlags auf den politischen Charakter der Sozialdemokratie, auf die Frage *Proletarisch-revolutionäre Klassenpartei oder sozialdemokratische Volkspartei?*

× × ×
 WIRD die Sozialdemokratie bei dem Wachstum, das sie in Deutschland aufweist, den proletarischen Klassencharakter bewahren, oder wird er unter dem Einfluss dieses Wachstums eine Modifikation erleiden? Das ist die Frage, die Blank im Anschluss an seine wahlstatistische Untersuchung aufwirft. Er beantwortet sie im letzteren Sinne. Bebel bekämpft dies, aber was er Blank entgegenhält, trifft meines Erachtens nicht den Kern der Frage, geht vielmehr meist an den Argumentationen Blanks vorbei. Dies namentlich auch deshalb, weil die Begriffsbestimmung bei Blank eine ganz andere ist, als bei Bebel.

WER Blanks Studie aufmerksam liest, dem wird es auffallen, dass er den Begriff *Proletarier* in einem sehr engen Sinne gebraucht, dagegen dem Begriff *bürgerlich* eine sehr weite Deutung gibt. Umgekehrt Bebel. Klassen oder Schichten, die bei Blank als bürgerlich figurieren, werden bei Bebel der proletarischen Armee zugewiesen. So, wie oben gesehen, etliche hunderttausend »Kleinbauern in proletarischer Lebensstellung«, so an anderer Stelle »Hunderttausende« kaufmännischer Angestellter »in rein proletarischer Existenz«. Was heisst aber *proletarische Existenz*? Ist es die Einkommenshöhe, die wirtschaftliche Abhängigkeit, welche den Proletarier bestimmen? Der Sprachgebrauch geht heute sehr stark in dieser Richtung, aber im Sinne der marxistischen Theorie liegt es nicht, von jenen zwei Momenten allein schon den Proletarier bestimmen zu lassen. Nach der Marxschen Theorie gehört zum Proletarier: 1. die Trennung von den Arbeitsmitteln, 2. die damit verbundene wirtschaftliche Abhängigkeit, 3. die voraussichtliche Lebenslänglichkeit dieser sozialen Stellung. Obwohl nicht ausgesprochen, ist doch hierin noch einbegriffen: 4. die tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, enge Begrenzung der sozialen Laufbahn. Nur Berufe, die diese vier Merkmale zusammen aufweisen, können unter dem Gesichtspunkt der Marxschen Theorie als im eigentlichen Sinne proletarisch bezeichnet werden. Wo dagegen, wie zum Beispiel in der kaufmännischen Laufbahn, den Berufsangehörigen teils doch noch die Etablierung als selbständiger Geschäftsmann, teils eine weite Karriere bis zum Betriebschef oder Disponenten mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit offen steht, kann von einem proletarischen Beruf nicht gesprochen werden, selbst wenn sich, wie dies heute im Kaufmannsberuf der Fall, für einen wachsenden Prozentsatz der Berufsangehörigen dem proletarischen Verhältnis ähnliche Lebensbedingungen ausbilden. Insofern hat Blank recht, und Bebel unrecht. Dass Tausende und Abertausende von kaufmännischen Angestellten, ebenso wie Tausende von Kleinbauern, Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten etc. sozialdemokratisch stimmen, macht sie noch nicht zu Proletariern; nicht die Gesinnung, die Klassenlage bestimmt die Klassenzugehörigkeit. Immer vom Gesichtspunkt der Marxschen Theorie aus, die Blank seinen Betrachtungen zu Grunde legt, und die hier keine Verwischung duldet.

INDESSEN ist der Sprachgebrauch, wenn er auch irre gehen kann, doch gewöhnlich der Anzeiger realer Entwicklungen. Wenn einzelne eine Bezeichnung auf sich anwenden, die formell gar nicht auf sie passt, so mag das als blosser Stimmungsausfluss zu betrachten sein. Zum Beispiel, wenn hochgestellte Beamte, denen noch höhere Chefs auf die Hühneraugen getreten sind, plötzlich finden, dass sie auch nur Proletarier seien, so ist das nicht ernst zu nehmen. Wenn aber ganze Klassen oder Volksschichten sich als proletarisch bezeichnen respektive die Bezeichnung akzeptieren und mit den wirklichen Proletariern unter deren Fahne dauernd zusammengehen, so ist von blossem Stimmungsausfluss nicht mehr zu reden, es muss dann eben mehr vorliegen, als bloss Stimmung, was diese Gestaltung der Dinge zur Folge hat.

UND das ist denn auch in der Tat der Fall. Zwei Faktoren geben einer ganzen Reihe von sozialen Schichten, die zwischen dem eigentlichen Proletariat — das Wort immer im Marxschen Sinne gebraucht, als Bezeichnung für die Klasse der Lohnarbeiter auf Lebenszeit — und der Bourgeoisie stehen, immer mehr ein proletarisches Gepräge. Erstens die Tatsache, dass diese Schichten am Aufstieg der Bourgeoisie fast gar keinen Anteil haben, sondern in Einkommen etc. immer mehr hinter ihr zurückbleiben, während das Proletariat sie in dieser Hinsicht entweder einholt oder gar überholt. Zweitens der Umstand, dass die ihnen somit am nächsten stehende Klasse der Lohnarbeiter an Zahl und Geschlossenheit und damit auch an sozialem Schwergewicht beständig zunimmt. Ein psychologisch leicht begreiflicher Trieb bringt Klassen oder Schichten, die als solche keine bestimmten eigenen sozialen Aspirationen haben, immer stärker in den Bann der ihnen am nächsten stehenden grösseren Klasse, bei der dies der Fall ist. Man könnte hier von einer *sozialen Gravitation* oder *Affinität* sprechen, die übrigens im vorliegenden Fall oft genug durch persönliche Verwandtschaftsbeziehungen der einzelnen Glieder dieser Klassen stark unterstützt wird. Welcher Kleinbauer, Klein-gewerbetreibende, kleine Beamte etc. hat nicht heute Brüder oder Vettern, Söhne oder Neffen, die gewerbliche Lohnarbeiter sind?

IN Norddeutschland respektive Preussen wird diese soziale Gravitation des weiteren unterstützt durch das grosse Stück Feudalismus, der sich hier in den Staatseinrichtungen (Militärwesen, Staatsbureaukratie etc.) erhalten und das bürgerliche Leben in dem Sinne stark beeinflusst hat, dass das von der französischen Revolution her berühmte bürgerliche Programmwort *La carrière ouverte à tous* hier für ganze Beamten- etc.-schichten nicht einmal den Illusionswert hat, den es in anderen Ländern moderner Entwicklung besitzt, sie vielmehr jenseits einer sehr eingegangenen Laufbahn alle Möglichkeit weiteren Aufstiegs durch eiserne Schlösser vor sich verrammelt sehen. Ich habe in England sehr wenig Verkehr unterhalten, aber es fallen mir doch im Augenblick, wo ich dies schreibe, allein drei Fälle von Leuten ein, die ich dort noch als Lohnarbeiter kannte, und von denen heute der eine höherer Lehrer, die anderen zwei Rechtsanwälte sind. Und doch ist England sogar in vieler Hinsicht auch noch hinter anderen Ländern bürgerlicher Entwicklung zurück.

ZUR sozialen Gravitation kommt die politische hinzu, als Folge des von Bebel mit Recht hervorgehobenen energischen Eintretens der Sozialdemokratie für alle sozial Geschädigten und Unterdrückten, wozu eben jene Klassen auch

gehören. Je grössere Bedeutung die Sozialdemokratie im Parlament erlangt, um so grösser wird ihr Einfluss auf alle Klassen und Schichten, die sich bei der gegebenen Gestaltung der Dinge benachteiligt fühlen. Und dieses Ansehen überträgt sich von der Partei auf die Klasse, als deren Vertreterin sie auftritt. WENN also Bebel Blank gegenüber erklärt, die Stimmen oder selbst der Anschluss der von Blank als bürgerlich bezeichneten Elemente würden den proletarischen Charakter der Sozialdemokratie nicht ändern, so hat er zum mindesten die bis jetzt vorliegende Erfahrung für sich. Von Blank hervorgehobene Tatsachen, wie das Fehlen der Proklamierung des Klassenkampfes in Wahlflugblättern, sind hierfür ganz ohne Belang. Es ist mir in dem Menschenalter, das ich der Partei angehöre, kein von ihr veröffentlichtes Wahlflugblatt vor die Augen gekommen, in dem der Klassenstandpunkt der Partei anders oder schärfer gekennzeichnet worden wäre, als in dem von ihm zitierten Flugblatt, dass ihn als den Kampf gegen alle Klassenherrschaft hinstellt. Überhaupt ist Bebel darin heizupflichten, dass heute der sozialdemokratische Standpunkt in keiner Weise weniger scharf zum Ausdruck kommt, als früher. GLEICHWOHL ist die Partei auf dem Wege, Volkspartei zu werden, ja, sie ist es in nicht geringem Grade heute schon. Blank unterscheidet in geistreicher Weise zwischen der Partei als einer Ideengemeinschaft und der Partei als einer Interessengemeinschaft und meint, das erstere trete beim Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu ihren Bestandteilen immer mehr hinter dem letzteren zurück. Dies in dem Sinne, dass die Partei immer mehr zu einer Koalition der demokratischen Volkselemente werde. Letzteres ist unzweifelhaft richtig, aber die Ideengemeinschaft hat bis jetzt darunter nicht gelitten. Die Sache ist vielmehr die, dass mit der ganzen Wirtschafts- und Klassenverschiebung der Gegenwart auch der Begriff *Volk* als politische Kategorie einen anderen Inhalt erhalten hat, als er ihn früher hatte. Im Unterschied von der ethnologischen Bedeutung des Wortes bedeutet *Volk* politisch die von den herrschenden Klassen unterschiedene Masse einer Nation. Diese Masse sieht zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden aus, und in ihr sind demgemäss auch zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedene Bevölkerungselemente tonangebend: Bauern, städtisches Klein- und Mittelbürgertum, Arbeiter. In dem Masse daher, wie die soziale Entwicklung der Arbeiterklasse das Übergewicht im Volke zuschiebt, kann *Arbeiterpartei* und *Volkspartei* identisch werden. Das aber ist tatsächlich heute schon in hohem Grade der Fall. Ohne aufzuhören, in erster Linie Partei der Arbeiterklasse zu sein, wird die Sozialdemokratie immer mehr Volkspartei. Wie einst die bürgerliche Demokratie Volkspartei unter dem Gesichtswinkel der breiten Masse des Bürgertums war, so ist die Sozialdemokratie heute Volkspartei unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterklasse. Die nichtproletarischen oder nicht reinproletarischen Elemente, die sich ihr anschliessen, akzeptieren den Gesichtspunkt der Arbeiterklasse, erkennen diese als die führende Klasse an. Die einen mehr, die anderen minder bewusst, alle aber durch die Tat.

×

×

×

ES liegt auf der Hand, dass solche politische Vermischung von Klassen indes doch nur bis zu einem gewissen Grade vor sich gehen kann, ohne den Grundcharakter der Partei auch zu beeinflussen. Ob der nichtprole-

tarische Einschlag in der sozialdemokratischen Wählerschaft ein Viertel dieser beträgt, wie Blank meint, oder ein Sechstel, wie Bebel behauptet, ist eine rechnerische Frage, die politische Bedeutung erst durch die Antwort auf die andere Frage erhält, einen wie hohen Einschlag dieser Art die Sozialdemokratie vertragen kann, ohne ihren bisherigen Charakter zu ändern. Und in Verbindung damit erhebt sich die weitere Frage: Kann die Sozialdemokratie das bisherige Tempo des Wachstums ihrer Stimmen beibehalten oder sogar noch steigern, ohne dass zugleich dieser Einschlag tatsächlich in stärkerem Masse zunimmt, als ihre proletarische Wählerschaft?

DAS ist die tiefere Frage, die den Untersuchungen Dr. Blanks zu Grunde liegt. Es ist keine spekulative Zukunftsfrage, es ist ein wichtiges Stück der Frage der vor uns liegenden politischen Entwicklung. Bebel glaubt sie genügend damit beantwortet, dass er erklärt, die Klassengegensätze verschärften sich, die Proletarisierung der Masse der Gesellschaft nehme zu und nicht ab, das Kapital demokratisiere sich nicht, sondern werde immer plutokratischer, der Liberalismus werde nicht demokratischer, sondern immer reaktionärer. Aber das sind Dreiviertelswahrheiten, die sehr bedeutungsvolle Tatsachen der gesellschaftlichen Entwicklung ignorieren, an denen wir in der Wirklichkeit nicht gar so glatt vorbeikommen. Das Proletariat vermehrt sich unzweifelhaft in der modernen Gesellschaft, aber sein relatives Wachstum im Verhältnis zu anderen Klassen ist kein so schnelles, um in Bälde eine proletarische Volksmehrheit zu versprechen. Das Kapital demokratisiert sich allerdings nicht, aber das Kapital gewinnt durch die Dezentralisation seiner Anteile ein wachsendes Gefolge von Interessenten, das mit seinem Anhang eine Bevölkerung von Zehntausenden und Aberzehntausenden ausmacht und durch den sozialen Einfluss, den es ausübt, als politischer Faktor erheblich ins Gewicht fällt. Der Liberalismus wird in Deutschland allerdings immer reaktionärer, aber die politischen Zustände in Deutschland sind darum nicht besser, als in solchen Ländern, wo der Liberalismus nicht so reaktionär ist. Kurz, während Blank glaubt, die Sozialdemokratie werde sich durch steigende Zunahme ihres nicht-proletarischen Einschlags zu einer »Volkspartei im weitesten Sinne des Wortes« entwickeln, stellt Bebel eine Prognose, die nur dann befriedigend wäre, wenn in Deutschland eine unwälzende politische Katastrophe in Bälde zu erwarten wäre. Wie die Disposition des deutschen Volkes beschaffen ist, sieht es aber nicht danach aus. Und so stehen wir vor einer Frage, auf die eine theoretisch festbegründete Antwort noch nicht gefunden ist.

XX

JOHANNES TIMM · DIE LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN

DIE am 10. Juni gewählten Vormünder des bayrischen Volkes, genannt *Wahlmänner*, haben zum grössten Teile am 17. Juli die Abgeordnetenwahlen vollzogen. Nur in den beiden pfälzischen Wahlkreisen Landstuhl-Homburg und Neustadt-Dürkheim ist der Wahlkampf nicht so rasch entschieden worden. In Landstuhl-Homburg haben die Wahlmänner zunächst zwei Tage ergebnislos gewählt. Bei der letzten Abstimmung erhielt der Kandidat des *Bundes der Landwirte* 80 Stimmen, der

liberale Kandidat 54 und der Kandidat des Zentrums 47 Stimmen. Nach dieser hartnäckigen Arbeit, die zu keinem Resultat führte, wurde einen Tag Rast gemacht und erst am 20. Juli die Wahl fortgesetzt. Im Wahlkreise Neustadt-Dürkheim verliefen 13 Wahlgänge erfolglos. Wie die Tageszeitungen berichten, scheint eine Einigung unter den Parteien ausgeschlossen. Auf Vorstellung des Wahlvorstehers beim Ministerium in München findet vorläufig keine Wahl mehr statt. Eine neue Wahl soll erst im Herbst wieder anberaumt werden. DIESE beiden Vorgänge illustrieren treffend die Genialität des veralteten Wahlgesetzes. Weder bei den Urwahlen, noch bei den Abgeordnetenwahlen gibt es Stichwahlen. Das Gesetz schreibt nur *Nachwahlen* vor, die so lange fortgesetzt werden, bis die Majorität für eine Parteigruppe von Wahlmännern oder für einen Kandidaten erreicht ist. Es können die sämtlichen Urwähler und die sämtlichen Wahlmänner wieder an den Nachwahlen teilnehmen, ebenso wie auch die gleichen Wahlmänner und die gleichen Kandidaten wieder in der Nachwahl gewählt werden können. Stichentscheidung durch Los oder dergleichen bei Stimmengleichheit gibt es nicht. So kann es vorkommen, wie im Jahre 1887 in dem Landtagswahlkreis Würzburg I, dass ein Kreis im Abgeordnetenhaus ohne Vertretung bleibt. In Würzburg hatten damals die Liberalen und das Zentrum je 44 Wahlmänner bei den Urwahlen erhalten. Erst nach vier Jahren, als ein Wahlmann des Zentrums starb, konnte der liberale Kandidat mit einer Stimme Majorität gültig gewählt werden. So zwingt das bestehende unsinnige Wahlsystem geradezu zu Wahlvereinbarungen unter den Parteien, wenn es nicht zur Farce werden soll.

SEHEN wir von den Wahlkreisen Neustadt und Landstuhl mit zusammen 5 Abgeordneten ab, so setzen sich die übrigen 154 Abgeordneten zusammen aus 12 Sozialdemokraten, 102 Zentrum, 20 Liberalen, 17 Konservativen, Bauernbündlern und *Bund der Landwirte*, 2 Demokraten und 1 Mittelstandsparteiler. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat die Sozialdemokratie 1 Mandat gewonnen, das Zentrum 19, die Demokraten 1 und die Mittelstandsvereinigung 1. Dagegen haben die Liberalen 23 und die konservativen Bündler und der Bauernbund zusammen 5 Mandate verloren.

DER Ausfall der Wahlen hat die Parole unseres Augsburger Parteitages vom 27. Juni 1904: mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass eine sichere Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform aus den Wahlen hervorgeht, verwirklicht. Diese Tatsache ist das bedeutsamste Ereignis der abgeschlossenen Wahlbewegung.

DER Löwenanteil des praktischen Erfolges ist freilich dem Zentrum zugefallen, und zwar durch unsere Mithilfe. Das war von vornherein vorauszusehen und konnte auch daher nicht anders sein, weil in Bayern das Zentrum sich in der Wahlrechtsfrage am zuverlässigsten gezeigt hat. Das Zentrum leidet nämlich unter dem gegenwärtigen Wahlsystem ebenso sehr, wie unsere Partei. Besonders auf dem Lande, der Domäne des Zentrums, kommt es vor, dass die Wähler drei Stunden weit zu gehen haben, um ihr Wahlrecht auszuüben. Auf diese Art wird Tausenden von Wählern das Wahlrecht vereckelt. Bei der Landtagswahl im Jahre 1899 haben denn auch nur 31 % der Wahlberechtigten gewählt. In 465 Landgemeinden ging kein einziger Wähler zur Wahl, in 464 Landgemeinden ein einziger Wähler. Wenn diesmal in den Landgemeinden eine

bessere Wahlbeteiligung gewesen ist, so ausschliesslich zu dem Zweck, mit dem rückständigen Wahlrecht endlich aufzuräumen. Und die Zweidrittelmehrheit, die zur Schaffung eines neuen Wahlgesetzes notwendig ist, haben Zentrum und Sozialdemokraten diesmal erreicht.

FREILICH, die Liberalen ergehen sich in Schmerzengüssen über den Ausfall der Wahlen; sie klagen über das unnatürliche schwarz-rote Wahlbündnis. Spotten ihrer selbst, und wissen nicht wie. Die Liberalen sind es gewesen, die zu diesem Zusammengehen im Interesse des Zustandekommens der Wahlreform gezwungen haben. Die selben Liberalen, die durch ihr Organ, die *Münchener Allgemeine Zeitung*, noch am 29. Oktober 1903 ganz offen verkündeten: »In Bayern muss die liberale Forderung des direkten Wahlrechts Theorie bleiben, wenn nicht die sonstige Gestaltung des Wahlrechtes Garantien dagegen schafft, dass die Präponderanz einer Partei dauernd stabilisiert wird. Das direkte Wahlrecht, so grundliberal seine Idee ist, wird antiliberal, rückschrittlich, wenn in der Praxis seine Durchführung zur politischen Entrechtung einer starken Minderung führt.« Und dieser Liberalismus, der seine Grundsätze mehr als Last empfindet, denn als Stütze benutzt, gab sich der Hoffnung hin, das so oft von ihm hintergangene Volk werde seine neuerlichen papiernen Erklärungen, er sei dennoch fürs allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht, ernst nehmen. Weder diese Versprechungen, noch ein von allen 7 Gruppen des bayrischen Liberalismus für die Wahlbewegung eigens ausgearbeitetes *freiheitliches* Programm, noch auch das Eintreten der *jungen Finken* zur Verschleierung der Sünden der Alten hat die wohlverdiente Schlappe, die sich der Gesamtliberalismus aus dem Wahlkampf geholt hat, verhindern können.

DURCH seine eigene Grundsatzlosigkeit hat sich der bayrische Liberalismus, wie überall, zielbewusst heruntergewirtschaftet. Die nachstehenden Stimmenzahlen der Reichstagswahlergebnisse in Bayern veranschaulichen die Entwicklungsverhältnisse der liberalen Richtungen. Nationalliberale, Freisinnige und Demokraten brachten an Stimmen auf 1881: 170 268, 1884: 237 197, 1887: 338 228 1890: 265 928, 1893: 165 104, 1898: 164 104, 1903: 203 280. Die grösste Steigerung der Stimmen wurde bei den bekannten Septennatsfaschingswahlen 1887 erreicht, dann findet ein stetiges rapides Sinken statt, das bis zum Jahre 1898 andauerte. Von 1898 bis 1903 ist eine, im Verhältnis zu der im allgemeinen starken Wahlbeteiligung unwesentliche, Zunahme zu verzeichnen. Bedeutend grösser ist die Zunahme der Stimmen in diesem Zeitabschnitt bei unserer Partei und beim Zentrum. Unsere Stimmen stiegen von 138 218 im Jahre 1898 auf 212 506 im Jahre 1903. Die Zentrumsstimmen dagegen von 297 723 im Jahre 1898 auf 426 405 im Jahre 1903. In der gleichen Weise, wie bei den Reichstagswahlen, hat sich der liberale Einfluss im bayrischen Landtag vermindert. Die Zahl der freisinnigen, nationalliberalen und demokratischen Abgeordneten betrug 1881: 73, 1887: 74, 1893: 69, 1899: 46 und nach den Wahlen von 1905, soweit die Ergebnisse bis jetzt feststehen, 22.

UND dabei haben die Liberalen alles vor den diesmaligen Wahlen getan, und zwar mit Erfolg, um sich einen künstlichen Besitzstand zu sichern und die Zweidrittelmehrheit zu vereiteln. Die Regierung wurde in Sachen der Wahlkreiseinteilung so bearbeitet, dass sie, entgegen ihren Versprechungen im letzten Landtag, eine für die Liberalen sehr günstige Einteilung auf Kosten unserer Partei traf. Die Sozialdemokraten in der Pfalz und in Franken sollten an der

Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche verhindert werden. In der Pfalz ist dieses Kunststück nicht von Erfolg gewesen; dagegen ist es gelungen, unserer Partei in Franken jede Vertretung zu rauben, dank einer besonders schätzbaren Urwahlbezirkseinteilung, die in das Belieben der Verwaltungsbehörden gelegt ist. Die liberalen Macher in Nürnberg insbesondere haben ihren durch ein mittelalterliches Wahlrecht gestützten Einfluss weidlich zur *Sicherung ihres Erfolges* ausgenutzt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1899 erreichte die Sozialdemokratie, mit der damals die Demokraten verbündet waren, mit zirka 17 000 Stimmen in Nürnberg 170 Wahlmänner, die vereinigten Liberalen mit zirka 10 000 Stimmen 87 Wahlmänner. Am 10. Juli dieses Jahres fielen im ganzen Wahlkreise zirka 22 000 Stimmen auf die Wahlmänner der Sozialdemokratie und zirka 15 000 auf die vereinigten bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie hat also um rund 7000 Stimmen mehr aufgebracht, als die vereinigten Gegner, und sie brachte es trotzdem nur auf 107 Wahlmänner, während die vereinigten Gegner 150 Wahlmänner errangen. Dieser eine Vorgang, den die Liberalen überdies noch als ihren grössten Triumph in überschwenglicher Weise feiern, zeigt deutlich, wie sehr das bestehende Wahlrecht wert ist, so bald als möglich beseitigt zu werden.

DIE Parteipresse registriert daher einhellig in zustimmender Weise das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform, die nunmehr als gesichert erscheint. Der heruntergekommene *Liberalismus* natürlich gestattet sich noch den Luxus, die Krone und die Regierung gegen die Wahlreform scharf zu machen. Wird ihm aber nichts nützen. Denn die Strömungen gegen das bestehende Wahlgesetz sind so stark, dass Krone und Regierung ihnen nicht widerstehen können, selbst wenn sie wollten.

XX

HEINRICH JASPER · SCHÖFFEN ODER GESCHWORENE?

DIE Kommission für die Reform des Strafprozesses, die in Veranlassung eines einstimmigen Reichstagsbeschlusses vom 19. April 1902 seitens der Reichsregierung einberufen und am 10. Februar 1903 zusammengetreten war, hat ihre Beratungen am 1. April 1905 beendet. Das Reichsjustizamt hat die vollständigen Protokolle der Kommissionsverhandlungen bei Guttentag erscheinen lassen und damit die Ergebnisse dieser Verhandlungen zur öffentlichen Erörterung gestellt und die allgemeine Kritik herausgefordert. Diese durchaus notwendige Kritik hat auch bereits insoweit eingesetzt, als von vielen die Beseitigung der Schwurgerichte, die die Kommission vorschlägt, scharf getadelt ist. Eins der wenigen Überbleibsel aus dem Sturmjahre 1848 solle ohne zwingenden Grund beseitigt werden, sagt man, und man ruft alle wahrhaften Demokraten zur Verteidigung der Schwurgerichte, dieser Bollwerke der Freiheit, auf die Schanzen. IST diese Freiheit wirklich gefährdet? Ohne die Schwurgerichte zu unterschätzen, muss man doch sagen, dass sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt mit Freiheit und Demokratie herzlich wenig zutun haben. Ein flüchtiger Blick in die Spruchliste, die vorwiegend Fabrikanten und Grundbesitzer umfasst,

zeigt jedem, der sehen kann, wie es in Wahrheit um dieses *Volksgericht* bestellt ist. Man sehe sich nur ein einziges Mal die Mitglieder einer Geschworenenbank an, und das Embonpoint der Geschworenen wird jeden genugsam überzeugen, dass man es ausschliesslich mit Angehörigen der besitzenden Klasse zu tun hat. Die organisierte Arbeiterschaft ist sich auch längst über das Wesen der Geschworenen klar. Die Wahrsprüche von Löbtau, Rostock und andere mehr haben ihr den Charakter dieser Gerichte dargetan, haben gezeigt, was ein Proletarier von den Herren Geschworenen zu gewärtigen hat. Es nimmt daher wunder, die gegenwärtigen Geschworenengerichte im Namen der Freiheit verteidigen zu hören. Wenn es gleichwohl geschieht, so scheint man mehr an die Schwurgerichte zu denken, wie sie sein sollten, statt an die, wie sie tatsächlich geworden sind. Auch scheint man sie mehr mit den Strafkammern, die ausschliesslich mit gelehrten Richtern besetzt sind, zu vergleichen, als mit den Schöffengerichten. Und doch stehen die Geschworenen den Schöffen näher, als den Berufsrichtern der Strafkammer. Vor den Strafkammern verdienen die Schwurgerichte ohne Zweifel den Vorzug. Sind sie auch den Schöffengerichten vorzuziehen? Sehen wir uns den Gedanken-gang, der die Kommission veranlasste, die Beseitigung der Schwurgerichte zu empfehlen, etwas näher an.

DIE Kommission ging davon aus, dass der jetzige Aufbau der Strafgerichte prinzipwidrig und inkonsequent sei, insofern geringfügige Sachen unter Mitwirkung des Laienelements bei Beurteilung der Schuld- und Straffrage, ernstere Vergehen lediglich durch Berufsrichter unter Ausschluss von Laien, die schwersten Verbrechen aber in Ansehung der Schuldfrage nur durch Laien entschieden werden. Die Kommission beschloss, diese Inkonsequenz zu beseitigen und die Gerichtsorganisation nach einem einheitlichen Grundsatz zu gestalten. Dabei hatte sie, falls sie nicht zu einer völligen Neubildung übergehen wollte, nur die Wahl, eine der drei bestehenden Gerichtsformen in Vorschlag zu bringen. Ein Scharfmacher würde, vor diese Wahl gestellt, sicherlich den Strafkammern den Vorzug gegeben haben, weil diese am exaktesten im Sinne der Anklagebehörde zu arbeiten pflegen und auch ohne Zuchthausgesetz kraft ihrer richterlichen Überzeugung ein Zuchthausregiment einführen im angeblichen Staatsinteresse und zur Abschreckung der Umstürzler. Ein Demokrat kann sich dagegen nur freuen, dass die Kommission sich nicht für die Strafkammern entschieden hat; und zwar hat sie hiervon abgesehen, weil sie das Laienelement in der Strafrechtspflege für durchaus wünschenswert und nützlich hielt.

DIE Beteiligung der Laien ist das Moment, das die Schöffen- und Schwurgerichte gemeinsam von den Strafkammern scheidet. Unter einander scheiden sie sich wiederum durch die Form, in der die Zuziehung der Laien erfolgt. Für die Kommission handelte es sich nicht um die Frage, ob Laien zuzuziehen seien, sondern lediglich um die Form, in der die Laien mitwirken sollten. Um die bessere Form zu finden, hat sie eingehend die Frage erörtert, ob sich in Deutschland das Schwurgericht bewährt habe, und ob die Zuversicht, dass diese Einrichtung die Erforschung der materiellen Wahrheit und den Sieg der Gerechtigkeit am sichersten gewährleiste, sich als gerechtfertigt erwiesen habe. Nur ein einziges Mitglied hat sich für Bejahung dieser Frage ausgesprochen. Die überwiegende Mehrzahl der Kommissionsmitglieder war jedoch der An-

sicht, dass die Erfahrungen mit den Schwurgerichten sehr schlechte seien, und dass die Mängel mit der Form des Schwurgerichts untrennbar verbunden seien. Zu den schweren Schäden für die Rechtspflege an den Schwurgerichten seien namentlich zu rechnen:

1. das Ablehnungsrecht der Prozessparteien;
2. die Teilung des Gerichts in zwei getrennte Organe, in Verbindung mit der Fragestellung und der Rechtsbelehrung;
3. der mit Gründen nicht versehene Wahrspruch.

DAS Ablehnungsrecht, das freilich in der Praxis oft geradezu komödienhaft gehandhabt wird, mag noch hingehen. Es liesse sich leicht beseitigen, ohne das Schwurgericht selbst aufzugeben. Dagegen ist die Trennung des Gerichts in zwei besondere Kollegien das Moment, das die Schwurgerichte gegenüber den Schöffengerichten, bei denen die beiden Schöffen mit dem Amtsrichter ein einheitliches Kollegium bilden, kennzeichnet. Diese Trennung zeitigt grosse Übelstände. Dahin gehört, dass über den Umfang der Beweisaufnahme nicht die Geschworenen, die über deren Ergebnisse zu entscheiden berufen sind, sondern der Gerichtshof allein befindet. Die Geschworenen werden durch diese Vorschrift für die Verhandlung zu stummen Zuschauern eines mehr oder minder gut inszenierten Schauspiels herabgewürdigt, dessen Regisseur der Vorsitzende ist. Erst wenn der Vorhang gefallen, wenn die oft lange dauernde und komplizierte Beweiserhebung beendet, werden die Geschworenen tätig und sollen alsdann über die Ergebnisse der Beweisaufnahme allein und selbständig entscheiden. Da sie die Schuldfrage in ihrem ganzen Umfange zu beantworten haben, haben sie nicht nur die Beweisergebnisse, sondern auch die Rechtsfrage zu prüfen. Dabei geraten sie nicht selten in die Brüche. Sind die Geschworenen ohne die sachkundige Leitung des erfahrenen Berufsrichters doch häufig nicht im stande, den vor ihnen angeläuteten Stoff zu sichten; man denke zum Beispiel an die wochenlang währenden Verhandlungen des Kwilecki-, des Trebertrocknungsprozesses. Auch sind dem Laien die Grundbegriffe des Strafrechts mehr oder weniger unbekannt. Bei Entscheidung der Rechtsfrage bedarf er also dringend juristischen Rates und Beistandes. Diesem Mangel glaubte freilich der Gesetzgeber durch Formulierung bestimmter Fragen und Rechtsbelehrung seitens des Vorsitzenden abhelfen zu können. Allein gerade durch die Fragestellung werden die Geschworenen, welche dem Sinne und dem Wortlaut des Gesetzes nach in Beantwortung der Schuldfrage völlig frei sein sollen, in ihrer freien Beurteilung jedenfalls insofern beschränkt, als durch die Normierung der Fragen wenigstens negativ entschieden wird, dass die Tat des Angeklagten unter einen anderen strafrechtlichen Gesichtspunkt, als den im Fragebogen hervorgehobenen, nicht fällt. Ist beispielsweise bei einer Tötung nur die Frage nach Mord gestellt, das heisst, nur gefragt, ob die Tat mit Vorsatz und mit Überlegung ausgeführt sei, so können die Geschworenen nur erklären, es liege Mord oder kein Mord vor, können aber nicht entscheiden, es liege zwar vorsätzliche, aber unüberlegte Tötung (Totschlag), oder es liege fahrlässige Tötung vor, und müssen den Angeklagten bei Verneinung der Frage nach Mord freisprechen, obwohl sie ihn des Totschlags für schuldig halten. Die Formalisierung durch die Fragestellung zeitigt also durchaus ungesunde Ergebnisse. Immerhin wird mancher geneigt sein, die Ursache weniger in der Fragestellung an sich, als in

der zu engen und falschen Fragestellung *in concreto* zu suchen. Man wird einwenden, das Richterkollegium habe dafür zu sorgen, dass den Geschworenen, wenn auch das ganze Reich der Eventualitäten nicht erschöpft werden kann, doch durch die Fragestellung so viel Spielraum gewährt werde, wie irgend möglich. Indessen wird durch Vermehrung der Fragen der durch die Fragestellung beabsichtigte Zweck, den Geschworenen einen Ariadnefaden für das Labyrinth der Strafgesetze an die Hand zu geben und sie vor Irrtümer und Abwege zu warnen, recht in Frage gestellt. Nichts ist mehr geeignet, die Geschworenen auf Abwege zu führen, als viele, insbesondere unnötige und überflüssige Fragen. Es ist bekannt, dass die Geschworenen, soweit sie ihre Klasse nicht gefährdet sehen, sehr geneigt sind, das Mildere, einen geringeren Grad der Schuld anzunehmen, zwischen Schuld und Unschuld einen Mittelweg einzuschlagen und den Streit zwischen Verteidigung und Anklage durch ein Abkommen zu schlichten. Hierauf ist die sonst auffällige Erscheinung zurückzuführen, dass meistens die Verteidigung eventuelle Fragen verlangt, und dass die Staatsanwaltschaft dagegen ankämpft. Die Anklagebehörde fürchtet, bei den Geschworenen in den Verdacht zu geraten, selbst kein Vertrauen zu der Hauptsache zu haben. Der Verteidiger denkt den Geschworenen ein Hintertürchen zu öffnen, durch welches sie entschlüpfen und, ihrem Gefühl folgend, das Schuldig in der Hauptsache vermeiden können. Freilich wird durch Stellung oder Ablehnung der Eventualfrage nicht selten das Gegenteil von dem erzielt, was die Prozessbeteiligten davon erhofften, so dass sowohl Staatsanwalt und Verteidiger, als auch das Richterkollegium bei Formulierung der Fragen sich in bedenklicher Lage befinden. Der Findung eines der objektiven Sachlage entsprechenden gerechten Urteils, und das ist doch schliesslich die Hauptsache, wird aber durch die Fragestellung und den Kampf um die Fragen nicht gedient. Müde und erschöpft, unsicher und sorgenvoll pflegen die Geschworenen sich wieder aufzuraffen und zu ermuntern, wenn der Vorsitzende das Wort zur Rechtsbelehrung nimmt. Der Präsident, vom Gesetz mit Macht und Ansehen bekleidet, durch seine Stellung vor allen hervorragend, hat sich, wenn er irgend seiner Aufgabe gewachsen ist, das Vertrauen der Geschworenen erworben. Er wird als derjenige angesehen, der allein unparteiisch dasteht, der noch besser, als die Parteivertreter, die Tatsachen würdigen und die Rechtsfragen lösen kann. Vom Präsidenten in erster Linie erwartet der Geschworene Rat und Aufschluss. Gespannt lauscht er, welche Ansicht der Präsident von der Sache habe, das heisst, wie dieser meine, dass entschieden werden müsse. Diese Ansicht darf aber der Präsident gerade nicht verraten. Gleichwohl tut er sie häufig kund und gibt dadurch regelmässig in dem Widerstreit der Parteien den Ausschlag.

MAN sieht, dass dem Gewissen und der Einsicht des Präsidenten das meiste überlassen und alles von dessen Persönlichkeit abhängig ist. Der Erforschung der Wahrheit ist durch das Resumé des Präsidenten nicht immer gedient, und das ist um so bedenklicher, als nach ausdrücklicher Gesetzesvorschrift die Belehrung des Vorsitzenden von keiner Seite einer Erörterung unterzogen werden darf. Mancher Staatsanwalt und mancher Verteidiger hat das dritte, entscheidende Plaidoyer, genannt *Rechtsbelehrung des Vorsitzenden*, verflucht, hat Beseitigung dieser Rechtsbelehrung gewünscht. Kann die Rechtsbelehrung aber in Fortfall kommen? Das frühere braunschweigische Gesetz kannte

tatsächlich ein derartiges Resumé nicht. Wie die Rechtsprechung dabei gefahren, entzieht sich indessen meiner Kenntnis. Bei der Rechtsunkenntnis der Geschworenen wird die Rechtsbelehrung sich allerdings kaum entbehren lassen. Bei der Trennung der Geschworenen von dem Richterkollegium bleibt die Rechtsbelehrung ein notwendiges Übel. Sie erübrigt sich nur dann, wenn die jetzt getrennten Kollegien zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen werden, das heisst, wenn aus dem Schwurgericht ein Schöffengericht wird. DURCH solche Umgestaltung kann auch allein der weitere Missstand beseitigt werden, dass der Gerichtshof die Strafe festzusetzen hat, obwohl er die Gründe, welche die Geschworenen zu ihrem Wahrspruche geführt haben, gar nicht kennt. Hierdurch ermöglicht sich ein weiterer Zwiespalt zwischen den Geschworenen und den gelehrten Richtern. Die gänzliche Ausschliessung der Geschworenen von der Festsetzung der Strafe, zu der sie auf Grund ihrer grösseren Lebenserfahrung berufen sein sollten, gibt dem Gerichtshof die Macht, einen von ihm zu milde gehaltenen Spruch der Geschworenen im Rahmen des anzuwendenden Strafgesetzes durch besonders schwere Strafen zu korrigieren und umgekehrt. Der unbefangene Beobachter unserer Schwurgerichtsverhandlungen wird nicht selten den Eindruck haben, dass die gelehrten Richter so verfahren. Sie tun dies selbstverständlich nach ihrem besten Wissen und Gewissen, weil sie eben die Straftat einer grösseren Sühne für bedürftig halten. Für den Verurteilten kommt aber regelmässig weniger in Frage, weshalb er verurteilt ist, als, wie hoch die erkannte Strafe bemessen ist.

ZU den bedenklichsten Seiten unseres schwurgerichtlichen Verfahrens gehört endlich die Vorschrift, dass das Verdikt der Geschworenen nicht mit Gründen zu versehen ist. Der Fundamentalsatz unseres Prozessrechts, dass jedes Urteil mit Gründen versehen sein muss, wird gerade bei den schwersten Verbrechen und bei den schwersten Strafen gröblich verletzt. Weder der Angeklagte, noch die Öffentlichkeit erfährt, weshalb die Verurteilung oder der Freispruch erfolgte. Kein Revisionsgericht kann nachprüfen, ob die getroffenen Feststellungen zu einer Verurteilung ausreichen. Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens ermangeln jeder festen Grundlage. Diese Missstände fallen um so schwerer ins Gewicht, als es bekanntlich eine Berufung gegen die Urteile der Schwurgerichte bisher nicht gibt. Auch fehlt jede Gewähr dafür, dass bei der Beratung das Ergebnis der Beweisaufnahme sorgfältig geprüft und nicht aus Voreingenommenheit oder aus einem dunklen Gefühl heraus das Urteil gefällt worden sei. Es lässt sich doch die Gefahr nicht leugnen, dass die Geschworenen in dem Bewusstsein, keinerlei Gründe für ihre Entscheidung offenbaren zu müssen und keiner Nachprüfung ausgesetzt zu sein, sich als allmächtig ansehen, Gnade und Willkür vor Recht gehen lassen. Soll man nun, um diesen Mangel zu beseitigen, etwa dem Obmann der Geschworenen eine schriftliche Begründung des Wahrspruches zur Pflicht machen? Diese Frage auch nur anregen, heisst gleichzeitig sie verneinen. Einem im Ehrenamt tätigen Laien kann man eine derartige Arbeit nicht zumuten, abgesehen davon, dass es wohl auch zweifelhaft sein mag, ob die Geschworenen durchgängig sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen würden. Nur ein gelernter Fachmann kann die Gründe ordnungsmässig festlegen.

AUCH die Notwendigkeit der Begründung, die durchaus im Interesse der Angeklagten liegt, führt zwingend zu einer Verschmelzung der heiden Kollegien des Schwurgerichts. Diesem kann durch Flickwerk schlechterdings nicht geholfen werden, sondern nur durch eine Reform an Haupt und Gliedern. Eine solche grundlegende Reform ist die von der Kommission vorgeschlagene, durchgängige Einführung der Schöffengerichte für Aburteilung aller Delikte und für alle Instanzen. Bei den Schöffengerichten kommt das Laienelement zu der erforderlichen Geltung. Bei den Schöffengerichten fällt die Trennung von Laien und Richtern fort und erübrigt sich daher sowohl Rechtsbelehrung, wie Fragestellung. Bei den Schöffengerichten erfreuen sich die Laien ständig des technischen Beirats der Juristen und können umgekehrt die gelehrten Richter ständig die praktische Lebenserfahrung der Laien nutzen. Bei den Schöffengerichten sind Laien, wie gelehrte Richter in gleicher Weise berufen, bei Entscheidung der Schuldfragen, sowohl der tatsächlichen Beweis-, als auch der Rechtsfrage, und bei Zumessung der Strafe mitzuwirken. Bei den Schöffengerichten sind in der Person der juristischen Gerichtsmitglieder endlich auch Kräfte vorhanden, welche das Urteil mit Gründen versehen können. Man sieht, alle die Misstände, die beim Schwurgericht vorliegen, sind beim Schöffengericht nicht vorhanden.

TROTZ aller demokratischen Vorliebe für die Schwurgerichte kann man auch als Demokrat der Einführung einer Schöffengerichtsverfassung wegen ihrer technischen Überlegenheit an sich nur freudig zustimmen. Des weitern bleibt jedoch noch zu prüfen, wie diese Schöffengerichte organisiert sein sollen, das heisst, in welchem Umfange die Laien herangezogen werden sollen, wer Schöffe wird, wie er es wird und auf wie lange, ob er unentgeltlich tätig zu sein hat und dergleichen mehr. Je nachdem diese Fragen erledigt werden, lässt sich die praktische Durchführbarkeit und der Wert der Reform beurteilen.

XX

FRANZ STAUDINGER · VORAUSSETZUNGEN DER PHILOSOPHIE

EINZELNE Gegenstände des Wissens oder der Wissenschaft mögen wir Fachleuten überlassen, aber das Denken im allgemeinen ist eine allgemeine Angelegenheit, die niemand erlassen werden kann. Mit diesen Worten gibt Josef Dietzgen im Anfang seiner Schrift *Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit* gleichsam ein neues praktisches Programm für die Philosophie. Sie soll nicht mehr Doktrin von Gelehrtenschulen, sondern die Fähigkeit der Volksmasse zum Selbstdenken sein. Gewiss werden auch in ihr noch gar viele Spezialfragen nur von Fachleuten bearbeitet werden können, aber ihre künftige Grundaufgabe ist doch durch jenes Wort gekennzeichnet. »Die Klassenverhältnisse der Vergangenheit waren notwendig für die allgemeine Entwicklung. Jetzt ist diese Entwicklung auf einem Standpunkt angelangt, wo die Masse selbstbewusst wird«, so heisst es ebenda in der Vorrede. Also muss sie auch selbst denken.

WELCHE Voraussetzungen hat nun eine solche Philosophie, die allgemeines Selbstdenken zum Ziele haben soll?

DIE Wissenschaft hat gar keine Voraussetzung, darf keine solche haben! Das hört man oft sagen. Und Dietzgen sagt dagegen, dass eine Voraussetzungslosigkeit, welche die Dinge aus dem Hirn spinnen wolle, Unsinn sei. Darin hat er vollkommen recht. Aber doch bedarf die Lehre von der Voraussetzungslosigkeit einer besonderen Betrachtung. Denn es könnte wohl sein, dass die Wissenschaft in einer Hinsicht allerdings voraussetzungslos sein müsse, in anderer dagegen ihre ganz bestimmten Voraussetzungen hätte. Voraussetzungslosigkeit im Sinne wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit ist allerdings eine unerlässliche Forderung. Wissenschaftlich denken heisst alle vorhandenen sinnlichen und geistigen Fakta methodisch prüfen, dabei aber sich weder durch eine Furcht, noch durch eine Hoffnung, noch durch den Wunsch, irgend ein Ergebnis als wahr zu finden, in seinem Urteil beeinflussen zu lassen. Diese Art der Voraussetzungslosigkeit ist mit Nachdruck zu fordern.

EINE ganz andere Frage ist dagegen, unter welchen Umständen solche Voraussetzungslosigkeit überhaupt möglich, allgemein möglich ist. Wenn wir die Frage so stellen, so kommen wir tatsächlich zu der Frage der Voraussetzung solcher Voraussetzungslosigkeit respektive reinen Wahrheitsstrebens. Bei dieser Frage haben wir aber sofort zwei Unterfragen scharf zu unterscheiden: die genetische Frage, wie die Menschen reines Wahrheitsinteresse erlangen können, und die analytische Frage, worin die Bedingungen bestehen, unter denen wir Forschungsergebnisse überhaupt für wahr halten können. Diese beiden Fragen werden nicht gar selten durcheinandergewirrt, und das ist dann die Quelle schwerer Missverständnisse und Wortstreitigkeiten.

WENN wir nach den Voraussetzungen fragen, unter denen eine Einsicht erst werden kann, so haben wir, individuell, phylogenetisch, methodologisch, sozial die verschiedensten Antworten zu geben. Es kann natürlich einem Tiere oder einem kleinen Kinde kein binomischer Lehrsatz beigebracht werden, weil die Organe zur Aufnahme nicht respektive noch nicht entwickelt sind. Es kann ferner einem organisch dazu fähigen Menschen ein solcher Satz nicht beigebracht werden, wenn nicht methodologisch die dafür nötigen mathematischen Vorkenntnisse vorher erworben sind. Es kann sich in einem sozial tiefstehenden Volke, etwa einem Jägervolke, keine höhere Mathematik entwickeln, obwohl vielleicht das einzelne Glied dieses Volkes, wenn in der Jugend in moderne Kulturverhältnisse gebracht, bereits organisch durchaus fähig ist, sie zu erlernen. Es kann ferner, obwohl die entsprechende allgemeine Entwicklung derart ist, dass bestimmte Einsichten möglich wären, doch deren Ausbreitung durch soziale und politische Umstände gehindert werden. Man hat gesehen, dass der absolute Staat die Mathematik pflegte, die ihm für Entwicklung der Technik wertvoll war, aber deren Anwendung auf die Astronomie des Himmels, welche den Kirchenglauben, eine wesentliche Hilfskraft des Absolutismus, zu schädigen geeignet war, zuzeiten verfolgen half. Man kann noch heute in absolutistischen und halbabsolutistischen Staaten wahrnehmen, dass gewisse naturwissenschaftliche Lehren, wie der Darwinismus, und gewisse natürliche Betrachtungsweisen der Religion, der Staatslehre, der Gesellschaftswissenschaft sich keineswegs der gleichen Behandlung, wie entgegenstehende Anschauungen, zu erfreuen haben und sich darum in ihrer Verbreitung gehemmt

sehen. Unter solchen sozialen Voraussetzungen muss natürlich die Entwicklung der Wahrheit Not leiden, und wenn man Befreiung von derartigen *Voraussetzungen* fordert, so hat man schon vom blossen Wahrheitsinteresse aus völlig recht.

DARUM aber steht doch dieses reine Wahrheitsinteresse selbst nicht so ganz in der Luft, ist nicht so ganz *voraussetzungslos*, wie es zuweilen Spezialgelehrte wähen, wenn sie persönlich unter gegebenen Verhältnissen gerade in ihrem Forschungsgebiete unbefangen zu untersuchen und die Ergebnisse unbeanstandet mitzuteilen vermögen. Das Wahrheitsinteresse, sofern es allgemein vorhanden sein soll, bedarf selbst eines anderen Interesses als Grundlage. Denn es ist nur in dem Masse vorhanden, wie die Menschen ihre Lebensinteressen unter eigener Verantwortung leiten und ordnen müssen. Das gilt für das kleinste, wie für das grösste, für den einzelnen, wie für Massen. Solange der gewohnte Schneider immer einen guten Rock liefert, kümmerge ich mich nicht viel darum, welches die Kennzeichen guten Stoffes sind. Sobald ich aber ein paarmal angeführt worden bin, beginne ich zu fragen: wie erkenne ich selber im voraus, ob die Ware gut ist? Solange ein Volk, wenn auch unter mühseliger Last, heute wie morgen sein Leben unter Vormundschaft, aber sicher und gleichmässig verbringt, lässt es die Herren regieren, wie sie mögen. Wenn aber grosse Umwälzungen im gesellschaftlichen Gefüge allmählich das alte Gleichmass aufgehoben, ständige Unruhe und Unsicherheit geschaffen haben, da erwacht der Drang, die Ursachen davon zu erkennen und selbst Hand anzulegen zu einer besseren Ordnung der Dinge. Um das aber mit Erfolg zu können, bedarf es eben richtiger Einsicht nicht nur in die Ursachen, sondern auch in die Mittel zur Besserung. Das ist der Weg, auf dem die Geschichte das Wahrheitsstreben erzeugt. Denn es ist offenbar, dass der Mensch, wenn er selbst mit Erfolg Hand anlegen will, richtige Einsicht als notwendige Vorbedingung braucht und nur, soweit er sie hat, zum Ziele gelangen kann.

DARAUS ergibt sich ohne weiteres die Erklärung, warum Menschen und Volksschichten, die selbsttätig ein Ziel verfolgen müssen, auch unmittelbar dadurch getrieben werden, die wahren Bedingungen zu suchen, auf Grund deren sie arbeiten können. Also heute, nachdem die wissenschaftliche Erkenntnis als die Grundbedingung zu erfolgreicher Arbeit angesehen werden muss, müssen solche Volksschichten und solche Menschen durchaus ein Interesse daran haben, das Richtige und nur das Richtige zu erkennen. Diejenigen dagegen, deren Interesse es ist, einen gegebenen Zustand zu erhalten, insbesondere einen solchen, der ihnen Herrschaft über ihre Mitmenschen verleiht, sind durch ihr immanentes Interesse unbedingt getrieben, die Grundlagen ihres Systems als richtig zu erweisen. Jene werden also für voraussetzungslose Forschung, diese aber für Apologetik des Bestehenden sein, also nicht im guten Sinne *voraussetzungslos*.

DAMIT ist der Gedanke menschlicher Freiheit im Sinne vernünftiger Selbstbestimmung eignen Handelns als die letzte Interessengrundlage für unbefangene Wahrheitsforschung festgestellt. Unter dieser Idee muss alles Wahrheitsstreben stehen, wenn es nicht unvermerkt irgendwelchen Wünschen und Vorurteilen unterworfen werden soll. Auch die Idee des Sozialismus muss ihm unterstehen, wenn sie nicht unvermerkt dogmatisch werden soll. Wie denn auch in der Tat zum Beispiel bei Marx für den scharf Aufmerkenden die rücksichtslose,

furchtlose Kritik fortwährend unter dem Gedanken steht, dass der Kapitalismus bekämpfungswert sei, weil er die Freiheit der früheren Einzelproduzenten aufhebe, und Freiheit nunmehr nur durch genossenschaftliche Organisation der kapitalistisch gewordenen Betriebe wiederhergestellt werden könne. So sagt auch Dietzgen: »Erst eine historische Entwicklung, welche die direkte allgemeine Freiheit der Masse ins Auge fassen kann, findet den Gespensterglauben so weit entbehrlich, um . . . den reinen Geist entlarven zu dürfen.« Hier ist also der Punkt, wo Ethik und Erkenntnislehre auf einem Punkte zusammentreffen, hier aber auch der Punkt, wo die genetischen Gesichtspunkte des Werdens und der analytische Gesichtspunkt der Richtigkeit zusammentreffen. Die geschichtliche Entwicklung, welche den Gedanken der Freiheit — dies Wort nicht im anarchischen Sinne des willkürlichen *Sichauslebens*, sondern der Korrelation zwischen persönlicher Selbstbestimmung und Hingabe an die Gesetzmässigkeit menschlich freier Gemeinschaft gefasst — erzeugt hat, welche auch den Gedanken des Sozialismus als unerlässlicher Grundbedingung zu solcher Freiheit erzeugt, sie erzeugt damit die methodische Grundbedingung, unter der allein das Interesse an durchgängiger Wahrheitsforschung lebendig sein kann, und zugleich die objektive Grundbedingung der Wahrheit selbst gerade auf dem Gebiete der Ethik.

VON hier aus gewinnt die ganze Philosophie ein anderes Gepräge. In dem Masse, wie der Gedanke der Freiheit grundlegend wird, treten die mystologischen und mythologischen Bestandteile zurück, die Spekulation nimmt ab, und die wissenschaftliche Analyse der seelischen Tatsachen — die ja heute den eigentlichen Gegenstand der Philosophie bilden — tritt an deren Stelle. Die gleichmässige Wertung und Würdigung der sogenannten *seelischen* und der sogenannten *materiellen* Fakta, deren nachweisbare Zusammenhänge methodisch untersucht werden, tritt an die Stelle phantasierender Spekulation, die die Fülle der Tatsachen von einem bestimmten Einzelstandpunkt aus betrachtet und dogmatisiert.

IN der Philosophie hat bisher fast jeder einen anderen Standpunkt, von dem aus er die geistigen Fakta behandelt. Das heisst aber, wenn man es auflöst: man kann alles Gegebene unter verschiedenen, im Grunde unter unendlich vielen Gesichtspunkten betrachten. Gesichtspunkt: das ist also das Wort, das dem noch so üblichen Worte *Standpunkt* entgegenzustellen ist. Philosophie der Gesichtspunkte gegen alle Philosophie der Standpunkte — das ist der neue *Standpunkt*, der aber eben damit kein Standpunkt mehr ist. Die Standpunkte selbst allmählich auflösen in einen wissenschaftlich nachweisbaren Zusammenhang der Gesichtspunkte: das ist die neue Aufgabe. Auf dem Gebiete der Natur würde sich jeder lächerlich machen, der sich auf ein bestimmtes Plätzchen setzte und behauptete, die Umgebung sei so, wie er sie von diesem seinem Standpunkt aus betrachtet, oder auch, wenn er kommen wollte und das von mehreren Standpunkten Gesehene unkritisch zusammenordnete und behauptete, das sei der wahre Gegenstand. Aber auf dem Gebiete der Philosophie, insbesondere auf dem der Weltanschauung ist es noch landesüblich, es so zu machen.

WIE wir auf dem Gebiete der Natur vier Weltgegenden, Nord und Süd, West und Ost, unterscheiden, nach denen wir uns orientieren, und von denen aus das selbe Ding sich sehr verschieden ausnehmen kann, so haben wir auch gleich-

sam vier Grundgesichtspunkte auf geistigem Gebiete, von denen wir das Mannigfaltige, dessen wir uns bewusst werden, zu betrachten vermögen. Wenn wir einfach beschreibend davortreten, so nehmen wir zwei Tatsachenreihen wahr: ausser uns eine unendliche, bunte, farbige und tönende Welt, nach innen schauend aber ein unendliches Fluten und Strömen von Begehren, Wollen, Anschauen, Denken, Erinnern, all das leiser oder deutlicher begleitet von Schmerzen und Freude. Zu diesen beiden, tatsächlich vorgefundenen und sehr unterschiedenen Reihen tun nun die gewöhnlichen Weltanschauungen unvermerkt eine der Naturbetrachtung des naiven Bewusstseins entnommene Dingvorstellung hinzu. Und so wird daraus hier eine Reihe von Körpern, aus denen man die Welt *zusammengesetzt* denkt, dort eine Reihe von Geistern, die in einem menschenähnlichen Obergeist dinglicher Art, den sie *Gott* nennen, sein geistiges Weltall findet. Das ist die Weltanschauung des *Dualismus*. Wenn wir nun, rechtzeitig gewarnt, diesen metaphysischen Seitenpfad vermeiden und uns der Betrachtung der gefundenen Weltreihe zuwenden, so verschwindet auf einmal, ähnlich, wie wenn ein Berg vor einen anderen tritt, die andere, die geistige Reihe in ihrer Eigenart. Was wir von ihr noch sehen, das scheint mit der körperlichen zusammenzuschmelzen, wie die Vorsprünge des hinteren Berges als Teile des vor uns stehenden erscheinen. Nur eine bewegte Grössenwelt sehen wir dann, und das Geistige wird geradeso als nebensächlicher Appendix der Grössen behandelt, wie die Farbe als nebensächlicher Appendix des Körpers. Dahinter aber wird eine *Materie* als geheimnisvoller Träger erdichtet, dem eine vom Innenleben heimlich entwandte Schwester, die *Kraft* oder die *Energie*, zur Seite tritt, den alten Dualismus doch wieder, nur in anderer, geheimnisvoller Weise wiederherstellend. Und die Atome, nicht als wissenschaftlich methodische Einheiten, sondern als Urmonaden, zanken sich da in unbegreiflichem Stossen und Drängen herum. Diese Anschauung ist der *Materialismus*, dadurch charakterisiert, dass er nach Entführung der *Kraft* die Erscheinungen der Lebensreihe einfach in die mechanisierte Grössenreihe einordnet. Aber etliche gehen nach der entgegengesetzten Seite und sehen von der Lebensreihe aus auf die Gegebenheiten. Da geht es ihnen genau so, wie denen auf der anderen Seite; nur umgekehrt. Der Berg, der vorher im Vordergrund stand, ist jetzt hinten, und was vorher das All schien, wird jetzt nur Appendix. Denn von hier aus besinnt man sich ja, dass alles, auch die ganze Welt, für uns Bewusstseinstatsache ist, und dass man doch von nichts weiss, ausser dem, was bewusst ist. So wird das All dogmatisiert zum Bewusstseinsinhalte, und wenn dann folgerecht gedacht, und nicht noch ein Ding an sich aus der Naturanschauung herübergeführt wird, ist weiter nichts mehr vorhanden. Das ist die dem gewöhnlichen, nur an der Naturanschauung geübten Geiste schwierigste Weltanschauung des *Idealismus*. Und nun kommen andere, manche, die sich ein wenig auf beiden Gebieten umgesehen, gewöhnlich aber solche, die vom Materialismus weitergehend das Werden und die Entwicklung ins Auge fassen, und wollen die beiden Reihen, die sich in der Entwicklung verschlungen zeigen, gar rasch in eines zusammenbinden, und glauben so in einer vierten Weltanschauung, im *Monismus*, die Lösung der Welträtsel gefunden zu haben. Dualismus, Materialismus, Idealismus, Monismus: diese vier Grundstandpunkte, die noch durch allerlei Zwischenstandpunkte oder durch eklektische Zusammen-

schweissungen aus verschiedenen Gesichtspunkten vermehrt werden, stehen nun bekanntlich in stetem, unausgleichbarem Streite mit einander. Es ist ganz unmöglich, ihn durch Parteinahme für einen von ihnen zu schlichten. Jeder dieser Standpunkte bringt stets gleich gute Argumente für sich herbei und weist auf eine Reihe von Tatsachen, die vom anderen Standpunkte aus eben nicht oder doch anders gesehen werden können.

DIESER ganze unfruchtbare Streit kann erst dann abgeschlossen werden, wenn wir uns entschliessen, diese *Standpunkte* einmal als Erklärungsgrundlagen aufzugeben, sie dagegen allesamt als wohlberechtigte *Gesichtspunkte* zu behandeln. Wir haben dann von ihrer jedem ganz bestimmte Betrachtungsweisen und Betrachtungsergebnisse, die wir uns zu nutz machen können.

VOM ersten Gesichtspunkt aus erhalten wir die einfache Naturbeschreibung und die Seelenbeschreibung. Vom zweiten erhalten wir die mathematische Naturwissenschaft, die uns alles Äussere als einen *Zusammenhang* von *Grössen* zeigt. Bewegungsgrössen in Raum und Zeit, und nicht weiteres, gibt es da. Grössen, in die sich alles, was man *Farbe* und *Ton*, *Kraft* und *Energie* nennt, auflöst. Vom dritten Gesichtspunkte haben wir die Betrachtung aller *Beziehungen des Innenlebens auf die Aussenwelt*, daraus sich die *Erkenntnislehre*, die *Willenslehre*, die *Ästhetik*, sowie das, was man mit *Fug Religion* heissen kann, ergibt. Vom letzten Gesichtspunkte aus erscheint das, was man *Entwicklung* nennt, *Entwicklung der Natur*, wie der *Geschichte*. Da kommen die beiden Reihen in einem *Strome* zusammen und müssen als ein *Zusammengehöriges*, als eines betrachtet werden.

Von hier aus erscheint die *Natur* als *Kraft* und der *Geist* als *Natur*. Wenn wir vom *Leben* reden, so ist uns beides verbunden. Wenn wir *Technik* sagen, so sehen wir in einem das *Werden* und *Wirken* der *Maschine* und das *Walten* des *Geistes*, der sie erbaut und in *Bewegung* setzt.

UND nun erst kommt die *Gesamtaufgabe*. Wenn wir klar gesondert und abgegrenzt haben, was wir wirklich von den verschiedenen Gesichtspunkten aus sehen, so haben wir es zu vermitteln und zu ergründen, ob und wie das alles *zusammenhängt*. Das ist freilich nicht eine Aufgabe, wo der einzelne am Schluss eines Systems die fertige Lösung hervorziehen kann, sondern eine Aufgabe für manche Geschlechter. Es bedarf hier vielleicht ebenso geduldiger und langwieriger Arbeit, wie sie die Naturwissenschaft gebraucht hat, um zu ihren heutigen Ergebnissen zu kommen.

WIE wir einen Grundplan aus den Raumbildern konstruieren, die wir teils messen, teils nur erschliessen können, so müssen wir die Ergebnisse der verschiedenen methodischen Gesichtspunkte selber methodisch darauf hin ansehen, ob ein Grundplan auch für sie vorhanden sein möchte. Dabei aber ist nichts im voraus als fest, als ausgemacht anzusehen, nichts *Absolutes* ist vorzusetzen. Ob wir zu etwas derartigem kommen, das kann nicht Ausgangspunkt, sondern nur Schlussfrage sein, und solche Frage auch nur aufzuwerfen, sind wir Heutigen kaum weit genug. Wir haben die Gesamtheit dessen, was uns gegeben ist, einfach als Gegenstand der Betrachtung zu nehmen, durch sorgsame Analyse die möglichst elementaren Bestandteile und Beziehungen ausfindig zu machen und dann diejenigen Verbindungen zu sondern, denen wir *Wahrheit* beimessen können.

DABEI müssen wir von vornherein vor einer Vermengung auf der Hut sein. All

das, was uns bewusst ist, ist als solches für uns *tatsächlich* da, das Gespenst, wie der mathematische Lehrsatz. Aber so betrachtet, ist es bloss *Datum*, nicht *Wahrheit*. Von Wahrheit und Irrtum reden wir erst dann, wenn wir irgendwelche Daten in Beziehung zu einander bringen. Und da heisst es umso mehr aufpassen, als der selbe Gedanke in einer Hinsicht bloss *Datum*, Faktum als Gedanken ist, in anderer Hinsicht Wahrheit oder Irrtum bedeutet. Wahrheit beglaubigt sich also erstlich dadurch, dass sie sich direkt oder indirekt auf *Daten* bezieht, zweitens aber dadurch, dass sie diese Daten in *eindeutigen Zusammenhang* bringt. Aus solcher von Kant angebahnten Untersuchung wird sich nach meiner Überzeugung freilich nicht die Kantische, sondern die natürliche Weltansicht beglaubigen. Aber das darf ebenfalls nicht dogmatischer Ausgangspunkt, sondern muss Aufgabe sein.

EINIGE der wesentlicheren, hier geäusserten Gedanken finden sich im Keime bereits bei einem Philosophen, der zu Anfang angeführt worden ist: bei Josef Dietzgen. Er ist zwar von der Geschichte der Philosophie bis jetzt nicht viel erwähnt — Ueberweg-Heinze nennt ihn noch gar nicht —, hat aber gerade in sozialistischen Kreisen neuerdings wieder viele Beachtung gefunden und ist von Marx und Engels geradezu als *unser Philosoph* bezeichnet worden. Wenn man auch natürlich nicht erwarten darf, dass der geniale *Handarbeiter*, wie er sich im *Wesen der menschlichen Kopfarbeit* bezeichnet, alle in Frage stehenden Probleme schon erfasst habe, so sind doch gerade einige seiner grundlegenden Gesichtspunkte ganz nachdrücklich zu betonen. Vor allem sind es die eingangs erwähnten Grundgedanken. Danach ist ganz wesentlich für kommende philosophische Entwicklung die Allgemeinheit, also Allgemeinverständlichkeit ihrer Grundlagen und die Zusammengehörigkeit der Theorie mit der Praxis; wie er denn auch ausdrücklich ausspricht, dass die Vernunft nur erkennbar sei aus ihrer Praxis. Das ist ein fundamentaler Gegensatz zur bisherigen *Praxis*. Sodann ist der Umstand, dass er die sinnlichen und geistigen Erscheinungen gleichermassen beachtet wissen, das *Erkenntnisorgan* »genau so exakt behandelt« sehen will, »wie der Zoologe die Tierheit« behandelt — ein Gedanke, der freilich mit dem Bekenntnis Dietzgens, er sei Materialist, nicht recht stimmt. Wenigstens Materialist im landläufigen Sinne ist er nicht. So sagt er ja auch, seinen Materialismus erklärend, die materialistische Erkenntnistheorie laufe darauf hinaus, zu konstatieren, dass das menschliche Erkenntnisorgan keine metaphysische Erleuchtung ausstrahle. Der Gegensatz zu *metaphysisch* zeigt, wie das *materialistisch* gemeint ist. *Materialismus contra Materialismus* heisst einer seiner Aufsätze in den *Streifzügen*. Die *dialektische* Art, wie er die Fragen von verschiedenen Seiten zu beleuchten sucht und das Allgemeine, wie er es nennt, ans Ende der Untersuchung gelegt wissen will, ist ein drittes Hauptmoment. Zu beanstanden ist freilich, dass er trotzdem dogmatisch gleich anfangs von einem *Absoluten*, einer *absoluten Natur*, die doch allgemein ist, *ausgehen* will, statt zu warten, ob etwa der Abschluss so etwas ergibt. Zuweilen allerdings will es scheinen, als ob das, was er das *Absolute* nennt, eben die Gesamtheit des Gegebenen (der Daten) sein solle. Vortrefflich aber und von wesentlicher Bedeutung ist dann der scharf ausgesprochene Gedanke, dass »jede bestimmte Vorstellung, jeder bestimmte Gedanke zwar identisch mit seinem Inhalt, aber nicht identisch mit

seinem Gegenstand« sei. Das heisst eben: es ist ein Unterschied zwischen dem Inhalt der Vorstellungen (den blossen Daten) und der Beziehung der Vorstellungen auf den von ihnen unterschiedenen Gegenstand zu machen. Mit Durchführung dieses Gedankens wird Kants *Idealismus* vielleicht gründlich zu korrigieren sein! Mit dem blossen Unterschied des *Allgemeinen* und des *Besondern*, den Dietzgen der alten Logik entlehnt hat, kommt man dabei freilich nicht aus. Auch die geistige Beziehung kann als *Besonderes*, als Datum betrachtet werden; die Frage des Allgemeinen, das heisst des Begriffs, bedarf besonderer Untersuchung. Vor allem aber ist zu beanstanden, dass er zwar an einer Stelle das Verhältnis von Körper und Geist für »den charakteristischsten Punkt« der Philosophie erklärt, an anderer Stelle aber auf die hierfür sehr wesentliche Frage, woher der Geist von den Dingen Wissenschaft hat, einfach — das Problem zuklappend — antwortet: »Sie ist uns angeboren, sie ist mit dem Bewusstsein gegeben.« Hier war Kant doch schon ein Stück zur Lösung vorgeschritten. Wenn wir aber hier, wie in anderen Punkten Dietzgens Aufstellung schwerlich als so ausreichend und vollkommen ansehen können, wie es einige seiner Verehrer meinen, so ist doch, trotz der oft sprunghaften Darstellung und der manchmal irreführenden Ausdrucksweise — deren er sich nach der Vorrede zu seinem ersten Werke selber bewusst ist — eine ganze Reihe fruchtbarer Keime in ihm enthalten. Seine Philosophie ist eben der Reflex des zu seiner Zeit gerade erwachenden Strebens nach allgemein menschlicher, wirtschaftlicher, politischer und geistiger Freiheit. Und so darf er wohl in der Vorrede zum *Wesen der menschlichen Kopfarbeit* sagen, sein Büchlein sei »kein individuelles Produkt, sondern ein geschichtliches Gewächs«.

XX

EMIL DÖBLIN · DIE TARIFGEMEINSCHAFT IM BUCH- DRUCKGEWERBE

MIT einem gewissen Interesse blickten nicht nur die Angehörigen der schwarzen Kunst, sondern auch weitere Gewerkschaftskreise, welche dem Ausbau der tariflichen Vereinbarung Verständnis entgegenbringen, auf die Verhandlungen der am 19. Juni in Dresden begonnenen Generalversammlung des deutschen Buchdruckerverbandes. Sollte doch hier unter anderm die über den Rahmen des engeren Berufs hinausragende Frage erörtert werden, ob — falls bestimmte Wünsche nicht realisiert würden — auf ein tarifliches Zusammenwirken mit den Unternehmern zu verzichten sei. Ein dahin gehender Antrag war von dem grössten Gau des Verbandes, dem Berliner, der über 8000 Mitglieder umfasst, gestellt worden.

UM die Tragweite des gestellten Antrages ermessen zu können, ist ein kurzes Eingehen auf die Kämpfe der deutschen Buchdrucker um Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen notwendig; denn dieses Mitbestimmungsrecht ist doch das ureigenste Wesen der Tarifvereinbarung. In keinem Berufe ist seitens der Arbeiterschaft das Verlangen nach Schaffung eines gemeinsam (zwischen Unternehmern und

Arbeitern) zu vereinbarenden Tarifes so früh in die Erscheinung getreten, wie im Buchdruckgewerbe; in den Jahren 1872 und 1873 wurden bereits heftige Kämpfe darum geführt, die zu einer widerwilligen Anerkennung der Mitwirkung der Gehilfen in der Tarifrfrage seitens der Unternehmer führten. Die in dieser Weise vereinbarten Tarife hatten denn auch mit dem heute im Buchdruckgewerbe bestehenden wenig Ähnlichkeit, insofern, als sie überwiegend nur in den Grossdruckstädten Boden zu fassen vermochten, da seitens der Unternehmer jede Mitwirkung bei Durchführung der Vereinbarungen unterblieb. Um eine Stärkung der Position der Gehilfenschaft zu verhüten, förderte man indirekt die zügelloseste Schmutzkonkurrenz, die zu einem Niedergange des Gewerbes führen musste. Das selbe Motiv leitete auch die Unternehmer im Jahre 1891 bei der Ablehnung des Verlangens der Gehilfenschaft auf Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser strikt ablehnende Standpunkt der Unternehmer führte denn auch zur vollständigen Auflösung des Zusammenwirkens mit der Gehilfenschaft auf tariflichem Gebiete. Beide Teile hatten nunmehr Gelegenheit, die Vorteile zu studieren, welche die sogenannte *Ausnutzung der Konjunktur* im Wirtschaftsleben bietet, und es muss gesagt werden, dass auf jeder Seite die Erkenntnis an Boden gewann, bei voller Anerkennung der bestehenden widerstreitenden Interessen sei der Weg beiderseitiger Verständigung dem permanenten Kampfe vorzuziehen; dieser Erkenntnis verdankte der im Jahre 1896 vereinbarte Tarif sein Entstehen, der sich von seinen Vorgängern dadurch vorteilhaft unterschied, dass er nicht nur von beiden Teilen beschlossen, sondern auch von den Kontrahenten gemeinsam durchgeführt wurde. Es wurde also ein Verhältnis geschaffen, welches der sogenannten *Tarifgemeinschaft* nahe kam. ES ist nicht uninteressant, heute darauf hinzuweisen, mit welchem Misstrauen die Parteipresse, sowie die Arbeiterschaft im allgemeinen dieser neuen Gewerkschaftstaktik gegenüberstand. Der überwiegende Teil der Arbeiterpresse erblickte in dem tariflichen Zusammenwirken mit den Unternehmern ein Verlassen des Kampfstandpunktes und Versinken in Harmonieseligkeit; der damalige Redakteur des *Korrespondenten*, des Verbandsorgans der Buchdrucker, Gasch, hielt die Situation für seine längst geplanten Zersplitterungsversuche für so günstig, dass er eine Gegenorganisation ins Leben rief, welche die Bekämpfung der Tarifgemeinschaft als ihre Hauptaufgabe betrachtete. Den vereinten Bemühungen gelang es denn auch, eine derartige Animosität unter der Arbeiterschaft gegen die führenden Personen im Buchdruckerverbände hervorzurufen, dass beispielsweise der Nachfolger Gasch' in der Redaktion des *Korrespondenten*, Rexhäuser, in Leipzig aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er durch sein Eintreten für die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe den Standpunkt eines modernen Arbeiters verlassen habe. Es dürfte einleuchten, dass diesen Schwierigkeiten gegenüber der Stand der Verteidiger der Tarifgemeinschaft kein leichter war; nur fortgesetzte Erfolge auf dem beschrittenen Wege vermochten das hervorgerufene Vorurteil zu besiegen, und diese Erfolge traten denn auch dermassen in die Erscheinung, dass der Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main /1899/ tarifliche Vereinbarungen durch Annahme nachstehender Resolution empfahl:

•Tarifliche Vereinbarungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten

und in den Berufen erstrebenswert, in denen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Dauer und Umfang der jeweiligen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab.*

EINEN Hauptangriffspunkt gegen den Tarif der Buchdrucker bildete die lange Dauer des selben (5 Jahre); man übersah aber hierbei, dass im Gegensatz zu den vielen lokalen Abmachungen in anderen Berufen der Buchdruckertarif für ganz Deutschland vereinbart war, dass es naturgemäss bedeutend längerer Zeit bedarf, um gewerbliche Fortschritte in Tausenden von Orten zur Durchführung zu bringen, und dass bei der Eigenart des Buchdruckgewerbes erst durch Hebung der wirtschaftlichen Lage der Hilfsenschaft in den kleineren Städten Erfolge in den grossen Druckorten gesichert werden können. Eine weitere Schwierigkeit bei der Durchführung eines Tarifes für das Buchdruckgewerbe bietet der in diesem vorhandene Kleinbetrieb; so befanden sich nach einer im Jahre 1904 aufgenommenen Statistik des Tarifamts der deutschen Buchdrucker unter 3469 Firmen allein 1671, welche nur 2 bis 5 Gehilfen beschäftigten, und 802 Firmen mit 6 bis 10 Gehilfen; wenn trotzdem die Ausbreitung des Tarifs im Gewerbe eine so umfassende ist, so konnte dieser Erfolg nur erzielt werden durch die intensive Arbeit aller beteiligten Faktoren, der Organisationen und Tariffinstitutionen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war auch die Mitwirkung der Behörden, ja, man kann sagen: der gesamten öffentlichen Meinung; war doch im Buchdruckgewerbe der Weg gezeigt, wie eine gegenseitige Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern möglich ist, ohne das ganze Wirtschaftsleben erschütternde Kämpfe vorhergehen zu lassen, die ja schliesslich doch wiederum durch eine Verständigung beendet werden müssen. Die Verfügungen der bayrischen, württembergischen, sächsischen wie der hessischen Regierung an die Behörden, die staatlichen Drucksachen nur in tariftreuen Druckereien herstellen zu lassen, sind ein Erfolg, der nur dem gemeinsamen Wirken in der Tariforganisation zu verdanken ist. Die Tatsache, dass neun Zehntel der Hilfsenschaft (über 45 000) zu tarifmässigen Bedingungen arbeiten, und dass der Verband während der 9 Jahre tariflichen Zusammenwirkens von 23 000 auf 42 000 Mitglieder gestiegen ist, dürfte erkennen lassen, dass auf dem beschrittenen Wege die Interessen der Hilfsenschaft gefördert werden.

BEI dieser Sachlage musste es nun Befremden erregen, dass der Gau Berlin der Generalversammlung in Dresden den nachstehenden Antrag unterbreitete:

»Die Delegierten der fünften ordentlichen Generalversammlung des *Verbandes der deutschen Buchdrucker* halten eine Kündigung des zurzeit geltenden Tarifs zum bevorstehenden Kündigungstermine für notwendig. Einem neuen Tarifvertrage ist nur dann zuzustimmen, wenn der selbe folgende Änderungen enthält:

1. Dauer des Tarifvertrages nicht über drei Jahre;
 2. Erhöhung der Grundpositionen um wenigstens $7\frac{1}{2}\%$, Verkürzung der Arbeitszeit um wenigstens $\frac{1}{2}$ Stunde, Fortfall des Staffeltarifcs;
 3. Abänderung der Tarifarbeitsnachweise insofern, dass die selben von Prinzipalen und Gehilfen bei Arbeitsvermittlung ausschliesslich zu benutzen sind.
- Die Delegierten halten vorstehende Forderungen für durchaus notwendig im Interesse der Gesundung des Gewerbes und ersuchen die Gehilfenvertreter, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen.*

In einem gewissen Zusammenhange mit diesem Antrage stand ein anderer, ebenfalls von Berlin unterstützter, dahin gehend, den Gauvorständen bei aus-

brechenden Konflikten grössere Bewegungsfreiheit einzuräumen, das heisst, sie zu ermächtigen, ohne vorher einzuholende Zustimmung des Verbandsvorstandes zu Arbeitseinstellungen zu schreiten.

DIE Generalversammlung hatte also die für die Entwicklung von Tarifverträgen interessante Frage zu entscheiden, ob die organisierte Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe reif sei für einen aus dem Tarifverhältnis sich ergebenden ruhigen, systematischen Ausbau des Lohn- und Arbeitsvertrages auf dem Boden beiderseitiger Verständigung, welcher naturgemäss auch gewisse Rücksichten seitens der Gehilfenschaft bedingt: sie kann nicht nur die Vorteile eines solchen Vertrages in Anspruch nehmen, sondern muss auch die übernommenen Pflichten erfüllen.

DIE Debatte über die vorerwähnten Anträge liess seitens der Anhänger der Tarifkündigung das Verlangen nach energischerer Betätigung bei eintretenden Meinungsverschiedenheiten erkennen, obgleich konstatiert werden konnte, dass fast alle auftauchenden Konflikte seitens der Tariforgane zu gunsten der beteiligten Gehilfen beigelegt worden waren. Es will mir scheinen, als ob die Erkenntnis noch nicht genügend durchgedrungen ist, dass ein Tarifvertrag, wie er im Buchdruckgewerbe besteht, der Erfolg einer starken Organisation ist; ein Teil der Arbeiter kann sich immer noch nicht von der Auffassung frei machen, dass nur durch opferreiche Kämpfe erzielte Zugeständnisse als Er rungenschaften zu betrachten sind, wo doch zweifellos die Austragung von Differenzen durch selbstgeschaffene Institutionen jedenfalls einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem leider noch zu häufig sich notwendig machenden *Faustrecht* bedeutet. Unter Hinweis auf die Entwicklung der Druckindustrie in den Hauptdruckstädten, wo immer mehr Arbeiter der verschiedenen graphischen Berufe in einzelnen Riesenbetrieben vereinigt werden, wodurch die aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Konfliktsmöglichkeiten vermehrt würden, suchten die Befürworter einer anderen Gewerkschaftstaktik weiter die Notwendigkeit der *Streikfreiheit* herzuleiten, um die sich notwendig machende Solidarität mit den Arbeitern der verwandten Berufe dokumentieren zu können. Da diese Konflikte am häufigsten bei den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen an den Druckmaschinen in die Erscheinung traten, so wurde von der anderen Seite darauf verwiesen, dass den Hilfsarbeitern nur geraten werden könne, ebenfalls einen Tarifvertrag abzuschliessen, wozu die Prinzipale sich bereit erklärt hätten; sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie durch einen Tarif geregelt, so sind die Buchdrucker ohne weiteres in der Lage, in solchen Betrieben, welche den vereinbarten Tarif nicht innehalten, den Hilfsarbeitern solidarisch zur Seite zu stehen, ohne mit ihren vertraglichen Pflichten zu kollidieren. Nun ist die Organisation der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen wohl bereit, für die Provinz, wo die Verhältnisse weniger günstig liegen, tarifliche Abmachungen zu treffen, für Berlin möchte sie jedoch jederzeit Aktionsfreiheit haben: ein Verhältnis, welches auf die Dauer unhaltbar ist, und dessen Konsequenzen zu tragen der Buchdruckerverband sich nicht verpflichten konnte.

EINE wesentlich andere Würdigung, als seitens einzelner Vertreter Berlins, fand denn auch der Tarif und sein Wirken seitens der Delegierten der Provinzstädte; sie erkannten an, dass die jetzige Tariforganisation sowohl die Organisation, wie die wirtschaftliche Lage der Mitglieder gehoben hätte, und dokumentierten ihren festen Willen, den als richtig erkannten Weg nicht zu ver-

lassen. Eine Veränderung des jetzigen Zustandes wurde von einzelnen Rednern nur insofern angeregt, als sie die Frage in Erwägung gezogen wünschten, ob nicht der nächste Tarifvertrag, statt von Allgemeinheit zu Allgemeinheit, zwischen der Prinzipals- und der Gehilfenorganisation abzuschliessen sei. Zur Erklärung des jetzigen Zustandes sei folgendes bemerkt: Als im Jahre 1896 die Tariforganisation in ihrer jetzigen Form beschlossen wurde, hatte der *Verband der deutschen Buchdrucker* mit einer Gegenorganisation, dem *Gutenbergbund*, welcher sich der Protektion vieler Geschäftsleitungen erfreute, und ausserdem mit einer bedeutenden Anzahl Unorganisierter zu rechnen. Um diesen Elementen nicht Gelegenheit zu geben, bei Abschluss eines Tarifes von Organisation zu Organisation sich als von der Vereinbarung ausgeschlossen zu bezeichnen, wurde der Abschluss von Allgemeinheit zu Allgemeinheit gewählt, wodurch sämtliche Gehilfen berechtigt waren, sich an der Wahl der Gehilfenvertreter zum Tarifausschuss zu beteiligen. Bei der numerischen Überlegenheit des Verbandes war es ausgeschlossen, dass ein Nichtverbandsmitglied gewählt werden konnte; es waren also lediglich taktische Momente, die diese Form der beiderseitigen Kontrahenten wählen liess; der Einwirkung der beiderseitigen Organisationen geschah dadurch nicht der geringste Abbruch. Bei den Prinzipalen lagen die Verhältnisse ähnlich, auch dort hatte die Organisation, der *Deutsche Buchdruckerverein*, ein Interesse daran, den seinen Reihen Fernstehenden den Einwand zu nehmen, dass sie an dem Zustandekommen des Tarifes nicht beteiligt gewesen und daher die Abmachungen für sie unverbindlich seien. Heute, wo die Zahl der Nichtverbandsgehilfen bedeutend zusammengeschmolzen und der *Gutenbergbund* durch die Taktik des Verbandes zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt ist, würde der Abschluss des Tarifes zwischen beiden Organisationen weniger zu Bedenken Veranlassung geben; trotzdem erfordern die eigenartig liegenden Verhältnisse des Gewerbes die eingehendste Erwägung der Verbandsleitung, ob dieser Weg jetzt zu beschreiten ist.

NACHDEM in eingehender Debatte von fast sämtlichen Rednern eine Kündigung des Tarifs abgelehnt wurde, zogen die Berliner Delegierten ihren Antrag zurück, indem sie erklärten, dass es ihnen genüge, wenn für die Zukunft der Tarif von Organisation zu Organisation vereinbart werde. Ein Hauptargument speziell des Berliner Gauvorstandes gegen den jetzigen Tarif war nämlich die Behauptung, der Verband als solcher trete bei der Durchführung und Aufrechterhaltung der tariflichen Bestimmungen zu wenig in die Erscheinung. Eine Behauptung, die am besten dadurch widerlegt wird, dass etwa 300 Verbandsmitglieder, die zum grössten Teil Verbandsämter bekleiden, Funktionen in den Tarifinstitutionen (Tarifausschuss, Tarifamt, Kreisämter und Schiedsgerichte) ausüben; selbst beim Abschluss eines Tarifes zwischen beiden Organisationen wäre eine grössere Einwirkung des Verbandes nicht denkbar, denn die Tätigkeit in den Tarifinstitutionen wird auch dann von besonders dazu gewählten Personen ausgeübt werden müssen.

DAS Resultat der umfassenden Erörterungen über die nicht nur für das Buchdruckgewerbe, sondern für die Bedeutung tariflicher Vereinbarungen im allgemeinen wichtigen Frage war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

•Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausschusse den Antrag auf Revision des Tarifs zu stellen. Ein-

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Ernteaussichten

DIE Ernteschätzungen beginnen, wie gewöhnlich in dieser Jahreszeit, einen stärkeren Einfluss auf die Markthaltung auszuüben.

IM allgemeinen scheint man für Mitteleuropa mit einer guten Getreideernte zu rechnen. Für Deutschland glaubt man jedoch, dass die Landwirte ihre Verkäufe so weit wie möglich hinausschieben werden, weil mit dem 1. März die alten Handelsverträge erlöschen und die neuen höheren Zollsätze preisbildend in Kraft treten. Darin liegt schon für jetzt und die Übergangszeit ein preiserhöhendes Moment. Ihm gegenüber steht die Möglichkeit, vor Torschluss noch grosse Getreidemengen aus dem Auslande zum alten Zoll heranzuziehen. Hierfür ist wiederum fast ausschliesslich die neue Ernte entscheidend, denn die überkommenen Weltvorräte dürften kaum jemals so gering, wie jetzt, gewesen sein.

UNGÜNSTIG lauten die Mitteilungen aus Russland. Besonders im zentralen Gebiet und in grösseren Teilen der nordöstlichen Gouvernements soll die Dürre abermals grosse Schäden angerichtet haben. Wo, wie im südwestlichen Russland, die Aussichten günstiger stehen, bleibt noch immer die Furcht vor Bauernrevolten und Arbeitsverweigerungen. Viele Exporteure im Süden lehnen es daher ab, für den Herbst bestimmte Lieferverpflichtungen einzugehen.

DAGEGEN sind die Donauländer grosser Erträge sicher. Im laufenden Marktjahr hatten sie wenig abzugeben; für Futtermittel erliessen einzelne Balkanstaaten, wie auch Österreich-Ungarn, sogar Ausfuhrverbote. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird also ein grosser Teil des neuen Mehrertrages zur Ergänzung der Vorräte und zur Mehrverfütterung gebraucht werden.

DIE Vereinigten Staaten dürften, Einfuhr gegen Ausfuhr gerechnet, im abgelaufenen Jahre kaum wesentliche Mengen Brotgetreide exportiert haben; in den 5 Mill. q. Weizenexport nach Europa für 1904-1905 sind die Mengen Canadas mitenthalten. Da die diesjährige Ernte um 100 Mill. Bushels (600 bis 700 Mill.

gegen 552 Mill.) höher, als im Vorjahre, geschätzt wird, so kann man wieder einem grösseren Export Nordamerikas entgegensehen.

EIN ständiges Anschwellen zeigen auch Argentinien, Indien und Australien, mit dem der englische Handel neuerdings engere Verbindungen zu schaffen gesucht hat.

HOFFENTLICH täuschen die Erwartungen nicht, da wir in die neue Periode schon mit ziemlich hohen Preisen eintreten. So notierte für Septemberlieferung der Roggen in Berlin zuletzt etwa 145 bis 146 M., während der tatsächliche Septemburdurchschnitt 1904 139,56 M., 1903 130,61 M. war. Weizen notierte dieses Jahr zirka 172 M., 1903 und 1902 158,77 und 155,04 M., während der September 1904 allerdings, noch unter dem ersten Schrecken über die Dürre in allen Ländern, sogar etwas höher stand, als der gegenwärtige Zukunftslieferpreis.

Flieschteuerung

NACH wie vor ungünstig für die Konsumenten ist die Lage des Fleischmarktes. Die vorjährige Futternot hat überall zu stärkeren Abschlachtungen und zu geringerer Nachzucht und Aufmästung geführt; das Angebot von Vieh ist deshalb überall unzureichend. Dazu kommen in Deutschland die Grenzsperrungen, die selbst den normalen Ausgleich zwischen abgabefähigen und aufnahmebedürftigen Produktionsgebieten noch erschweren. Rinder, Schweine und Kälber zeigen beträchtlich erhöhte Preise gegen 1904 und 1903, die gleichfalls nicht zu den billigen Jahren gehörten — die steigende Tendenz war schon lange vorhanden. Die offizielle Reichsstatistik bringt leider erst die Maipreise, danach kosteten in Berlin (pro dz) im Mai

	1905	1904	1903
Ochsen	133,00	126,25	120,20
Schweine	124,75	92,50	93,00
Kälber	142,50	140,00	133,20

Nur die Hammelpreise standen im Mайдurchschnitt in Berlin nicht höher, als in den beiden Vorjahren. Dabei muss man immer im Auge behalten, dass 1899 bis 1901 in den Jahresdurchschnitten die Ochsen noch lange nicht 120 M. notierten, die Schweine wenig über 100 M.,

die Kälber etwa 125 M., und dass wir seit 1902 schon mit verhältnismässig hohen Schlachtviehpreisen rechnen.

DAS einzige, was von den Regierungen zu erreichen sein wird, ist wahrscheinlich die frühere Freigabe der erhöhten Schlachtkontingente der neuen Handelsverträge. Besonders für die oberschlesischen Industrieviere wird man die Massnahme kaum länger ablehnen können.

× **Anleihen** WÄHREND Russland letzthin überall vergebens bei der deutschen und französischen Hochfinanz wegen einer neuen Anleihe angeklopft hat, scheint man in London, New York und Berlin eine Ehre darein zu setzen, Japan Geld zu leihen. In Deutschland wurde ein Drittel der 600 Mill. M. 4½ prozentigen Tabakmonopolanleihe vom 11. bis 14. Juni zum Kurse von 90 % aufgelegt. Der Erfolg war, wie auch in England und in den Vereinigten Staaten, ein glänzender — wobei man allerdings nur die jetzigen Kurse mit den früheren Bedingungen vergleichen kann, denn zu harten Bedingungen, im Vergleich zu unseren Gewohnheiten, muss Japan noch immer sein Leihkapitalbedürfnis befriedigen. Die 4 prozentige russische Anleihe von 1902 ist seit Anfang des Jahres unter 90 herabgegangen, dabei stand sie Anfang 1903 noch über 100 (am höchsten am 1. April 1903 mit 101,40).

× **Baumwolle** DIE amerikanische Regierungsschätzung der Baumwollernte hat wieder eine fast allgemeine Überraschung hervorgeufen. Während bisher der Durchschnittsstand überall auf 81,2 % beziffert wurde, ging der Regierungsbericht plötzlich auf 77 % herab. Nun wäre das zwar ein mittelguter Stand, aber gleichzeitig fällt die Abnahme der bestellten Ländereien um 11,4 % (um 3,61 Mill. Acres, im ganzen bestellt 28,12 Mill. Acres) ins Gewicht; auf die Bemühungen der Pflanze, eine Überproduktion zu verhindern, wiesen wir früher des öfteren hin. Dazu ereignete sich der Skandal, dass ein Spekulanterring durch Beamtenbestechung vorzeitig von dem Ergebnis der amtlichen Aufnahme unterrichtet war und sich offenbar für die zu erwartende Hausse gut vorgesehen hatte. Vorläufig hat er sein Ziel erreicht und seine Schäfchen geschoren. Denn ob

später nicht das tatsächliche Ernteergebnis vollauf genügen wird, ist noch keineswegs ausgemacht, so dass der Hausse rasch wieder eine Baisse, wie im Vorjahre, im Dezember, folgen kann.

× **Kurze Chronik** DER Reichsbankausweis beim Quartalswechsel zeigte keine besonders abnormen Erscheinungen; vom vorletzten zum letzten Wochenausweis im Juni sank die steuerfreie Notenreserve von 389,54 Mill. M. auf 356,55 Mill. M., um im ersten Julinachweis (vom 3. Juli) einer Steuerpflicht von 98,93 Mill. M. zu weichen, die am 10. Juli bereits wieder durch 21,81 Mill. M., am 15. Juli durch 148,4 Mill. M. steuerfreie Notenreserve ersetzt war. × Ein deutsches Syndikat erwarb ansehnliche Kohlenfelder in Wales. VAX SCHIPPEL

Politik

Marokko

ES ist nicht zu bestreiten, dass die deutsche Politik durch die vorläufige Schlichtung des Marokkokonflikts einen Erfolg davongetragen hat. Um diesen zu erkennen, muss man sich allerdings die Geschichte der ganzen Affäre noch einmal vergegenwärtigen. Nach dem Übereinkommen vom 8. April 1904 ist zwischen Frankreich und England ein gegenseitiges Geschäft vereinbart worden: Frankreich wird die Aktion Englands in Ägypten nicht verhindern, England verzichtet dagegen auf politischen Einfluss in Marokko. Gegen gewisse Konzessionen in der ägyptischen Frage räumt England Frankreich das Recht ein, über die Ruhe Marokkos zu wachen und der marokkanischen Regierung den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zu leisten. Von den anderen Punkten ist die Zusicherung der Handelsfreiheit für 30 Jahre noch hervorzuheben. Um im Sinne dieses Abkommens handeln zu können, hatte Frankreich noch die Zustimmung Spaniens nötig, deren es sich durch das Abkommen mit Spanien vom 5. Oktober 1904 versicherte. Im Januar des laufenden Jahres setzte nun Frankreich damit ein, Marokko seinen Beistand anzubieten. Es liess den Sultan von Marokko die Reformen wissen, die am meisten geeignet seien, der gestörten Lage seines Reichs wieder aufzuhelfen. Frankreichs Gesandter Saint-René Taillandier stellte die Forderungen im Namen Euro-

pas, was den Sultan von Marokko veranlasste, sich an Deutschland mit der Anfrage zu richten, ob es die Forderungen Frankreichs teile. Daraufhin war für Deutschland ein hinreichender Anlass gegeben, in den Marokkhandel einzugreifen und die Ausschaltung Deutschlands, die von England und Frankreich beabsichtigt war, unmöglich zu machen. Der Sultan von Marokko schlug eine internationale Konferenz vor, die nunmehr von Frankreich nach einigem Entgegenkommen Deutschlands angenommen wurde. Diese Punkte des Entgegenkommens sind in dem Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 8. Juli 1905 dahin präzisiert, dass die deutsche Regierung auf der Konferenz keine Ziele verfolgen wird, welche die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundsätzen befinden: Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans; Integrität seines Reiches; wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit; Nützlichkeit von polizeilichen und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll; Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die langausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, dass im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche. Der Erfolg der deutschen Politik liegt nun darin, dass Englands Absicht, Deutschland zu isolieren und in einen Konflikt mit Frankreich hineinzutreiben, ganz offensichtlich vereitelt wurde. Aber dabei kann das Ziel der deutschen Politik nicht stehen bleiben: die dringendste Aufgabe der deutschen Politik muss die Annäherung an Frankreich sein. Man darf darüber keinen Augenblick im Zweifel sein, dass die politischen Gegensätze heutzutage in letzter Linie von wirtschaftlichen Konkurrenzrücksichten bestimmt werden. Unser gefährlichster Gegner in Europa auf wirtschaftlichem Gebiete ist England, um so gefährlicher, je erfolgreicher Deutschlands Vormarsch auf dem Gebiete von Industrie und Handel ist. Es wäre ver-

kehrt, diesen vorhandenen starken Gegensatz in seinen politischen Konsequenzen verkennen zu wollen. Englands Politik kann daher nur darauf hinausgehen, unsere politische und wirtschaftliche Position zu schwächen, und eines der besten Mittel dazu ist, uns in Mitteleuropa zu isolieren, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland möglichst zu hintertreiben. Denn eine wirtschaftliche Annäherung dieser beiden Länder würde den Ausgangspunkt einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ära für Mitteleuropa bedeuten, unter der wir allen Gefahren der sich immer mehr verschärfenden Weltmarktkonkurrenz ruhig entgegensehen könnten. Auch würde eine solche Ära die sozialistische Entwicklung in Europa erheblich fördern. Dass in Frankreich der gesunde Plan einer Annäherung an Deutschland propagiert wird, das zeigt vor allem das Auftreten der Sozialisten. In Deutschland fehlt es gleichfalls nicht an ähnlichen Bestrebungen, so dass trotz der Marokkoaffäre, vielleicht gerade durch deren Erledigung, die Bahn für eine gegenseitige Annäherung der beiden ersten Kulturstaaten Mitteleuropas freigemacht wird.

× Jaurès und Bülow ×
 DIE vorübergehend sehr bedenkliche Spannung zwischen Deutschland und Frankreich während der Erledigung des Marokkokonflikts hatte den Gedanken nahe gelegt, den französischen Politiker, der sich um die Herbeiführung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich die grössten Verdienste erworben hat, den Sozialisten Jaurès, zu veranlassen, in Berlin vor einem deutschen Arbeiterpublikum über die Friedensidee und die Solidarität des internationalen Proletariats zu sprechen. Kein Mensch rechnete mit der Möglichkeit, dass es der deutschen Regierung einfallen könnte, das Auftreten von Jaurès gerade im Hinblick auf Jaurès' Haltung in der Marokkoangelegenheit zu untersagen. Fast die gesamte Presse mit Ausnahme vereinzelter Scharfmacherorgane hielt Jaurès' Auftreten in Berlin für durchaus unbedenklich. Da fiel es einer antisozialistischen Korrespondenz ein, die Jaurès-Versammlung unter geschickter Verwendung einiger Zitate aus der sozialdemokratischen Presse gegen die Regierung auszuspielen und dieser zuzumuten, Jaurès am Auftreten in Berlin zu verhindern. Und siehe da, was kein vernünftiger

Mensch vorher für möglich gehalten, traf ein: der Reichskanzler machte den Fehler und liess Jaurès wissen, er möge sich die Reise nach Berlin sparen. Hinterher fragt man sich: wäre der Erfolg der Sozialdemokratie der Reichsregierung gegenüber etwa grösser gewesen, wenn Jaurès gesprochen hätte, als er nun durch die agitatorische Ausschlichtung des Redeverbots herbeigeführt worden ist? Im einen, wie im andern Fall möge man allerdings nicht vergessen, dass es sich nur um eine Episode handelt, die so oder so wieder schnell vergessen ist. Die treffendste Antwort auf Fürst Bülow's Verhalten Jaurès gegenüber hat Jaurès selbst in seiner *Humanité* gegeben, in der er schrieb: »Dieser Zwischenfall wird in nichts unsere Anschauungen über die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands ändern. Wenn wir seit Jahren verlangt haben, dass zwischen beiden Ländern zunächst die Spannung aufhöre und eine Annäherung, sodann ein dauerhafter, fester Friede eintrete, so haben wir nicht eine Minute lang vermutet, dass die deutsche Regierung mit dem Sozialismus paktieren könnte; aber wir sprechen damit die Überzeugung aus, dass ein Einvernehmen Frankreichs mit Deutschland für den Weltfrieden notwendig sei und die Demokratie und das Proletariat sich nur in diesem Frieden entwickeln können. Das ist nach wie vor unsere tiefe Überzeugung und die Richtschnur unserer Politik . . . Dieser Zwischenfall wird das Werk der Friedensstiftung nicht verhindern, welches sich zwischen beiden Ländern vollzieht, und zu welchem die Sozialisten unaufhörlich beitragen werden.«

×

Frankreich: EIN gesetzgeberisches Werk von vorbildlicher Bedeutung hat die französische Deputiertenkammer am 3. Juli vollendet: die Trennung von Staat und Kirche. Die Republik gestattet und gewährleistet die Ausübung eines jeden religiösen Kults, soweit sie mit den Bestimmungen der Staatsgesetze nicht kollidiert. Dagegen anerkennt, besoldet und unterstützt der Staat keinen Kult. Alle Staats-, Departements- und Gemeindebudgets, die sich auf die Unterhaltung der Kulte beziehen, fallen weg. Die ganze Art der Durchführung dieser Trennung von Staat und Kirche bekundet ein so grosses Mass von Billigkeit und Entgegenkommen gegen berechnigte Ansprüche der katholischen

Kirche, dass der Vorwurf, als hätten die französische Regierung und die Deputiertenkammer *ab irato* gehandelt, nicht die mindeste Berechtigung hat. Wenn in den Zeiten der Reformation und in den Religionskriegen der Protestantismus den Fürsten gut genug war, um Kirchengut zur Erweiterung und Vermehrung eigenen Besitzes sich aneignen zu können, so ist die französische Republik von jeglichem Verdachte, sich bereichern zu wollen, völlig rein. Sie vollzieht vielmehr die Verteilung des Kirchenvermögens in einer für die katholische Kirche durchweg entgegenkommenden Weise, so dass ihr selbst die klerikalen Abgeordneten zustimmen mussten. Das Kirchenvermögen wird innerhalb eines Jahres unter Berücksichtigung des besonderen Bestimmungszweckes den Gemeinschaften übertragen, die sich unter Anpassung an die Regeln der allgemeinen Organisation des Kultus, dessen Ausübung sie zu sichern sich vornehmen, in den Bezirken, denen das Vermögen bisher zukam, gebildet haben werden. Bei Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Gemeinschaften entscheidet das Verwaltungsgericht des Staatsrates in letzter Instanz endgültig. Mit diesem Trennungsgesetz hat sich Frankreich ein Verdienst um den kulturellen Fortschritt erworben, indem es mit dem schon längst propagierten liberalen Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche Ernst gemacht hat. Es ist zu hoffen, dass die Durchführung des Gesetzes den Beweis erbringen wird, dass das französische Volk die nötige Reife besitzt, um den grossen kulturellen Fortschritt, der in der Trennung von Staat und Kirche liegt, auch dauernd festzuhalten.

×

Kurze Chronik AM 15. Juni starb der Afrikaforscher von Wissenschaftlern der frühere Gouverneur von Deutsch Ostafrika. × Die ungarische Krise hat am 21. Juni zur Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum 15. September geführt. × Am 1. Juli wurde der preussische Landtag geschlossen, nachdem die Vorlagen über Bergarbeiterschutz und Mutungssperre angenommen waren. × Am 10. Juli fanden die Urwahlen, am 17. Juli die Abgeordnetenwahlen zum bayerischen Landtag statt: sie brachten eine grosse Verstärkung des Zentrumseinflusses.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik Russland

DIE revolutionären Lavaströme der jüngsten Zeit haben uns die Tiefen des russischen Vulkans eröffnet. Sie drängen uns unwillkürlich die Frage nach jenen furchtbaren Verhältnissen auf, die einen solchen ungeheuren Feuerberg zusammentrugen. Die soziale Geschichte Russlands rückt daher mit grosser Energie in unser Blickfeld. Als ein Stück russischer Erdbebengeschichte enthüllt sich das Werk *Alexander Herzens Russlands soziale Zustände* (II. Band des von Dr. Landsberg herausgegebenen *Museums* /Berlin, Pan-Verlag/). Der eherne Schritt blutiger Revolutionen dröhnt durch die soziale Geschichte Russlands, und der eigentliche Schöpfer des modernen Russlands, Peter der Grosse, vereinigt in sich den umstürzlerischen Jakobiner mit dem asiatischen Despoten. Wind saete die russische Gewaltregierung, und Orkane erntete sie. Inmitten der leidenschaftlich bewegten Klagen über die Henkerregierung Russlands, das seinen Kindern nur die traurige Alternative stellt, entweder in einer rohen Umgebung sich moralisch zu Grunde zu richten oder beim ersten Eintritt ins Leben zu sterben, jubelt Herzen mit schwärmerischer Begeisterung über die sich überall regenden Keimkräfte seines Vaterlandes. In der russischen Landgemeinde sieht Alex. Herzen vor allem die wirksamste Kraft zur sozialen Wiedergeburt seines Vaterlandes. Er gedenkt des tiefen, nachhaltigen Eindruckes, den der Sozialismus in den Gemütern der zukunfts-vollen russischen Jugend hervorrief. »Da man an die Gemeindegemeinschaft, an die Teilung des Grundbesitzes, an die Arbeiterassoziationen gewöhnt war, erkannte man in jener Lehre Ansichten, denen man näher stand, als den politischen Doktrinen. Und uns, die wir Zeugen des masslosesten Missbrauches des Eigentumsrechtes sind, uns befremdete der Sozialismus weniger, als den okzidental Bourgeois.« Vom revolutionären Europa erhofft Herzen die Rettung. Wir sehen heute in Russland genug Feuerzeichen, die vom nahen Schmelzen russischer Ketten durch eigene revolutionäre Hochglut reden.

×
Prostitution

×
IN seiner Broschüre *Prostitution und Prostituierte* /Berlin, Pan - Verlag/ kennzeichnet Dr. Willy Hellpach

die Prostitution als eine soziale Stadterscheinung. Aber nicht nur die blosser Häufung von Menschen in einer Stadt, sondern die städtische Konzentration von Angehörigen verschiedener Gesellschaftsklassen, von wirtschaftlich über- und ohnmächtigen Klassen, fördert die Prostitution als soziale Massenerscheinung zu Tage. Die Aufhebung dieser Form der Prostitution ist an die Überwindung der sozialen Klassen gebunden. Hellpach gelangt nicht zu einer prinzipiellen Verwerfung der Kasernierung der Prostitution und der Beseitigung der Sittenpolizei.

DIE soziale Seite der Prostitution erkennt Dr. Iwan Bloch in seiner anregend geschriebenen Broschüre *Die Perversen* (Moderne Zeitfragen. Herausgegeben von Dr. H. Landsberg /Berlin, Pan-Verlag/). Dr. Bloch betrachtet die Prostitution als ein Produkt des sexuellen Variationsbedürfnisses des Menschen und als Ersatz der ursprünglich von diesem Bedürfnis erzeugten Promiskuität. Das Variationsbedürfnis äussert sich vorwiegend nur bei einer Gruppe von Männern, und diesem Bedürfnis dient fast nur die Klasse der wirtschaftlich schlecht gestellten Mädchen.

SEHR niedrig schätzt Prof. S. Bettmann-Heidelberg in seinem tiefgründigen Werke *Die ärztliche Überwachung der Prostituierten* /Jena, Gustav Fischer/ die hygienische Bedeutung der polizeilichen Kontrolle ein. Nur ein beschränkter Teil der Prostituierten werde der regelmässigen Kontrolle unterstellt, die Reglementierung sei mit abschreckenden Härten behaftet, die gefährlichen jugendlichen Prostituierten dürfen aus erzieherischen Gründen nicht kontrolliert werden, die älteren Prostituierten dagegen benötigen nicht mehr der Kontrolle. »Wenn den Ärzten«, so führt Bettmann wörtlich aus, »im Rahmen der bestehenden Reglementierung eine Tätigkeit zufällt, so haben sie nachdrücklich hervorzuheben, wie wenig sie auf diesem Posten zur Einschränkung der venerischen Krankheiten leisten können.« Die dem Arzte durch die Reglementierung der Prostitution zugewiesene Rolle bleibe undankbar und wenig erfolgreich.

×
Fürsorgeerziehung

×
IM Jahre 1903 stieg die Zahl der jugendlichen Personen, die in Preussen der Fürsorgeerziehung übergeben wurden, nur gering im Vergleich zum Jahre 1902.

Im Jahre 1902 wurden 6196 Zöglinge dieser Erziehung anvertraut, im Jahre 1903 6523. Der Stand der Fürsorgeerziehung des Jahres 1901 ist noch nicht erreicht, denn in diesem Jahre wurden 7787 der Fürsorgeerziehung überwiesen. Es lässt sich wohl noch nicht konstatieren, dass das Fürsorgeerziehungsgesetz in Preussen auf die Kriminalität der Jugendlichen heilsam eingewirkt habe. In der Statistik für das Rechnungsjahr 1902 wurde auf einen Bericht des Oberpräsidenten von Westfalen verwiesen, der für einen Teil des Industriebezirkes einen Rückgang der Strafanzeigen festgestellt hatte. Das Jahr 1903 zeigt ein kleines Herabsinken in der Zahl der jugendlichen Verurteilten im Vergleich zu 1902, nämlich ein Sinken von 31 002 auf 30 088 jugendliche Verbrecher.

× ×

Reform der Versicherung

EINE tiefgründige Reform der Arbeiterversicherung regt eine Petition der geschäftsführenden Kasse des Zentralverbands deutscher Ortskrankenkassen und der Zentralkommission der Berliner Krankenkassen an. Diese an den Reichstag und Bundesrat gerichtete Petition fasst die Zwangsversicherung aller Berufstätigen, auch der selbständigen Landwirte und Gewerbetreibenden, mit einem Einkommen bis 3000 M. ins Auge. Die vorgeschlagene einheitliche Versicherung merzt den so strittigen Begriff des Betriebsunfalls aus und wendet ihre Fürsorge allen Unfallverletzten zu. Die Renten, die Kranken-, Unfall-, Invalidenrenten, werden durchweg erhöht. Es soll zum Beispiel die Unfallrente 75 % des Lohnes, die Invalidenrente 50 % des selben betragen. Die vorgeschlagene Versicherung bringt das Territorialprinzip in dem Aufbau der Versicherungsanstalten konsequent zur Durchführung im Gegensatz zu der heutigen Versicherung, die die Versicherten bald nach ihren Berufen, bald nach ihrer blossen Ortsangehörigkeit organisiert. Die Versicherung schöpft ihre Mittel je zur Hälfte aus den Taschen der Unternehmer und aus denen der Arbeiter. Bei jeder Invaliditäts- und Altersrente schießt das Reich jährlich 100 M. zu. Die Verwaltungskörperschaften werden zu $\frac{1}{4}$ von den Versicherten und zu $\frac{1}{4}$ von den Unternehmern zusammengesetzt.

× ×

Krankenversicherung ES liegen zur Zeit drei sehr bedeutsame Berichte über die Wohnungskontrollen deutscher grossstädtischer Ortskrankenkassen vor: der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute Handelsleute etc. Berlin, der Ortskrankenkasse Leipzig und der Ortskrankenkasse Dresden. Der Berliner Bericht aus der Feder Albert Kohns ist eine furchtbare Anklage gegen den Wohnungsjammer selbst der Elemente, die sich noch über der grossen, grauen Masse der völlig proletarisierten Berliner Bevölkerung erheben. Kohn konstatiert diesmal, dass sich im Vergleich zu den Vorjahren der schwarze Farbenton, der im allgemeinen über dem Bilde des Berliner kaufmännischen Wohnungselends liegt, in einigen unwesentlichen Punkten etwas abgemildert habe. Von erschütternder Kraft sind die photographischen Wohnungselendsbilder, die Kohn seiner Arbeit *Unsere Wohnungsnot in Jahre 1904* beigegeben hat.

DIE Ortskrankenkasse Leipzig erstreckte ihre Enquete über die Wohnungen von 1700 erkrankten Mitgliedern. Die Ortskrankenkasse bucht ebenfalls die hygienisch so unheilvolle Tatsache des Zusammenschlafens erkrankter Personen mit gesunden. Es teilten etwas über 8 % der Erkrankten ihr Bett mit anderen Personen. Grosse Prozentsätze von Kassenpatienten hausten in dunklen Gelassen (97 Personen) und in feuchten Räumen (146). In einem Loch von 25 cbm vegetierte ein unglücklicher Patient mit 8 Personen. VON den 2287 Wohnungen, die die Dresdner Ortskrankenkasse untersuchen liess, wiesen 10 % sehr erhebliche Missstände auf. Diese menschenunwürdigen Wohnungen warfen noch recht beträchtliche Mietsbeträge für die Hausbesitzer ab.

× **Invalidenversicherung** ×

DIE Landesversicherungsanstalt Braunschweig hatte im Jahre 1904 in dem eigenen Invalidenhaus und in anderen Anstalten 54 Personen in Invalidenhauspflege. Der Bundesrat hat die Versicherungsanstalt ermächtigt, mehr als das halbe Krankengeld den Angehörigen der Pfleglinge zu gewähren. Der Vorstand der Anstalt Braunschweig beschloss nun, beim Vorhandensein einer unterstützungsberechtigten Person 70 % des Krankengeldes, zweier Personen 80 % und beim

Vorhandensein dreier und mehr Personen 100 % zu zahlen.

× Arbeitersekretariate NACH Beendigung des Cölnner Gewerkschaftskongresses fanden sich am

29. und 30. Mai in Cöln die Vertreter von 49 deutschen Arbeitersekretariaten zusammen, um eine ganze Reihe von sehr brennenden Verwaltungsangelegenheiten zu besprechen. Der Arbeitersekretär, der im Interesse eines Unfallverletzten eine Berufungs- oder Rekurschrift abfasst, klopft nur zu häufig bei den Ärzten, die durch ein eingehendes sachverständiges Zeugnis die individuellen Klagen des Verletzten objektiv begründen sollen, vergeblich an die Türe. Die Aufgabe der Arbeitersekretäre muss es daher sein, die Begründung ärztlicher Kommissionen zur objektiven Begutachtung der Unfallsfolgen der Verletzten anzuregen. Die Fragen der entgeltlichen oder unentgeltlichen Auskunfterteilung und der Rechtshilfe an Unorganisierte wurden auf der Konferenz durch Beschlüsse nicht erledigt. Die Cölnner Arbeitersekretariatskonferenz wird vor allem fördernd auf die Ausgestaltung der bisher noch mangelhaften Arbeitersekretariatsstatistik und auf die Fortbildung der Sekretäre eingewirkt haben. In Berlin werden wohl bald Kurse geschaffen werden.

× Kurze Chronik AM 2. Juni meinte der Freiherr von Burgsdorff im preussischen Herrenhaus: mit unserer ganzen jetzigen Sozialpolitik erziehen wir nur Simulanten und Faulenzer; heutzutage freue sich der Arbeiter, wenn er beim Unfall für zeitlebens einen Knacks bekomme. × Am 6. Juni fand in Hagen die 14. Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen statt, auf der das Thema *Die Belehrung der Arbeiter über die Gefahren in gewerblichen Betrieben* verhandelt wurde. Professor Lepsius empfahl die Begründung eines Instituts für experimentelle Fabrikhygiene im Anschluss an das Reichsgesundheitsamt. Dr. H. Rössler-Frankfurt a. M. verwies auf die Belehrung der Arbeiter in der Frankfurter Gold- und Silber-scheideanstalt durch den Arbeiterausschuss. Die organisierten Weissbinder und Maler Frankfurts betreiben nach Dr. Rössler eine mustergültige Belehrung der Arbeiter vor Vergiftungsgefahren durch Veranstaltung von Vor-

lesungen und Verteilung von Merkblättern.

× Literatur

× IN seinem Werke *Fundament eines neuen Staatsrechts* /Dresden, Reissner/ schlägt Josef Popper (Lynkeus) zur Lösung der sozialen Frage die gleiche, ausnahms- und bedingungslose Verteilung eines Existenzminimums *in natura* vor. Im *Gebiete des Überflüssigen* (Entbehrlichen) lässt er das Walten der freien Privatwirtschaft zu. Auf einen Meinungsstreit über das, was überflüssig ist oder nicht ist, wollen wir uns bei der utopistischen Gestalt der Vorschläge Poppers erst gar nicht einlassen. Mit seinen Vorschlägen bezweckt Popper, die Sicherheit der ökonomischen Existenz aller und die Freiheit in wirtschaftlicher Beziehung zu realisieren. Der Verfasser strebt eine Verstaatlichung der Produktion der *Minimumartikel* an. Die staatlichen Betriebe werden sodann in die Naturalwirtschaft übergeführt. Die Lösung der Friedensfrage ergibt sich ihm aus der Verwirklichung der Grundsätze, dass nur jeder einzelne über sein Leben und seine physische Integrität entscheiden dürfe. DER vortreffliche Kommentar des Amtsgerichtsrats Julius Hahn zum Krankenversicherungsgesetz ist in 4., verbesserter und vermehrter Auflage bei A. Troschel in Berlin-Grunewald erschienen. Die wichtigsten richterlichen Entscheidungen in Krankenversicherungssachen sind vom Amtsgerichtsrat Hahn bis zur Gegenwart verfolgt und gewertet worden. × Eine kurze systematische Darstellung des Krankenversicherungsgesetzes nach der Fassung vom 25. Mai 1903 gibt die Buchhandlung *Vorwärts* unter dem Titel *Führer durch das Krankenversicherungsgesetz* heraus. × Der sehr gründliche Kommentar zum Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, von Konrad Agahd und M. von Schulz (10. Heft der *Schriften der Gesellschaft für soziale Reform* /Jena, Gustav Fischer/) erlebt bereits seine 3. Auflage. Den Kinderschutzvereinen fällt besonders die Aufgabe einer Überwachung der Durchführung des Kinderschutzgesetzes zu. Der Berliner Hauptverein zum Schutz der Kinder gegen Ausnutzung und Misshandlung zählte 1830 Mitglieder im Jahre 1904. In Sachsen vereinigten sich die Kinderschutzvereine der Städte Chemnitz, Dres-

den und Leipzig zu einem Landesverein Sachsen.

PAUL KAMPPFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Städtereinigung

FÜR die Beseitigung der Hausabfälle hat das Tiefbauamt der Stadt Frankfurt a. M. ein umfassendes Projekt ausgearbeitet, das vor kurzem die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gefunden hat. Mit dem schnellen Anwachsen der Bebauung ist es Frankfurt wie anderen grossen Städten gegangen: es fehlen ihm die Plätze für die Abfuhr und Ablagerung von Kehrriecht. Plätze, die nicht zu weit von der Stadt gelegen sind, sind teuer und selten und haben überdies den Nachteil, wieder geräumt werden zu müssen, sobald die Bebauung in ihre Nähe kommt. Bei entfernteren Plätzen werden die Abfuhrkosten zu teuer. Das Problem der Hausmüllabfuhr wurde für die Stadt Frankfurt in dem Momente brennend, als sie die selbe vor drei Jahren in eigene Regie übernahm. Dazu kam ein anderes, nicht minder wichtiges Problem, das die Stadtverwaltung in früheren Jahren schon öfter beschäftigt hatte: die Beseitigung des Schlammes aus den Klärbecken der Kanalisationsanlage. Bisher war es möglich gewesen, den grösseren Teil dieses Schlammes an die Landwirte abzusetzen, aber seit Herbst 1904 haben diese die weitere Abnahme des Schlammes verweigert. Es blieb nichts übrig, als den Schlamm in besonderen Lagern aufzuspeichern. Da jährlich ungefähr 75 000 cbm Schlamm anfallen, kann man sich von der Grösse dieser Kalamität einen Begriff machen. Das Tiefbauamt schlägt nun vor, beide Aufgaben, die Beseitigung des Hauskehrriechts und die des Klärbeckenschlammes, gemeinsam vorzunehmen. Durch Verbrennung des Hauskehrriechts soll die genügende Kraft gewonnen werden, um den Klärbeckenschlamm mittels Zentrifuge auf einen Wassergehalt von 50 bis 60% herabzubringen und ihn so in Verbindung mit dem Müll verbrennbar zu machen. Frankfurt will sich also den Städten anschliessen, die zurzeit auch in Deutschland im Begriff sind, die Müllverbrennung einzuführen. Das städtische Tiefbauamt hat zur Begründung dieses Projektes eine ausführliche Denkschrift ausgearbeitet, der wir die folgenden allgemein interessanten Tatsachen über die Müllverbrennung entnehmen.

DIE Müllverbrennung ist zuerst in England ausgebildet worden und hat hier zurzeit sich so weit durchgesetzt, dass kaum noch eine grössere englische Stadt ihren Hauskehrriecht auf andere Weise beseitigt. Der erste Müllöfen wurde im Jahre 1876 in Manchester in Betrieb genommen. Obwohl dieser Ofen für die Vernichtung des Mülls brauchbar war, gewann die Müllverbrennung doch in den ersten Jahren nur langsam an Ausdehnung. Im Jahre 1880 gab es im ganzen erst 9, zehn Jahre darauf erst 39 Anstalten. Mit der Verbesserung der Ofenkonstruktionen ist ihre Zahl erheblich gewachsen. In den Jahren 1891 bis 1896 entstanden 31 neue Anstalten. Der grösste Aufschwung ist aber von dem Zeitpunkte ab zu verzeichnen, wo auch die wirtschaftlichen Vorteile des Verfahrens erkannt und mit den Müllverbrennungsanstalten Kraftwerke verbunden wurden. Seitdem ist die Zahl der Anstalten bis Ende 1903 auf 198 gestiegen. Sie verteilen sich auf 151 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern. Ausserdem gibt es noch in zahlreichen kleineren Städten, sowie für die Zwecke einzelner Institute, wie Hospitäler, Fabriken und dergleichen, solche Müllverbrennungsöfen. Die erwähnten 198 Anstalten enthalten rund 1500 einzelne Öfen und sind im stände, jährlich mehr als 7 Mill. cbm Kehrriecht, die Abfälle von fast 25 Mill. Menschen, zu vernichten. In gleichem Masse ist die Zahl der mit ihnen verbundenen Kraftwerke gewachsen. 1896 gab es nur eins, Ende 1903 bereits 74 solcher Kraftwerke. In ihnen wird die durch die Verbrennung des Mülls gewonnene Hitze in verschiedenster Weise ausgenutzt. In erster Linie wird Elektrizität erzeugt, die entweder für städtische Zwecke benutzt oder an Private verkauft wird. Ungefähr zwei Drittel der durch Müllverbrennung betriebenen Kraftwerke sind Elektrizitätswerke. Häufig werden Pumpwerke, sei es nun für die Wasserwerks-, sei es für die Kanalisationsbetriebe, mit den Müllverbrennungsanstalten vereinigt. In manchen Städten wird die Hitze durch Abgabe von Wärme und heissem Dampf direkt verwertet. Namentlich für die Versorgung von öffentlichen Bade- und Waschanstalten, von Desinfektionsanstalten, auch zur Heizung öffentlicher Gebäude.

DURCH eine Steigerung der Verbrennungstemperaturen bis zu 1650° C. und durch die geschicktere Disposition der

Öfen ist es gelungen, den Austritt un-
verbrannter Gase und Dünste vollständig
zu beseitigen. Infolgedessen werden in
England die Verbrennungsanstalten un-
mittelbar an das Stadtgebiet herangelegt,
häufig sogar inmitten der Stadt oder des
Stadtteils, dessen Abfälle sie vernichten,
errichtet. Selbstverständlich werden da-
durch ganz bedeutende Ersparnisse an
Transportkosten gemacht. Nach engli-
schen Berichten sollen zurzeit nicht we-
niger als 94% aller Anstalten innerhalb
oder in unmittelbarer Nähe des Stadt-
gebietes errichtet sein. In neuerer Zeit
hat man auch die Rückstände der Klär-
anlagen in Verbindung mit dem Haus-
kehricht vernichtet. So in den Städten
Bolton, Ealing, Huddersfield, Wimble-
don etc.

AUSSERHALB Englands hat die Müll-
verbrennung nicht die gleiche Ausbrei-
tung gefunden. Die Städte finden es
immer noch billiger und einfacher, den
Hauskehricht in alter Weise auf Lager-
plätzen abzulagern, als zur Verbrennung
zu greifen. Ausserdem aber ist der Haus-
kehricht zum Beispiel in Deutschland
weniger reich an unverbrannten Kohlen-
abfällen, als der englische, wenschon er
in den meisten Fällen ohne Zusatz, von
Kohlen, wie der englische, verbrannt
werden könnte. Eine Ausnahme machen
eigentlich nur die Städte mit vorwiegen-
der Brikettfeuerung, wie Berlin, Char-
lottenburg etc. In Charlottenburg mus-
sten dem Müll Steinkohlen in der durch-
schnittlichen Höhe von 4,5% seines Ge-
wichtes zugesetzt werden, um ihn zur
Verbrennung zu bringen. In den meisten
anderen Städten dagegen ist der Haus-
kehricht, wie Versuche festgestellt haben,
brennbar. In Deutschland, und über-
haupt auf dem Kontinent, hat zuerst
Hamburg in den Jahren 1895-1896 eine
Müllverbrennungsanstalt gebaut und in
Betrieb genommen, die die ganze Zeit
über mit den besten Erfolgen gearbeitet
hat. In Beuthen, Kiel, Wiesbaden sind
zurzeit solche Anstalten im Bau begriffen,
denen sich nunmehr Frankfurt an-
schliessen wird.

DAS Frankfurter Projekt ist umfassend.
Der Hauskehricht wird in den Nachtstun-
den gesammelt und zum Teil mit der
Strassenbahn, die in städtischer Regie
steht, teils durch Fuhrwerke zur Ver-
brennungsanstalt gefahren. Es soll zu-
nächst eine Anstalt von drei Battereien,
je zu sechs Zellen, errichtet werden. Sie
ist in erster Linie zur Verbrennung des

Hauskehrichts bestimmt. Ausserdem
aber soll in ihr der vorgetrocknete Klär-
beckenschlamm mit verbrannt werden.
Aus der Wärme der Ofengase soll eine
verfügbare Kraft von 440 effektiven PS
gewonnen werden, wovon 65 bis 80 für
den Eigenbetrieb der Anstalt, 60 bis 100
für die Schlammmentwässerung, 60 bis 70
für die Klärbecken gebraucht werden.
Der Rest der Kraft soll zu einer Grund-
wassertrinkstation geleitet und dort zum
Antrieb der Grundwasserpumpen benutzt
werden. Die eventuell darüber hinaus
zur Verfügung stehende Kraft kann in
einer anderen Pumpstation und für an-
dere Zwecke Verwendung finden. Die
Schlacken, von denen 16- bis 19 000 t
jährlich anfallen werden, sollen zerklei-
nert und sortiert werden, und zur Her-
stellung von Fusswegen, sowie bei der
Herstellung von Beton Verwendung fin-
den. Falls sich das Bedürfnis heraus-
stellt, ist die Einrichtung einer Beton-
fabrik geplant, in der Fusssteigplatten und
sonstige Betonkörper für städtische
Zwecke angefertigt werden sollen. Die
Anlagekosten sind auf 1 380 000 M. be-
rechnet, die gesamten jährlichen Aus-
gaben auf 223 000 M. Ihnen stehen
82 000 M. direkte Einnahmen und
67 000 M. Ersparnisse am Betriebe der
Klärbecken gegenüber. Es würde sich
also ein Betriebsdefizit von 74 000 M.
ergeben.

GEGENÜBER diesem durchaus moder-
nen Projekte, bei dem die ganze Aus-
führung in der eigenen Regie der Stadt
erfolgt, nimmt sich die fast gleichzeitig
von dem Charlottenburger Magistrat vor-
geschlagene Regelung der Müllabfuhr
ziemlich veraltet aus. In Charlottenburg
war, wie in Berlin, die Beseitigung des
Hausmülls Sache der Grundstücks-
besitzer und wurde von diesen privaten
Unternehmern übertragen. Von den 20
grösseren Abfuhrunternehmern, welche
dieses Geschäft betrieben, existieren zur-
zeit nur sehr wenige. Die meisten von
ihnen mussten das Geschäft aufgeben,
da sie nicht im stande waren, den An-
forderungen zu entsprechen, welche eine
Verordnung des Bundesrates vom 3. Fe-
bruar 1904 hinsichtlich der Geruch- und
Staubfreiheit bei der Verladung von
Hausmüll auf den Bahnhöfen erhob. In-
folge dieser Verordnung, welche die Un-
ternehmer zur Errichtung eigener Müll-
verladehallen (Kostenbetrag einer solchen
Einrichtung zirka 50 000 M.) zwang, ist
das Monopol der Hausmüllabfuhr der

Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer zugefallen. Nach der Vorlage des Charlottenburger Magistrates ist es trotzdem um das Müllabfuhrwesen in Berlin und Charlottenburg keineswegs gut bestellt. »Zweifellos«, heisst es dort, »würde es am zweckmässigsten sein, dass die Stadtgemeinde die Abfuhr des Mülls in eigene Regie übernimmt, dass sie auch die erforderlichen Wagen, die Pferde, sowie die Anlagen zur Beseitigung und Verwertung des Mülls beschafft.« Der Charlottenburger Magistrat sieht also ein, dass die städtische Regie das richtigste sei. Dann kommt aber der alte Einwand, der jedesmal bei der Ausdehnung städtischer Regietätigkeit erhoben wird: »In dessen muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass mit der Beschaffung der fraglichen Einrichtungen für den Nichtkundigen ein gewisses Risiko verbunden ist, und dass es daher geraten ist, zunächst an den Unternehmern die nötigen Erfahrungen zu sammeln.« Es soll daher die Müllabfuhr auf die Dauer von 15 Jahren an ein oder zwei Unternehmer übertragen werden, von denen sie auf Kosten der Stadt besorgt werden soll. Die Stadt ihrerseits wird von jedem bewohnten Grundstück eine Gebühr nach dem Massstabe des Nutzungswertes der auf dem Grundstück vorhandenen bewohnten Gebäude erheben, deren Prozentsatz jährlich festgestellt werden soll. Den Unternehmern wird in der Wahl des Abfuhrsystems freie Hand gegeben. Sie haben ferner für die geeigneten Lagerplätze und Bahngleise dorthin zu sorgen. Dagegen soll die erforderliche Müllverladehalle von der Stadtgemeinde erbaut werden. Die Stellung der Kästen zum Sammeln des Mülls auf den Höfen der Grundstücke, sowie die Reinigung, Waschung und eventuell auch Desinfektion ist gleichfalls Sache der Unternehmer.

DER Vorschlag des Charlottenburger Magistrates ist eine offensichtliche Halbheit, die die schwersten hygienischen Bedenken erweckt. Überall hat sich die Unzuverlässigkeit der Unternehmer bei der Hausmüllabfuhr erwiesen und ist gerade aus hygienischen Gründen die volle Überführung der selben in die städtische Regie verlangt worden. Wozu also ihre Vergebung wiederum an die Unternehmer, deren Tätigkeit bisher nach dem eigenen Urteile des Magistrates unbefriedigend war? Dann aber weiter die Dauer des Vertrages von 15 Jahren. Kein Unternehmer kann auf diese Zeit hinaus

seine Selbstkosten berechnen. Um sich also gegen unliebsame Überraschungen zu schützen, muss er von vornherein seine Forderungen höher stellen, als sie zur Zeit des Vertragschlusses angemessen sind. Die Stadt aber wird stets in der Gefahr sein, sich steigenden Mehrforderungen der Unternehmer gegenüber zu sehen, die sie nur dann wird ablehnen können, wenn sie sich auch zur Übernahme der Abfuhr in eigene Regie entschliesst.

×

×

Säuglingssterblichkeit

DIE deutschen Städte weisen im Gegensatz zu den Städten der westlichen Kulturstaaten eine ganz beträchtlich höhere Kindersterblichkeit auf. Zum Teil tragen an dieser Erscheinung meteorologische und klimatische Einflüsse die Schuld, durch welche die Lebensfähigkeit der Säuglinge herabgesetzt wird. Das kontinentale Klima mit seinen heftigen Temperaturschwankungen ist für die Aufzucht der Kinder weniger geeignet, als das gleichmässigere Seeklima. Namentlich die Sommermonate zeigen ein rapides Ansteigen der Sterblichkeit, das in erster Linie auf das Verderben des wichtigsten Nahrungsmittels der Säuglinge, der Kuhmilch, zurückzuführen ist. Über die ungeheure Bedeutung, welche der Gewinnung einer einwandfreien, das heisst einer keimfreien und möglichst wenig zersetzten Kindermilch zukommt, herrscht heute wohl Übereinstimmung. Nur sehr langsam setzt sich aber der Gedanke durch, dass es die Pflicht der öffentlichen Körperschaften ist, eine so beschaffene Kindermilch ihren Angehörigen zur Verfügung zu stellen, und dass die private Tätigkeit, soweit es sich um die nichtbesitzenden Klassen der Bevölkerung handelt, unzureichend sei. Nachdem aber einmal durch das Vorgehen einiger Gemeinden das Eis gebrochen ist, sehen wir, wie nach einander auch die anderen Städte an die Errichtung einer städtischen Kindermilchanstalt herantreten. Wenn auch der Umfang, in dem diese Anstalten eingerichtet werden, meist sehr klein ist, und ihre Wirksamkeit häufig nur auf die eigentliche Armenbevölkerung beschränkt ist, so müssen sie doch trotz aller Unzulänglichkeit als wichtige Ansätze bezeichnet werden, die mit Notwendigkeit zunächst zu einer allgemeinen kommunalen Milchversorgung der Säug-

linge führen müssen. Auch auf die im Mai beschlossene Errichtung einer Kindermilchanstalt in Cöln treffen diese Ausführungen zu. Die Kindersterblichkeit ist in Cöln eine ziemlich hohe. Sie betrug in den Jahren 1886 bis 1895 durchschnittlich 25.4% gegen 16% in London und Paris, 17% in Frankfurt, 18% in Dortmund u. s. w. Um der selben zu begegnen, war die Cölnener Armenverwaltung schon seit einiger Zeit bemüht, die Stillung durch die Mütter wieder dadurch in Aufnahme zu bringen, dass sie armen, selbststillenden Wöchnerinnen die Zuwendung von 6 M. auf 10 oder 12 M. erhöhte. Die Wirkung dieser Massregel konnte natürlich nur eine sehr beschränkte sein. Wollte man mehr leisten, so konnte man sich mit dieser Einrichtung nicht begnügen. Notgedrungenerweise musste man eine städtische Milchversorgungsanstalt schaffen. Der Anfang dazu ist mit der Bewilligung von 17 000 M. für die Errichtung einer solchen Anstalt gemacht worden. Die Milch soll in der Anstalt so präpariert werden, dass sie trinkfertig in Mengen von 6 bis 8 Flaschen stets frisch ins Haus geliefert werden kann. In der Stadt soll eine Anzahl Depots errichtet werden, aus welchen durch Fuhrwerk der Anstalt oder des Fuhrparks an die berechtigten Personen die Milch abgegeben werden soll. An die armenrechtlich hilfsbedürftigen Personen soll die Milch unentgeltlich durch die Armenverwaltung, an diejenigen, die ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 2000 M. haben, zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Der unentgeltliche Bezug der Säuglingsmilch gilt also als Armenunterstützung, und infolgedessen geht der Familienvater, der von dieser Einrichtung Gebrauch macht, seiner politischen Rechte verlustig. Das ist eine Bestimmung, die nichts mit Sozialpolitik zu tun hat und sicher nicht eine starke Benutzung der Anstalt bewirken wird. Fast könnte man auf den Gedanken kommen, dass man eine solche auch nicht beabsichtigt, da der Umfang der Anstalt auch dem dringendsten Bedürfnis in keiner Weise gerecht werden kann. Mit einer täglichen Produktion von 400 l, die in Aussicht genommen ist, kann man im Höchstfalle die Nachfrage für 300 Kinder befriedigen. Und die sind doch nur ein kleiner Bruchteil der Kinderbevölkerung Cölns. Wenn also Ernst gemacht werden soll, so bleibt auch da noch viel zu tun.

X

Wahlrechtsverschlechterungen IN Dresden jagt eine Vorlage zur Verschlechterung des städtischen Wahlrechts

die andere. Nachdem, wie wir in der letzten Rundschau berichtet haben, drei Vorschläge spurlos versunken sind, ist der Rat bereits wieder mit einer neuen Vorlage hervorgetreten. Sie sollte ohne die übliche vorherige Durchberatung im Verfassungsausschuss sofort vom Stadtverordnetenkollegium angenommen werden. Zur Vorbereitung dieses Staatsstreiches war eine vertrauliche Vorbesprechung veranstaltet worden, die aber resultatlos blieb, weil sich 34 Stadtverordnete fern gehalten hatten. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Vorlage mit 34 gegen 32 Stimmen dem Ausschusse überwiesen, trotz aller Versuche der Gegenseite, sie sofort zur Verhandlung zu bringen. Die Opposition ging von den Antisemiten aus, die von der vorgeschlagenen Reform ihre überwiegende Machtstellung bedroht sahen. Nach den Vorschlägen des Rates sollen nämlich ansässige und nichtansässige Bürger je 42 Stadtverordnete auf 6 Jahre wählen, von denen ein Drittel alle zwei Jahre ausscheidet. Die Wahlberechtigten werden in 4 Abteilungen geteilt: 1. Rentner, Pensionäre; 2. Arbeiter, Gewerbegehilfen; 3. Beamte, Geistliche, Lehrer, Ärzte, Künstler, Rechtsanwälte etc.; 4. Unternehmer, Gewerbetreibende, Selbständige in Gärtnerei und Landwirtschaft. Jede Abteilung zerfällt wiederum in zwei Klassen, in Wähler, die länger als 10 Jahre Bürger sind, und solche mit kürzerem Bürgerrecht. Es erhalten nun die Rentner (3020 Bürger) 12 Stadtverordnete, die Arbeiter (10 373) 12, die Beamten (13 134) 24, die Unternehmer und Gewerbetreibenden (9511) 36 Stadtverordnete! In diesen Abteilungen verteilen sich die Mandate jeweils auf die beiden Klassen in folgender Weise: In der ersten Abteilung erhalten beide Klassen gleich viel Abgeordnete, ebenso in der Abteilung der Arbeiter. Dagegen wählt in der Abteilung für Beamte die I. Klasse 18, die II. Klasse nur 6, in der Abteilung für Unternehmer und Gewerbetreibende die I. Klasse 30, die II. Klasse nur 6 Abgeordnete. Wir haben es hier also mit einem Berufsklassenwahlrecht zu tun, dessen Ungerechtigkeiten durch die weitere Scheidung der Wahlberechtigungen nach der Aufenthaltsdauer der Wähler ins Masslose übertrieben sind. Der sozialpolitischen Einsicht des Dresdener Rates macht diese Vorlage alle Ehre.

X

Kurze Chronik DER Rat der Stadt Leipzig beabsichtigt am Südfriedhof eine Verkaufshalle für Blumen zu errichten. × Der Berliner Magistrat hat den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, welche den Bau einer zweiten Heimstätte für weibliche Genesende mit 95 Betten vorschlägt. × Die Stadtverordneten zu Wetzlar beschlossen, eine Volksbadeanstalt einzurichten. × Nach dem Bericht der Stadtcolnischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit waren im Winter 1904-1905 1596 Personen unterstützungsberechtigt, von denen sich 1271 als arbeitslos meldeten. Es wurden für 25 034 Tage Tagelöhner in der Höhe von 35 596 M. gezahlt. Für das laufende Geschäftsjahr sind die Beiträge der ungelerten Arbeiter von 30 auf 35 Pf., die der gelernten von 40 auf 45 Pf. pro Woche erhöht worden. × Die hessische Abgeordnetenkammer hat den Entwurf des Gemeindesteuergesetzes in der Kommissionsfassung angenommen.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

internationale Betätigung DAS in der Sozialdemokratie vertretene Prinzip der internationalen Solidarität ist in letzter Zeit mehrfach in die Erscheinung getreten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat einen Aufruf erlassen, in welchem er die Genossen des Reiches auffordert, ihr Solidaritätsgefühl gegenüber den russischen Revolutionären fernerhin nicht bloss in teilnahmvollem Zuschauen und Zustimmung, in Sympathieerklärungen für die Opfer zu betätigen, sondern dazu überzugehen, durch schleunige Sammlung von Geldmitteln die ungeheure Not und das Elend der Opfer zu lindern, die dieser einzig dastehende Kampf um die Freiheit erfordert hat und noch erfordern wird. Die Sammlungen sind daraufhin überall eröffnet, und namhafte Beiträge sind bereits eingegangen.

AUCH das internationale sozialistische Bureau erliess einen von Vandervelde, Anseele und Huysmans unterzeichneten Aufruf gegen die Greuel in Russland.

IN der Marokkofrage kann die französische Sozialdemokratie den Verdienst für sich in Anspruch nehmen, dass sie von Anfang an einer Verständigung mit Deutschland das Wort geredet und zur friedlichen Beilegung der Differenz in

erheblichem Masse beigetragen hat. Als die Gefahr beseitigt war, sollte eine französisch-deutsche Kundgebung zu Gunsten des Völkerfriedens stattfinden. Die Berliner Genossen hatten Jaurès — der als Führer des französischen Sozialismus und vor allem als einflussreicher Politiker den Hauptteil dieser Verständigungsarbeit geleistet hatte — zu einem Referat eingeladen. Da liess der Reichskanzler Jaurès auffordern, von einem Auftreten in Berlin Abstand zu nehmen (vergl. die Rubrik *Politik*, pag. 694 ff.). Er konnte aber nicht verhindern, dass die Kundgebung vieler Tausende von Berliner Arbeitern am 9. Juli in der *Neuen Welt* doch vor sich ging. Referent war der Abgeordnete Richard Fischer. Ein Telegramm Jaurès' an die Berliner Arbeiter wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüsst und auf Antrag des Genossen Bernstein mit einem Telegramm an Jaurès beantwortet. Der *Vorwärts* vom selben Tage brachte die ungehaltene Rede Jaurès' *in extenso*: sie ist von hier auch in die übrige Parteipresse übergegangen und ist so Millionen deutscher Leser zugänglich gemacht worden.

AM gleichen Tage waren in Konstanz am Bodensee zu Tausenden schweizerische, österreichische, italienische und deutsche Sozialdemokraten versammelt, um die Genossen Greulich, Todeschini, Adler und Bebel über die internationale Solidarität der Völker zu hören und für den Frieden zu demonstrieren. Auch hier erfolgte das Verbot an die ausländischen Redner. Es war daher nur Bebel möglich, in Konstanz das Wort zu nehmen; sodann formierten sich die Tausende zu einem Zuge, der nach der nahegelegenen Grenze sich bewegte, um auf dem Boden der freien Schweiz das zu tun, was in dem grossen Deutschen Reich nicht erlaubt war.

EINIGE Wochen früher hatte eine österreichisch-italienische Verbrüderungskundgebung in Triest stattgefunden. Auch hier haben österreichische und italienische Sozialdemokraten den Bestrebungen ihrer beiderseitigen Chauvinisten entgegenzuwirken sich bemüht.

IM hohen Norden das selbe Schauspiel. Dort hatte der norwegische Landtag die Union zwischen Schweden und Norwegen gekündigt. Das veranlasste einige schwedische Blätter, ein wenig mit dem Säbel zu rasseln. Die schwe-

dische Sozialdemokratie veranstaltete in Stockholm und anderen grösseren Städten Kundgebungen und forderte den Frieden. In Versammlungen, im Parlament und in der Presse protestierte die schwedische Sozialdemokratie gegen den Chauvinismus. In einer Resolution, welche in Stockholm in einem sozialistischen Meeting zur Annahme gelangte, wurde das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes anerkannt und jede Gewaltmassregel als ein Verbrechen gegen die Zivilisation und als ein Hochverrat gegen das Vaterland gekennzeichnet. Es wurde beschlossen, wenn nötig, zum Generalstreik und zum Soldatenstreik zu greifen. Es dürfte vielleicht auch dieser energischen Haltung der Sozialdemokratie zu danken sein, wenn die Spannung in Schweden bald nachliess (vergl. den Artikel von Hjalmar Branting *Die nationale Krise in Skandinavien*, pag. 653 ff.).

X

Holland

DIE allgemeinen Kammerwahlen, die am 18. Juni stattfanden, haben der sozialdemokratischen Partei einen erfreulichen Aufschwung in der Stimmenzahl gebracht. Im Jahre 1897 vereinigte die junge Partei nur 13 025 Stimmen auf ihre Kandidaten, im Jahre 1900 stieg die Zahl auf 38 270, und bei den jetzigen Wahlen wurden 65 743 Stimmen für sie abgegeben. Seit 1897 hat also die Partei ihre Stimmen vervielfacht. Nach den bei der Hauptwahl festgestellten Wahlergebnissen, gruppieren sich die Parteien wie folgt:

die Opposition:	
Sozialisten	65 743
Libérale Union	107 903
Radikale	51 858
Moderierte Liberale	52 201
Christlichdemokraten	5 007
insgesamt	282 712
die Regierungsparteien:	
Antirevolutionäre	141 407
Klerikale	71 028
Historischchristliche	66 326
insgesamt	278 761

Bei den Hauptwahlen gelang es unseren Genossen nicht, einen ihrer Kandidaten durchzubringen; erst die Stichwahlen brachten ihnen 7 Mandate, während sie in der vorigen Kammer 8 Sitze inne hatten. Trotz des Verlustes an dem einen Mandat wird nach der Zusammensetzung der Kammer unserer Partei die Rolle des Züngleins an der Wage zufallen.

Von den 100 Sitzen haben nämlich in der gegenwärtigen Kammer die Klerikalen nur noch 48, die Liberalen 45 und die Sozialdemokraten 7 Sitze inne.

DIE Vereinigung der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder tagte am 2. Juli in Zwolle. Es wurde über die Durchführung des Wohnungsgesetzes, ferner über die Frage der kommunalen Subsidierung von allgemeinen Verkehrsmitteln, wie Strassenbahnen u. s. w. beraten. Sodann wurde über die Stellung der Parteigenossen bei den Gemeinderatswahlen verhandelt, wobei empfohlen wurde, keine Kompromisse bei den Hauptwahlen abzuschliessen und bei den Stichwahlen die bürgerlichen Kandidaten vorsichtig zu prüfen. Ausserdem wurde noch auf dem Kongress der Wunsch nach einer Ergänzung des Gemeindevahlprogramms der Partei geäussert, sowie nach Gründung eines kleinen Monatsblattes für die Gemeinderatsmitglieder.

X

Schweiz

DIE deutschen und österreichischen Sozialisten in der Schweiz, die in einem Landesverband vereinigt sind, haben nach dem soeben vom Landesausschuss in Zürich veröffentlichten Jahresbericht für 1904 die Mitgliederzahl in ihren Organisationen, wie bereits gemeldet, von 2334 auf 2632 erhöht; sie verteilen sich auf 42 Sektionen. Von den 11 874 Bänden in den Bibliotheken wurden 4489 ausgeglichen, Schriften konnten für 3564,85 fr. verkauft werden, wandernde Genossen erhielten für 2232 fr. Reiseunterstützung. Mitgliederversammlungen fanden 542 öffentliche Versammlungen 59, Diskussionen 164 statt. Die Einnahmen des Landesausschusses betragen 2926,05 fr., die Ausgaben 1597,10 fr., der Vermögensbestand 1158,95 fr., um 400 fr. weniger, als 1903. Die Einnahmen des internationalen Flüchtlingsfonds beliefen sich auf 846,05 fr., die Ausgaben auf 394,30 fr., so dass ein Kassenbestand von 451,75 fr. verblieb.

DIE Genfer Genossen unterbreiteten der schweizerischen Sozialdemokratie folgende Vorschläge: Gründung einer Hilfskasse für diejenigen Soldaten, die im Falle eines Streiks den Gehorsam verweigern; Verpflichtung für die sozialistischen Deputierten, das Militärbudget so lange abzulehnen, bis das absolute Verbot der Verwendung von Truppen in wirtschaftlichen Kämpfen durchgesetzt ist; die so-

fortige Ergreifung der Initiative zur Herbeiführung eines Gesetzes, wonach das Militärbudget auf 20. Mill. fr. beschränkt wird. Diese Vorschläge sollen auf dem Parteitag, der am 5. August in Lausanne zusammentritt, verhandelt werden.

× ×
Schweden DIE schwedische Sozialdemokratie hat vor kurzem ihren Rechenschaftsbericht

für das Jahr 1904 veröffentlicht, aus dem ein erfreulicher Fortschritt der Bewegung ersichtlich ist. Zu Beginn des Jahres 1904 waren in Schweden 95 Arbeitergemeinden mit 761 Abteilungen und 54 552 Mitgliedern vorhanden. Ihre Zahl wuchs bis zum Schluss des Jahres auf 112 Arbeitergemeinden mit 804 Abteilungen und 64 835 Mitgliedern. Die grösste Arbeitergemeinde hat Stockholm mit 20 233 Mitgliedern; dann folgen Malmö mit 9131, Göteborg mit 4786 u. s. f. Die Einnahmen der Partei betragen im Berichtsjahre 87 779,52 Kr.; der Vermögensbestand der Partei ist auf 51 622 Kr. angewachsen.

× ×
Russland IN Nr. 101 der *Iskra* teilt

Plechanow seinen Austritt aus der Redaktion des genannten Blattes mit. Und zwar tut er dies in einem kurzen Schreiben, welches die Redaktion unter Ausdrücken des Bedauerns abdruckt. In einer Nachbemerkung wendet sich Plechanow an die Leniniener mit der Anfrage, ob sie damit einverstanden seien, dass er auch weiterhin die Partei im internationalen Bureau vertrete, denn er könne dieses Amt nur unter Zustimmung beider Fraktionen weiter ausüben. Die Redaktion ihrerseits teilt anschliessend mit: 1. dass ihre Versuche, die durch Plechanows Ausscheiden entstandene Lücke durch Kooptation auszufüllen, an der ablehnenden Haltung der betreffenden Genossen gescheitert seien; 2. dass die verbleibenden Redaktionsmitglieder ihre Mandate in die Hände der Gesamtheit der Parteigenossen ihrer Richtung zurücklegen und die Redaktionsgeschäfte nur provisorisch weiterführen. Die Zerwürfnisse haben ihre Ursache in den Beschlüssen des 3. Parteitages, dessen Protokoll bei Birk in München auch deutsch erschienen ist. Es bleibt abzuwarten, ob eine Wiederversöhnung der beiden Flügel unter Plechanow und Lenin herbeigeführt wird, oder welche Wendung die Dinge sonst nehmen werden.

× ×

Russisch Polen LODZ, die düstere, freudlose, bildungsarme Fabrikstadt, ist neben dem geistig

regsamem Warschau in den Vordergrund der sozialistischen Kämpfe getreten. Die Fabrikanten von Lodz haben es in holdem Verein mit Polizei und Kosaken fertig gebracht, eine grenzenlose Erbitterung zu züchten, welche das früher arg zerklüftete Proletariat dieser Stadt faktisch schon jetzt zu einer nach aussen einheitlichen Streitmacht zusammengeschmiedet hat. Anfang Juni wurde ein streikender Fabrikarbeiter namens Grabczynski von Soldaten ermordet. Als nun der Tote auf dem calvinistischen Friedhof begraben werden sollte, schlossen sich beinahe sämtliche Arbeiter von Lodz, die Juden keineswegs ausgenommen, mit entfalteten roten Fahnen dem Begräbniszug an. Am Grabe sprachen, nachdem man den Pastor angehört hatte, Vertreter aller drei sozialistischen Parteien: der *P. P. S.*, des *Jüdischen Arbeiterbundes* und der *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens*. Da insbesondere die *P. P. S.*-Leute ausgiebig mit Revolvern versehen waren, so blieben die Demonstranten unbehelligt. Anders verliefen die Dinge am 18. Juni. An diesem Tag, einem Sonntag, veranstaltete die *P. P. S.* einen völlig friedlich gemeinten Maiausflug nach dem Walde von Lagiewniki. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen nahmen teil. Im Walde trafen sie mit den gleichfalls zu einem Maiausflug vereinten Anhängern der *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens* zusammen. Nach mehrstündiger heftiger Diskussion trat man gemeinsam den Heimweg an, in geschlossenem Zug mit entfalteten Fahnen. Unterwegs schloss sich dann noch eine Schar jüdischer *Arbeiterbündler* dem Zuge an, schliesslich sogar auch ein Trupp nationaldemokratischer, das heisst von reaktionären polnischen Chauvinisten gegängelter Arbeiter. So bewegte sich der immer mehr anschwellende Zug durch die Vorstadt Baluty. Berittene zogen voraus, um die Heimkehrenden vor etwa anrückendem Militär zu warnen. Sie übersahen aber eine Abteilung Soldaten, die im Hinterhalt lag und völlig unprovokiert Feuer gab. 7 Tote und zahlreiche Verwundete sanken zu Boden, die übrigen stoben auseinander. Am Montag starben noch 57 Verwundete. Am Dienstag wurden 5 der Opfer auf dem katholischen Friedhof begraben; auch dieses Begräbnis

wurde zum Demonstrationszug, an welchem 80 000 Menschen teilnahmen. Am Mittwoch begab sich eine Anzahl Arbeiter nach dem Poznanskischen Fabrikspital, um zwei dort ihren Wunden erlegenen jüdischen Genossen das letzte Geleit zu geben. Die Leichen waren aber von der Polizei heimlich bei Nacht weggebracht worden. Die erbitterte Menge formierte einen Demonstrationszug, der auf 20 000 Köpfe answoll, aber von den Kosaken überfallen und beschossen wurde: es gab 13 Tote. Am Donnerstag fand ein neuer demonstrativer Begräbniszug statt mit 70 000 Teilnehmern; auf dem Rückweg überfiel das Militär die Leidtragenden, tötete 18 Menschen und verwundete über 100. Nun brachen alle Schrecken des Strassenkampfes los. Die Kosaken hatten Blut geleckt und hieben und schossen nach Laune. Barrikaden wurden gebaut, alle verfügbaren Revolver setzten sich in Tätigkeit; den Kosakengeneral Marmusow rissen die Arbeiter aus seiner Equipage und schossen ihn nieder. Die Kosaken metzelten Frauen und Kinder, raubten und plünderten. Man spricht von insgesamt 2000 Toten. Den Beschluss mehrtägigen Blutvergiessens bildete eine furchtbare Bombenexplosion in einer Kavalleriekaserne. Über Lodz wurde der Kriegszustand verhängt.

ALS die Nachrichten von all diesen Greueln in Warschau eintrafen, ordnete das dortige Komitee der *P. P. S.* zum Zeichen des Protestes einen eintägigen Generalstreik an, der zur allgemeinsten Durchführung gelangte. Allerorten in der Provinz fanden ähnliche demonstrative Streiks und Umzüge statt. In Kielce kam es am 3. Juli zu einer blutigen Strassenschlacht, in Bialystok wurde am 5. Juli auf eine Gruppe von Polizisten und Polizeibeamten eine Bombe geschleudert, die unter anderen den Oberpolizeimeisterschleichen Gubski schwer verletzte.

IN Warschau hat sich der Guerillakrieg der Arbeiter gegen Polizei und Soldaten förmlich eingebürgert. Es vergeht kaum ein Tag, dass nicht in einem der Arbeiterviertel ein Kosak oder ein Polizist niedergestochen oder erschossen wird. Man achtet kaum mehr darauf.

×
 Kelles-Krauz † DER polnische und mit ihm der internationale Sozialismus hat einen herben Verlust erlitten. Am 23. Juni starb

in Pernitz in Niederösterreich Genosse Dr. Casimir von Kelles-Krauz, Mitglied des Pariser soziologischen Instituts und Mitglied des auswärtigen Komitees der *P. P. S.*, unter seinem gesetzlichen Namen bekannt als einer der bedeutendsten und originalsten Wissenschaftler — den deutschen Lesern speziell auch durch seine Schrift *Die Soziologie im XIX. Jahrhundert* —, unter dem Pseudonym *Michal Lusnia* als einer der populärsten sozialistischen Agitationschriftsteller Polens, unter beiden Namen Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* und der *Neuen Zeit*, endlich unter verschiedenerlei Pseudonymen einer der fruchtbarsten Mitarbeiter der Krakauer sozialistischen Monatsschrift *Krytyka* und der legalen fortschrittlichen Zeitschriften Russisch Polens. Obgleich aus einer alten, ursprünglich in Livland begüterten Adelsfamilie stammend, hat Kelles-Krauz doch niemals den Wohlstand gekannt. Als Sohn eines kinderreichen kleinen Beamten 1872 in Szczebrzeszyn im Gouvernement Lublin geboren, besuchte er das Gymnasium erst in Radom, dann in Kielce. Eine aufopfernde Tat — er nahm, obwohl unschuldig, die Verantwortung für ein Vergehen seiner Mitschüler ganz allein auf sich — verschloss ihm für immer die Pforten der kaiserlich russischen Hochschulen. Dies nötigte ihn, ins Ausland zu gehen; er wählte Paris, wo er unter schweren materiellen Opfern seine Studien fortsetzte und beendete. Seither erwarb er mühsam mit der Feder den Unterhalt für Weib und Kind, während sein wissenschaftliches Ansehen stieg und er unter anderm auch zur Abhaltung einzelner Vortragsserien nach Brüssel an die *Université nouvelle* berufen wurde. Vor drei Jahren befahl ihm ein bösartiges Lungenleiden. Aber der starke und energische Mann gab seine rastlose Tätigkeit keineswegs auf. Im Gegenteil; die ersten Vorzeichen der revolutionären Phase, in welche Russisch Polen seither wirklich eingetreten ist, weckten in ihm den Wunsch, dauernd in sein Vaterland zurückzukehren. Er wollte österreichischer Staatsbürger werden und sich in Krakau niederlassen. Behufs Erwerbung des Staatsbürgerrechts begab er sich zunächst nach Wien. Aber die Verhandlungen mit den österreichischen Behörden zogen sich arg in die Länge. Formalitäten wurden auf Formalitäten gehäuft, und ein Jahr und noch ein Jahr verging. Inzwischen wirkte das Wiener Klima zusehends ver-

schlimmernd auf sein Lungenleiden. Als das ersehnte Bürgerrechtsdiplom endlich eintraf, lag er in einem ländlichen Sanatorium im Sterben.

NICHT nur als Denker und Parteimann, auch als Mensch ist Kelles-Krauz allen wert gewesen, die ihn näher kannten. Sein Sozialismus war ihm nicht etwa eine Beschäftigung unter mehreren, sondern der wesentliche Inhalt seines Lebens. Es war kein Falsch und keine Halbheit an ihm. Das kleinste Stückchen pseudonymer literarischer Erwerbsarbeit, zu dem ihm nicht selten die Not die Feder in die Hand drückte, war doch immer durchleuchtet von seiner sozialistischen Weltanschauung und durchwärmt von seinem ehrlichen sozialistischen Empfinden. Und doch war seine milde Art himmelweit entfernt von allem sektiererischen Fanatismus. Wer je mit ihm in der Polemik zu tun hatte, der lernte seinen gerechten und lauterer Charakter zwiefach schätzen. Um so tiefer ist die Trauer um sein vorzeitiges Scheiden. Der wühlenden Krankheit und ihren Qualen Trotz bietend, starb er, wie er gelebt hatte: mannhaft und heiter, wie einer, dessen abgeklärte Philosophie wohl die Liebe zum Leben, aber keine Furcht vor dem Tode kennt.

× **Kurze Chronik** EINEN Sieg haben die Sozialdemokraten bei den letzten Stadtverordnetenersatzwahlen in Braunschweig errungen, auf den stolz zu sein sie alle Ursache haben. Die Wahl des Genossen Ricki, der dem Stadtverordnetenkollegium schon lange Zeit angehört, wurde zweimal angefochten und für ungültig erklärt. Nun hat aber die Wählerschaft ihren Willen zweideutig bekundet, indem sie Ricki mit grosser Majorität zum drittenmal wählte. × In Pressburg wurde der Gründungsparteitag der slowakischen Sozialdemokratie abgehalten. × In Kasan ist mit der Herausgabe sozialistischer Flugblätter in tartarischer Sprache begonnen worden. × In Czenstochau wurde Genosse Makowski, einer der tüchtigsten Agitatoren der P. P. S., zu 10 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. × Der 7. Parteitag der spanischen Sozialdemokratie ist auf den 28. August nach Madrid einberufen worden HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Aussperrungen DAS Jahr 1905 hat uns mit der Besserung des Wirtschaftslebens eine Lohnbewegung gebracht, wie sie gleich umfang-

reich noch in keinem früheren Jahre zu verzeichnen war. Aber auch die Aussperrungen sind in diesem Jahre zahlreicher und umfangreicher, als in einem früheren Jahre, und keine Gegend des Reichs und bald kein Beruf ist davon verschont geblieben. Alle diese Aussperrungen richten sich in der Hauptsache gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. Das wurde am deutlichsten ausgesprochen von den Unternehmern des Schneidergewerbes, als sie vor Pfingsten in allen grösseren Städten ihre Gehilfen wegen Verweigerung von Streikarbeit aussperrten. Schliesslich mussten die selben Unternehmer mit den Arbeiterorganisationen sogar in Unterhandlungen treten und den zur Streikarbeit verpflichtenden Revers zurückziehen. Die Folgen dieser Aussperrung waren nur unangenehme für die Unternehmer, indem sie sich jetzt ihre Sommersaison verdorben haben. Die Arbeiterorganisation ging ungeschwächt aus diesem Kampf hervor.

NICHT weniger erfolgreich war für die Arbeiter die Aussperrung der 3000 Zigarettenarbeiterinnen in Dresden. Diese Arbeiterinnen waren in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem sie sich vorher dem Tabakarbeiterverband angeschlossen hatten. Die Unternehmer warfen die Arbeiterinnen, nachdem sie mit ihnen anfangs unterhandelt hatten, kurzer Hand auf die Strasse. Kategorisch wurde der Austritt aus der Organisation verlangt. Als aber die Erzeugnisse der Dresdener Zigarettenindustrie von der organisierten Arbeiterschaft unter Boykott gestellt wurden, und als den Ausgesperrten auch weitgehende materielle Hilfe zugesagt wurde, waren die Unternehmer bald genötigt, die Aussperrung aufzuheben und ihren Arbeiterinnen die Koalitionsfreiheit und eine Lohnerhöhung zu gewähren.

HIER ist auch die Aussperrung in der bayrischen Metallindustrie zu nennen, welche sich über München, Augsburg, Nürnberg und Umgebung erstreckte, und an der 1500 Metallarbeiter beteiligt waren. Ein Lohnkonflikt in der Maschinenfabrik Maffei in München gab den äusseren Anlass zur Aussperrung, die Zertrümmerung des Metallarbeiterverbandes war ausgesprochenermassen der Zweck der selben. Das Ergebnis der Aussperrung war aber auch hier ausdrückliche Anerkennung der doch so verpönten Arbeiterorganisation, ausserdem Verkürzung der

Arbeitszeit auf 58 Stunden pro Woche und kleine Lohnerhöhungen.

AUCH in den Unterweserorten ist wieder einmal der Teufel los. Eine geringfügige Lohnforderung der Kesselschmiede auf den Werften Teklenburg und Seebeck in Geestemünde, die zum Streik dieser Arbeiterkategorie führte, wurde mit einer Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft dieser Werften beantwortet. Die Aussperrung hat sich auf einige andere Werftbetriebe der Unterweserorte und sogar auf Bremen ausgedehnt, wo unter anderem auch wieder einmal die *Weserwerft* ausgesperrt hat, die erst vor einem Vierteljahr mit einer Aussperrung hineingefallen ist.

DIE Unternehmer haben aus ihren Niederlagen nichts gelernt. Auch die Unternehmer der Holzindustrie nicht. Erst im Mai haben sich die Hamburger Holzindustriellen und Tischlermeister in einer von ihnen frivol angezettelten Aussperrung eine fürchterliche Niederlage geholt, und jetzt sperren die Holzindustriellen Düsseldorfs doch wieder aus, weil die Arbeiter sich weigern, sich einen ungunstigen Tarifvertrag aufzuktroyieren zu lassen. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse bei der grossen Bauarbeiteraussperrung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk — Grund: ein partieller Zimmererstreik in Dortmund — und bei der Bauarbeitersperrung in München. Wem aber nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen. Eine allgemeine Aussperrung der Brauereiarbeiter Rheinland-Westfalens, die, ebenfalls veranlasst durch einen partiellen Konflikt, sich gegen die Brauerorganisation richtete, hat ihren Endzweck nicht erreicht, den Arbeitern aber auch keinen besonderen Erfolg gebracht.

DIESE vielen Aussperrungen, die man in ihrer Systemlosigkeit mit den früheren *wilden* und *Ermunterungsstreiks* der Arbeiter in den ersten Jahren gewerkschaftlicher Tätigkeit vergleichen kann, haben das eine Gute, dass sie die Arbeiter mit unwiderstehlicher Gewalt auf die Arbeiterorganisationen hinweisen; — ihr Endergebnis ist doch nur eine Stärkung der Gewerkschaften.

× **Kongresse und Verbandstage** ×
DIE Hochflut der diesjährigen Gewerkschaftsverbandstage ist nun vorübergegangen, so dass wir nun kurz über die Resultate der selben berichten können. Am bedeutungsvollsten waren die Gene-

ralversammlungen des *Senefelderbundes* und des *Verbandes der Lithographen und Steindrucker*, vom 20. bis 26. April in Berlin, die zu einer Verschmelzung beider Organisationen führten. Der *Senefelderbund* wurde im Jahre 1873 gegründet, schränkte später aber in Rücksicht auf das Sozialistengesetz seine Tätigkeit auf das Unterstützungswesen ein. Der dadurch hervorgerufene Mangel einer gewerkschaftlichen Organisation für die Lithographen führte 1891 zur Gründung des Lithographenverbandes. Den langjährigen Bemühungen der Lithographenschaft ist es nun auf obigen Generalversammlungen gelungen, beide Organisationen unter dem Namen *Deutscher Senefelderbund* zu einer Organisation zu vereinigen. Die Zigarrensortierer beschlossen auf ihrem Verbandstag, am 22. bis 27. April in Leipzig, ihren Mitgliedern künftig Rechtsschutz zu gewähren. Männliche Mitglieder können sich bis zu 15 M. wöchentlich gegen Arbeitslosigkeit versichern; um den Arbeiterinnen den Eintritt in die Organisation zu erleichtern, wurden niedrigere Beitragsklassen mit niedrigeren Unterstützungssätzen geschaffen; das Umzugsgeld wurde erhöht. Der *Organisator*, das Verbandsorgan, soll künftig 14tägig erscheinen. Der Name der Organisation wurde geändert in *Verband der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands*. Der Verbandstag der Glasarbeiter am 22. bis 27. April in Jena beschloss, für Nord- und Süddeutschland je einen Gaubeamten und zwei Hauptkassierer anzustellen. Die Handels- und Transportarbeiter, die am 9. bis 14. Mai in Frankfurt tagten, beschlossen Einführung von Staffelbeiträgen in Höhe von 30, 35 und 40 Pf., für weibliche Mitglieder von 20 Pf. Entsprechend der Höhe der Beiträge wurden die Unterstützungen bemessen. Der Kartellvertrag mit den Seeleuten, Eisenbahnern, Hafenarbeitern und Maschinisten wurde gut geheissen. Es erfolgte die Anstellung eines Sekretärs für den Hauptvorstand. Die Töpfer beschlossen unter anderem Einführung einer 4. Beitragsklasse, wonach bei einem Wochenlohn von über 27 M. ein Beitrag von 65 Pf. erhoben und 7,20 M. Wochenunterstützung bei Krankheit gezahlt werden soll. Die Reiseunterstützung wurde verbessert. Kranke und Arbeitslose sollen pro Woche 15 Pf. Beitrag zahlen. Die *Schiffszimmer-*

rer tagten am 14. bis 16. Mai in Rathenow und beschlossen vorbehaltlich einer Urabstimmung durch die Mitglieder Einführung einer Erwerbslosenunterstützung. Bei 15 Pf. Beitragserhöhung soll nach Ablauf der ersten Woche der Erwerbslosigkeit gezahlt werden an Unterstützung pro Tag 1,10 M., und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft für 40 Tage, für jedes weitere Jahr 30 Tage oder nach zehnjähriger Mitgliedschaft für insgesamt 310 Tage. Die Lederarbeiter hielten ihre Tagung am 24. bis 28. April in Dresden ab. Man beschloss, auch weibliche Mitglieder aufzunehmen; diese sollen 20 Pf. Wochenbeitrag zahlen. Weiter einen besoldeten Gauleiter anzustellen und das Verbandsorgan dreimal monatlich erscheinen zu lassen, statt seither zweimal. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, mit dem Vorstand der Zentralkasse der Lederarbeiter zwecks Verschmelzung mit diesem Institut, und mit den übrigen in der Lederindustrie bestehenden Organisationen zwecks Schaffung eines Industrieverbandes in Verbindung zu treten. Der Verbandstag der Buchdruckereihilfsarbeiter fand am 10. bis 13. Juni in Halle statt. Es wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt, dagegen beschlossen, neben der Arbeitslosen- auch Krankenunterstützung zu zahlen. An Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages von 20 Pf. sollen künftig Staffelbeiträge in Höhe von 20, 25 und 30 Pf. erhoben werden. Hingegen lehnten die Bergarbeiter auf ihrem Verbandstage am 10. bis 15. Juni in Berlin die Einführung von Staffelbeiträgen ab, erhöhten aber den Beitrag von 20 auf 40 Pf. pro Woche. Weiter wurde Einführung einer Arbeitslosenunterstützung von 1 M. pro Tag, steigend nach dreijähriger Mitgliedschaft auf 1,40 M. pro Tag, und einer Krankenunterstützung von 3 M. pro Woche beschlossen. Die Porzellanarbeiter tagten am 11. bis 17. Juni in Berlin und beschlossen, die Krankenunterstützung obligatorisch einzuführen. Die Unterstützung beläuft sich auf 1,25, 2,50, 3,75, 5,00, 7,50, 10 M., bei einem Mehrbeitrag von 5, 10, 15, 20, 30 und 40 Pf.; sie wird nach 52wöchentlicher Beitragsleistung auf 6 Wochen, nach 104 Wochen für 10 Wochen, nach 156 Wochen bis 15 Wochen, nach 208 Wochen bis 20 Wochen und nach 260 Wochen bis zu 26 Wochen gewährt, und zwar vom 4. Krankheitstage ab. Der Vorstand wurde ermächtigt, binnen Jahresfrist eine weibliche Hilfs-

kraft zur späteren Verwendung in der Agitation anzustellen. Die Metallarbeiter, die am 12. bis 17. Juni in Leipzig tagten, beschlossen Umwandlung der Arbeitslosen- in eine Erwerbslosenunterstützung. Diese Unterstützung wird unter Beibehaltung der bisherigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung für 20 Wochen im Jahre gewährt, ausserdem wurde eine Sterbeunterstützung eingeführt. Der Beitrag wurde auf 50 respektive 20 Pf. pro Woche erhöht. Mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Generalversammlung erklärt, dass sie mit der Haltung der Delegierten des Verbandes auf dem Cölnener Gewerkschaftskongress in Sachen der Maifeier und des Generalstreiks nicht einverstanden ist. Die Generalversammlung des Buchdruckerverbandes fand am 19. bis 26. Juni in Dresden statt; sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Tarifrevision und mit der Haltung des *Korrespondenten*. Wichtige organisatorische Änderungen wurden nicht beschlossen. Ebenfalls nicht auf der Generalversammlung der Werftarbeiter am 11. bis 15. Mai in Kiel.

AUF dem 6. internationalen Textilarbeiterkongress in Mailand kam es zu recht unangenehmen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Engländern, weil die letzteren, die sich im Besitze des internationalen Sekretariats befinden, es an dem nötigen Arbeitseifer haben fehlen lassen. Das Sekretariat wurde zwar nochmals den Engländern belassen, aber in der Person des Sekretärs trat eine Änderung ein.

X

X

Internationale DIE diesjährige Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen fand am 23. und 24. Juni in Amsterdam statt. Vertreter waren England, Deutschland, Österreich, Ungarn, Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien, Belgien, Holland und ein Vertreter der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission als Gast. Frankreich war diesmal unvertreten, da seinem Verlangen, die Punkte *Generalstreik*, *Antimilitarismus* und *Achtstundentag* auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, nicht entsprochen worden war. Die grosse Mehrheit der vertretenen Landessekretariate hielt auch jetzt noch daran fest, dass es nicht Aufgabe dieser Konferenzen sein könne, theoretische Fragen zu erörtern, welche die Tendenzen und die

Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen. Aufgabe der Konferenz sei aber, und das wurde durch Beschluss ausdrücklich festgelegt, »zu beraten über den engeren Zusammenschluss der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehende Fragen«. Die übrigen Beschlüsse bewegten sich denn auch im Rahmen dieses Programms. Im Jahre 1906 soll eine Untersuchung über die Länge der Arbeitszeit in allen Ländern, wo die Gewerkschaften von Einfluss sind, stattfinden. Im nächsten internationalen Bericht der Landeszentralen sollen Angaben über die paritätischen und gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise der verschiedenen Länder gemacht werden. Es wurde der Wunsch geäußert, die Gewerkschaften Englands möchten endlich die in vielen Branchenorganisationen üblichen Schwierigkeiten, die den kontinentalen Arbeiter bei der Aufnahme treffen, beseitigen. Der Bericht des internationalen Sekretärs wurde gutgeheissen, der Jahresbeitrag ab 1. Juli pro 1000 Mitglieder von 50 Pf. auf 1 M. erhöht. Die nächste Konferenz findet im Anschluss an den skandinavischen Arbeiterkongress 1907 in Christiania statt.

X

Ungarn

DIE ungarische Bewegung hat im Jahre 1904 erfreuliche Fortschritte gemacht, trotz ihrer unzureichenden rechtlichen Stellung. Ihre Mitgliederzahl erhöhte sich von 41 138 auf 53 169, davon entfielen allein in Budapest 28 057 Mitglieder. Auch der innere Ausbau der Organisationen hat sich vervollkommenet. Die Holzarbeiter, Riemer, Anstreicher und Handelsangestellten haben Landesverbände gegründet, während die Bergarbeiter, Eisenbahnangestellten, Schiffsarbeiter, Textilarbeiter und Lederarbeiter schon seit Monaten auf die Genehmigung ihrer Landesverbandsstatuten durch die Regierung warten. Dem Bunde des *Ungarländischen Gewerkschaftsrates* gehören 17 Landesverbände mit 462 Sektionen und 27 Lokalvereine an. Von den grösseren Organisationen nennen wir die Bauarbeiter (15 202 Mitglieder), Metallarbeiter (9963), Buchdrucker (5392), Holzarbeiter (5208), Schneider (2415),

Schuhmacher (2282), Steinmetzen (1253), Buchbinder (1485) und Zimmerer (1030). Im Verhältnis zu den Mitgliederzahlen sind auch die Einnahmen und Ausgaben gewachsen. Die Einnahmen beliefen sich auf 846 820 K. (im Jahre 1903 273 880 K.), davon allein bei den Buchdruckern 402 972 K. Die Ausgaben beliefen sich auf 706 520 K., davon für Arbeitslosenunterstützung 123 946, für Reiseunterstützung 37 336, für Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung 199 560, für Agitation 194 110 und für Gehälter 38 531 K. Der Kassenbestand stieg von 526 757 auf 667 057 K. Es geht vorwärts auch in Ungarn, trotz Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Arbeiter.

X

Kurze Chronik AM 26. Juni starb in Homburg v. d. Höhe im Alter von 72 Jahren, Dr.

Max Hirsch, der bekannte Gründer und Anwalt der nach ihm benannten Gewerkvereine. In der von ihm geleiteten Gewerkvereinsbewegung war er schon seit Jahren ein toter Mann. Die Gewerkvereine sind bedeutungslos geblieben, wie sie es von Anfang an waren. Dazu hatte er in den letzten Jahren gerade aus den Reihen seiner Anhänger manche Anfeindung erfahren. X Die *Solidarität*, das Organ des Buchdruckereihilfsarbeiterverbandes, und die *Glaserzeitung* konnten auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. X Die Auflage des *Grundsteins* hat 170 000 überschritten, die des *Zimmerers* 50 000. X Der *Schiffszimmererverband* hat durch Urabstimmung die Arbeitslosenunterstützung eingeführt.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

ZUM dritten Male seit den Tagen von Kreuznach traten vom 19. bis 21. Juni in der Hauptstadt des Schwabenlandes die im *Zentralverband deutscher Konsumvereine* organisierten Vertreter der modernen Genossenschaftsbewegung zusammen, und diesmal war ihre Tagung noch imposanter, ihre Beschlüsse vielleicht noch schwerwiegender, als in den vergangenen Jahren. Nicht weniger als 443 Delegierte von 190 Konsumvereinen, den 7 Revisionsverbänden und der *G. E. G.* waren anwesend, ferner auch eine grosse Anzahl Gäste, die von der wachsenden Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Organisation Zeugnis ablegten: Vertreter der deutschen landwirtschaft-

lichen und solche der ausländischen Genossenschaften, Delegierte der bei den Genossenschaften beschäftigten Arbeiterkategorien, ein Abgesandter der *General-kommission der Gewerkschaften Deutschlands* und endlich sogar zwei leibhaftige Vertreter der Behörden, der eine für das württembergische Ministerium des Innern und die Zentralstelle für Gewerbe und Handel, der andere für die Stadt Stuttgart. Vorzüglich der letztere zeichnete sich bei seiner Ansprache durch eine sehr gerechte und verständnisvolle Auffassung des Genossenschaftswesens aus. Aus den Reden der sonstigen Gäste wäre nur noch die des Gewerkschaftsvertreters Umbreit zu erwähnen, der, offenbar bemüht, den wenig vorteilhaften Eindruck der Genossenschaftsdebatten vom Cölnener Kongress zu mildern, einer höheren und grosszügigeren Auffassung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften das Wort redete, als sie dort hervorgetreten war.

DEN Inhalt des Sekretariats- und Vorstandsberichts haben wir bereits in der vorigen Rundschau (pag. 630 ff.) wiedergegeben; er wurde auf dem Kongress nur in einzelnen Punkten ergänzt. Sodann wandte sich der Verbandstag seinem Hauptberatungsgegenstand, der *Angestelltenunterstützungskasse* zu. Wie vielleicht erinnerlich, hatte der dem vorigen Verbandstag vorgelegte, auf Grund der Versicherungsgesetze ausgearbeitete Entwurf keine Gnade von den Augen der Delegierten gefunden. Der von dem Kommissionsmitgliede von Elm unterbreiteten diesjährigen Vorlage, die sich auf der Grundlage der freien Hilfskassenbewegte, war ein besseres Schicksal beschieden. Gewiss wurde auch diesmal, besonders von den Vertretern der Angestellten, noch manches bemängelt und auch Abänderungsvorschläge gemacht. Schliesslich gelangte aber doch die Vorlage mit allen gegen 13 Stimmen zur unveränderten Annahme. Die deutschen Konsumvereine haben damit ein grosses sozialpolitisches Werk vollbracht, das sie dem Privatunternehmertum gegenüber als leuchtendes Vorbild dastehen lässt, zumal das hier Gewährte nicht den Charakter des Almosens trägt, wie das bei den privaten *Wohlfahrtsinstitutionen* ja meist der Fall ist. Das Statut der Kasse, die mit dem 1. Januar 1906 in Kraft treten soll, ist in Nr. 14 bis 16 der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* veröffentlicht. Hier seien nur auszugsweise

einige Bestimmungen wiedergegeben. Versicherungsfähig sind alle Angestellten (inklusive Vorstand) der dem *Zentralverband* angeschlossenen Genossenschaften, und zwar die männlichen vom 21., die weiblichen vom 25. Lebensjahre ab. Nach Ablauf des 1. Kassensjahres werden nur noch Personen unter 50 Jahren, und die ein Gesundheitsattest beibringen können, aufgenommen. Eine beitretende Genossenschaft muss alle Angestellten versichern. Der Beitrag ist 6% des Lohnes oder Gehaltes, zur Hälfte vom Verein, zur Hälfte vom Versicherten zu zahlen. Bestimmungen über Rückzahlung der Beiträge respektive die selbständige Weiterversicherung schützen die Angestellten vor Nachteilen, die sonst aus wechselnden Arbeitsverhältnissen erwachsen könnten. Die Verwaltung der Kasse ist paritätisch. Die Leistungen sind: Invalidenrente (20 bis 60% des Einkommens), mit 65 Jahren Altersrente (das selbe), Hinterbliebenenunterstützung (je nach Zahl der Kinder bis 75% der Invalidenrente); staatliche Versicherung wird nicht eingerechnet. Zweifellos weist das sehr sorgfältig ausgearbeitete Statut trotzdem noch einzelne Härten und Ungerechtigkeiten auf, die später einmal beseitigt werden müssen und können. Vorläufig aber dürfen die Genossenschaften froh und stolz sein, das grosse Werk unter Dach und Fach gebracht zu haben.

BEI dem Punkte *Die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses* wandte sich der Verbandstag auch den Cölnener Genossenschaftsdebatten zu, und manches bittere Wort über das dort Gehörte wurde laut. Auch wurden verschiedene der daselbst vorgebrachten Beschwerden als irrig nachgewiesen. Was die in der Cölnener Resolution ausgesprochenen Wünsche anlangt, so werden sie von den Genossenschaften gern berücksichtigt werden, sofern sie in den vorliegenden Tarifverträgen nicht bereits erfüllt oder, wie die Schiedsgerichtsfrage, bereits anderweitig geregelt sind. Über die Durchführung des Bäckereiarbeiter-tarifs konnte nicht ganz das erwartete Gute berichtet werden, insofern, als sie noch eine grössere Anzahl Verbandsvereine verweigert haben, darunter allerdings meist solche, deren Bäcker nicht einmal ihren gewerkschaftlichen Organisationen angehören. Der von der Verbandsleitung vorgelegte Tarifvertrag mit den kaufmännischen Angestellten (vergl. *Sozialistische*

Monatshefte, 1905, I. Bd., pag. 361) wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde der Vorstand beauftragt, erneut mit den Handels- und Transportarbeitern zwecks Regelung der Arbeitsbedingungen in Verhandlungen zu treten.

ZUR Frage der Vertiefung der Organisations- und Agitationsarbeit in den einzelnen Landesteilen wurde ein Antrag der Verbandsverwaltung angenommen, der die Gründung von Revisionsverbandssekretariaten im Anschluss an den *Zentralverband* empfiehlt, die selbständige Gründung solcher Einrichtungen aber verurteilt. Eine weitere Resolution will die Gründung neuer Genossenschaftsblätter einschränken. Die Spitzen dieser Resolutionen richteten sich gegen die Württemberger, die in beiden Beziehungen selbständig gegangen sind. Uns scheint diese Furcht vor einer unwirtschaftlichen Zersplitterung etwas zu weit zu gehen und die viel grössere Gefahr einer Unterdrückung des selbständigen genossenschaftlichen Lebens in den einzelnen Landesteilen heraufzubeschwören.

LEIDER ging es auch nicht ohne eine nochmalige, an peinlichen Momenten reiche Aufwärmung der eigentlich schon erledigten Affäre Peus ab, die dann mit einer scharfen Resolution gegen die Umsatzsteuer ihren Abschluss fand.

BEI den Wahlen wurde das ausscheidende Vorstandsmitglied Radestock und die Ausschussmitglieder von Elm, Poppig und Staudinger auf ihre Stellen zurückberufen. Damit fand der von so fruchtbarer Arbeit erfüllte Genossenschaftstag sein Ende.

×

Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine AN den Genossenschaftstag schloss sich wie gewöhnlich die Generalversammlung der *G. E. G.*

am 22. und 23. Juni. Der Bericht über diese ist um so schneller erledigt, als es sich diesmal fast nur um innere geschäftliche Angelegenheiten handelte. Der vom Geschäftsführer Seifert erstattete Bericht, dessen Hauptzahlen und -daten wir bereits im vorigen Bande (pag. 558 ff.) wiedergegeben hatten, wurde mit Befriedigung entgegengenommen und der Verwaltung Entlastung erteilt. Die von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Reingewinnverteilung erfuhr insofern eine Abänderung, als beschlossen wurde, statt 3 nur $2\frac{1}{2}\%$ Rückvergütung zu zahlen und die dadurch frei werdenden 14 000 M.

einem Produktionsfonds zuzuweisen. Hinsichtlich des Baues der Seifenfabrik, die sich bei einem Umsatze der *G. E. G.* von 78 000 Zentnern jetzt vorzüglich rentieren würde, konnte der Versammlung leider noch keine definitive Lösung in Aussicht gestellt werden. Indessen trat die Verwaltung bereits mit neuen Plänen, nämlich der Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes und einer eigenen Druckerei für die Verlagsanstalt des *Zentralverbandes*, an die Delegierten heran, die gern ihre Zustimmung zur Vornahme der einleitenden Schritte gaben. Ferner wurde die Übernahme von Aktien der Kunewalder Genossenschaftsweberei, die vielleicht einmal der *G. E. G.* angegliedert werden kann, angeregt. Der immer noch zu wünschen übrig lassenden Beteiligung der süddeutschen Vereine an der *G. E. G.* soll durch eine Erhebung auf den Grund gegangen werden. Ein Antrag des *Zentralverbandes*, ihm jährlich aus den Mitteln der *G. E. G.* eine angemessene Summe für allgemein genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Als Ort für den nächsten Verbandstag und die Generalversammlung wurde Stettin bestimmt.

×

Stuttgart

EINER besonderen Feier konnten die Teilnehmer der Genossenschaftstage * am

Abend des 22. Juni beiwohnen, nämlich dem 40jährigen Jubiläum des Stuttgarter Spar- und Konsumvereins. Im Jahre 1864 von 52 Männern aus dem Arbeiterbildungsverein ins Leben gerufen, hat es diese Genossenschaft nach 40jähriger Tätigkeit auf eine Mitgliederzahl von 22 000 gebracht, die etwa die Hälfte aller Haushaltungen Stuttgarts umfasst. Ihr Umsatz im Jahre 1904 betrug 6 401 551 M. und der erzielte Überschuss 637 336 M. Neben dem Kolonialwarengeschäft betreibt die Genossenschaft auch den Verkauf von Schuhen, Trikotagen und Garnwaren. Hervorragend ist auch das Weingeschäft. Die grosse Bäckerei, die mit 12 Doppeldampfbacköfen ausgestattet ist, hat eine Jahresproduktion von $3\frac{1}{4}$ Mill. kg. Insgesamt beschäftigte die Genossenschaft 255 Angestellte. Der Stuttgarter Spar- und Konsumverein, der sich, wie wenig andere, aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutiert, hat sich — vielleicht infolgedessen — von jeher einer gerechteren Behandlung und Wertschätzung sei-

tens der leitenden Kreise des Landes zu erfreuen gehabt, als andere seinesgleichen. Im Jahre 1901 wurde ihm der Besuch des Königs von Württemberg zu teil, dem später der der Abgeordneten-kammer, des Gemeinderats der Stadt und anderer illustre Gäste folgten. Leider hat dieses hohe Wohlwollen ihn nicht vor der Steuerschraube zu schützen vermocht, die ihm jährlich etwa 20% seines Überschusses abpresst; in Zukunft wahrscheinlich noch mehr. Auswege aus diesem Dilemma werden reiflich erwogen. Möge dem grössten süddeutschen Verein ein weiteres gesundes Fortschreiten auf seiner glänzenden Bahn beschieden sein!

× ×

England: Genossenschaftstag

AUCH der in der Pfingst-woche in Paisley abgehaltene Kongress des britischen Genossenschaftsverbandes darf als einer der bedeutungsvollsten seiner Art bezeichnet werden. Ausserlich war sein Verlauf ein ähnlich glänzender, wie der seiner Vorgänger: eine ungeheure Zahl von Delegierten (etwa 1500), Vertreter der Stadt, der Geistlichkeit, der Gewerkschaften und Lehrer und eine nicht geringe Zahl ausländischer Gäste. Einem dieser Gäste, dem bekannten schweizerischen Verbandssekretär Dr. Hans Müller, war sogar die noch nie einem Fremden zugebilligte Ehre zugefallen, die Inauguraladresse an den Kongress zu verlesen. Er erntete für die geschickte Lösung seiner Aufgabe den lebhaften Beifall der Versammlung, der wohl eben so sehr den Leistungen des Redners, wie einer Manifestierung der internationalen Gesinnungen der Genossenschafter galt. Eingeleitet wurde der Kongress am Sonnabend originellerweise durch eine genossenschaftliche Wagen- und Pferdeparade, an der sich 21 Vereine der Umgegend beteiligten, und die durch die eigenartige propagandistische Ausschmückung der Wagen und die Schönheit des Pferdema-terials grosses Aufsehen unter der Bevölkerung erregte. Dann folgte die Eröffnung der Ausstellung genossenschaftlicher Produkte durch einen Vertreter des Stadthauses. Am Sonntag fanden Versammlungen statt, und in vier Kirchen der Stadt predigten die Geistlichen über den genossenschaftlichen Gedanken als eine Wiederauflebung altchristlicher Gebote. Am Montag endlich wurden die Kongressverhandlungen selbst mit dem Müllerschen Referate eingeleitet,

dem die Ansprachen der anderen Gäste folgten.

DER Bericht des Zentralrats über die Entwicklung des Verbandes lag den Delegierten gedruckt vor. Wir werden über seine bedeutendsten Ziffern und Mitteilungen in nächster Nummer berichten. Unter den wichtigeren Verhandlungsgegenständen sei zunächst der Punkt *Ist die Genossenschaftsbewegung zur Lösung des industriellen Problems befähigt?* genannt. Das praktische Fazit des hierzu von Herrn Bisset gehaltenen Referats war leider nicht eine Beantwortung dieser hochinteressanten Frage, sondern nur eine Empfehlung der Erweiterung der Bank- abteilung der Grosseinkaufsgesellschaft, um die ungeheuren Summen, die heute in den verschiedenen Arbeiterorganisationen festgelegt sind und jährlich zirkulieren, für die Arbeiterschaft machtbringend zu verwerten, ein an und für sich ja auch sehr guter und nützlicher Gedanke, dem die Versammlung nach kurzer Diskussion ihre Zustimmung gab. Dann wandte der Kongress seine Aufmerksamkeit der Bodenfrage zu, die auch für die Genossenschaften eine grosse Rolle spielt. Nach einem interessanten bodenreformerschen Referat von J. G. Knight wurde eine die Besteuerung des Bodens nach seinem Werte verlangende Resolution angenommen.

DER Clou des Kongresses waren die Verhandlungen über die Frage der direkten parlamentarischen Vertretung der Genossenschaften. Der Referent J. Tweddel aus Hartlepool verglich die gewaltige Bedeutung, die heute schon die englische Genossenschaftsbewegung für das Volk habe, mit ihrem geringen Einfluss auf die Gesetzgebung. Die Genossenschaften befänden sich damit in einer ähnlichen Lage, wie bis vor kurzem die Gewerkschaften, deren Mitglieder die Geschäfte der beiden historischen Parteien besorgt hätten, ohne dass jemals etwas für sie selbst abgefallen wäre (?). Jetzt, wo sich die Gewerkschaften zu einem selbständigen politischen Vorgehen aufgerafft hätten, könnten die Genossenschaften das selbe tun, und zwar wäre in einem Zusammenhange mit dem L. R. C. die beste Gewähr eines Erfolges gegeben. Um diese Anschauungen entspann sich eine heisse Debatte, in der mit einem gewissen Recht geltend gemacht wurde, dass die Genossenschaften, deren Mitglieder allen Volkskreisen entstammten, sich nicht an eine ausgesprochene

Arbeiterpartei anschliessen dürften. Die Resolution Tweddels, die nur die Empfehlung der politischen Betätigung enthielt, wurde mit 654 gegen 271 Stimmen angenommen, ein das Zusammengehen mit der Arbeiterpartei verlangendes Amendement mit 801 gegen 135 Stimmen abgelehnt. Die hierdurch geschaffene Situation ist freilich auch nichts weniger als klar. Bei Aufstellung besonderer Genossenschaftskandidaten muss eine Zersplitterung der Kräfte der Arbeiter eintreten, die ja nicht mehrere Stimmen für die Vertreter ihrer verschiedenen Interessen zu vergeben haben. Besser wäre schon eine Unterstützung der sich auf genossenschaftsfreundliche Forderungen festlegenden Kandidaten anderer Parteien gewesen.

NACH Erledigung einiger praktischer Genossenschaftsangelegenheiten wurde der interessante Kongress, der seinen Nachfolger in Birmingham finden soll, geschlossen.

× Kurze Chronik BEI Gelegenheit des Stuttgarter Genossenschaftstages fand die Gründung eines Verbandes der Vorstandsmitglieder genossenschaftlicher Unternehmungen statt (vergl. *Sozialistische Monatshefte* 1905, I. Bd., pag. 178). Anwesend waren 126 Vorstandsmitglieder, von denen 118 sofort dem Verband beitraten. × Entgegen den Beschlüssen der Kommission wurde vom hessischen Landtag mit 21 gegen 19 Stimmen auf Antrag des Zentrums in das neue Gemeindesteuergesetz die gewerbliche Steuerpflicht der Konsumvereine aufgenommen. Mit Einführung dieser Steuer würde Hessen sein Privileg, als einziger deutscher Staat bisher eine gerechte Stellung in dieser Frage eingenommen zu haben, verlieren. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Populäre Literatur WÄHREND wir in unserer letzten Rundschau (im vorigen Bande, pag. 362 ff.) diejenigen empfehlenswerten Buchsammlungen angeführt hatten, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, die Hauptwerke der sogenannten *schönen Literatur* in billigen und doch guten Ausgaben zu popularisieren, hätten wir uns heute mit den viel zahlreicheren, rein populärwissenschaftlichen Sammlungen zu beschäftigen. Vorher möchten wir aber noch auf eine vorzügliche, das letzte

Mal leider ganz vergessene Sammlung aufmerksam machen, nämlich auf die *Cottasche Handbibliothek*, die vom Verlag Cotta in Stuttgart herausgegeben wird, und von der zurzeit rund 120 Nummern vorliegen. Sie enthält vorwiegend Hauptwerke deutscher Klassiker. Die Ausstattung der einzelnen Bändchen ist geschmackvoll, der Druck klar und genügend gross. Der Preis für die Nummer schwankt zwischen 25 und 70 Pf. Ein Einheitspreis für die Nummer wäre vielleicht für die Verbreitung dieser Sammlung günstiger gewesen.

WENDEN wir uns nun zu den populärwissenschaftlichen Sammlungen, die Arbeiterbibliotheken sowohl ihres billigen Preises, als auch ihrer wirklich volkstümlichen Darstellungsweise wegen zur Anschaffung empfohlen werden können. Wir beginnen mit der reichhaltigsten und in Arbeiterkreisen verdientermassen bekanntesten Sammlung, mit der vom Dietzschschen Verlage in Stuttgart herausgegebenen *Internationalen Bibliothek*, die in zwei Serien — die zweite ist illustriert — erschienen ist und ganz besonders klar und volkstümlich geschriebene Werke aus dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Nationalökonomie, der Kulturgeschichte, der Philosophie und der Hygiene enthält. Ausstattung und Druck der Bücher sind gut. Der Durchschnittspreis beträgt 2 bis 2,50 M. für das gebundene Exemplar. Diese lediglich von Sozialisten bearbeitete Sammlung sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

ZU den wirklich guten und billigen populärwissenschaftlichen Buchsammlungen, die ebenfalls in jeder Arbeiterbibliothek vorhanden sein sollte, und deren Mitarbeiter ebenfalls Sozialisten sind, gehört auch die Broschürenserie *Am Anfang des Jahrhunderts* /Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte/. Die Sammlung behandelt die Fortschritte, die auf allen Gebieten im XIX. Jahrhundert gemacht worden sind, indem sie Rückblicke auf die grossartigen Leistungen wirft, die diesem Jahrhundert sein besonderes Gepräge gegeben haben. Zur Einführung berichtet Dr. B. Borchardt im 1. Heft, betitelt *Kulturelle Umwälzungen im XIX. Jahrhundert*, in gemeinverständlicher Weise über die grossen Fortschritte auf den Hauptgebieten der Naturerkenntnis. Im 2. Heft gibt Wilhelm Bölsche in seiner fesselnden Art eine Übersicht über die Ergebnisse der Entwicklungslehre. Die weiteren Hefte behandeln dann in bunter

Folge die Weltwirtschaft (Calwer), die Kirche (Göhre), den Militarismus (Bleibtreu), die Frau (Schlesinger-Eckstein), Liebe und Liebesleben (Hellpach), die Prostitution (Blaschko), die Medizin (Zadek), die hygienische Kultur (Grotzahn), die Naturgeschichte (Grotzewitz), die Soziologie (Kelles-Krauz), Nationalismus und Internationalismus (Gumplowicz) und anderes mehr. Jedes Heft kostet 30 Pf. Bisher sind 15 Hefte erschienen, von denen einige illustriert sind.

EINE Sammlung, die in Arbeiterkreisen erst sehr wenig bekannt ist, die aber ihres ausserordentlich billigen Preises und besonders der Reichhaltigkeit der in ihr in erschöpfender und meist auch in volkstümlicher Weise behandelten Stoffe wegen die grösste Verbreitung verdiente, ist die bei B. G. Teubner in Leipzig unter dem Titel *Natur und Geisteswelt* erscheinende, zurzeit zirka 60 Nummern umfassende Sammlung wissenschaftlich - gemeinverständlicher Darstellungen. Der Preis ist mit Rücksicht auf die grossartige Ausstattung sehr niedrig. Es kostet jeder Band, geschmackvoll gebunden und reich mit gut ausgeführten, ausserordentlich instruktiven Bildern ausgestattet, 1,25 M. Wir können mit Ausnahme von einigen wenigen — wie zum Beispiel das von Braasch über die religiösen Strömungen — alle bisher erschienenen Bände dieser Sammlung den Arbeiterbibliotheken zur Anschaffung empfehlen; denn selbst die meisten unter denjenigen dieser Bände — es sind das besonders solche, die historische und theologische Fragen behandeln —, die Anschauungen vertreten, die der moderne Arbeiter nicht immer teilen kann, sind doch wert, gelesen zu werden. Ganz besonders empfehlen möchten wir aber aus dieser Sammlung die naturwissenschaftlichen, technischen und hygienischen Bücher. Die sollten in jeder Arbeiterbibliothek zu finden sein. Eine Sammlung, die ebenfalls den Arbeiterbibliotheken aufs angelegentlichste zur Anschaffung empfohlen werden kann, bilden die von der Franckhschen Verlags-handlung in Stuttgart, der Geschäftsstelle des *Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde* herausgegebenen, im besten Sinne gemeinverständlichen Werke naturwissenschaftlichen Inhalts. Das broschirierte, reich illustrierte Heft (6 Druckbogen stark) kostet 1 M. Alljährlich erscheinen 5 Hefte. Mitglieder der Gesellschaft — und Mitglied kann jeder Verein und jede

Einzelperson werden — erhalten die 5 Hefte und ausserdem die von der Gesellschaft herausgegebene, 10mal im Jahre erscheinende naturwissenschaftliche Zeitschrift *Kosmos* gegen Zahlung des Mitgliedsbeitrages von 4,80 M. jährlich. Als erstes Heft dieser Sammlung erschien ein Buch von W. Bölsche *Die Abstammung des Menschen*, das geradezu als ein Muster populärwissenschaftlicher Darstellungsweise bezeichnet werden kann. Weitere Hefte haben Dr. M. W. Meyer, den in weitesten Kreisen bekannten Astronomen und langjährigen Direktor der Berliner *Urania*, zum Verfasser. In dem einen Heft behandelte dieser berufene Führer durch die Rätsel des Weltalls die *Welterschöpfung*, in dem anderen Band den *Weltuntergang* auf Grund der neuesten Forschungen. Von den ordentlichen Veröffentlichungen des *Kosmos* für das Jahr 1905 sind bis jetzt erschienen: Bölsche *Stammbaum der Tiere* und Francé *Das Sinnesleben der Pflanzen*. UNTER dem Titel *Naturwissenschaftliche Elementarbücher* sind in dem Verlag von Karl J. Trübner in Strassburg 11 Oktavbändchen erschienen, die als Leitfäden zur Einführung in die einzelnen naturwissenschaftlichen Disziplinen (vertreten sind: Chemie, Physik, Astronomie, physikalische Geographie, Geologie, Tierkunde, Botanik, Mineralogie, Physiologie und allgemeine Einführung in die Naturwissenschaften) gedacht und eigentlich für Schüler geschrieben worden sind, die aber deshalb — weil sie eben nichts als gesunden Menschenverstand voraussetzen und ganz methodisch vom Leichteren zum Schwereren vorgehen — gerade den Arbeitern, die ja in unserer heutigen Volksschule an naturwissenschaftlicher Belehrung wenig genug empfangen haben, zur ersten Einführung in die einzelnen Fachgebiete der Naturwissenschaften aufs beste empfohlen werden können. Die ganze Sammlung kostet 8,80 M., doch können auch die schmuck gebundenen Bändchen einzeln zum Preise von 80 Pf. bezogen werden. Ebenfalls 80 Pf. kostet jeder Band der *Sammlung Götschen*, die in Leipzig im Götschenschen Verlag erscheint und wohl die reichhaltigste populärwissenschaftliche Sammlung ist. Es dürfte wohl schwerlich noch ein Wissensgebiet zu finden sein, das nicht in einem der zirka 150 Bändchen dieser Sammlung behandelt ist. Jedes Bändchen (8 bis 10 Bogen stark) bietet in knapper, auf streng wissenschaft-

licher Grundlage und den neuesten Ergebnissen und Forschungen beruhender, meist auch leicht verständlicher Darstellungsform stets zuverlässige Belehrung. Jedes Bändchen ist eine Art kleinen Kompendiums, das in leicht übersichtlicher Weise nur das Wesentliche der betreffenden Wissenschaft, ihren modernsten allgemeinen Stand, zur Darstellung bringt. Jeder Arbeiter, der seine allgemeine Bildung in diesem oder jenem Wissenschaftsgebiete vertiefen will, aus Mangel an Zeit aber keine grossen Lehrbücher studieren kann, greife getrost zu diesen Bändchen. Einige der selben sind ja bereits in den verschiedenen Rubriken der Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte* gewürdigt worden.

EINE durch grosse Billigkeit sich auszeichnende Sammlung von gemeinverständlichen Abhandlungen aus allen Wissensgebieten erscheint seit kurzem unter dem Namen *Hillgers illustrierte Volksbücher* in dem Hillgerschen Verlage in Berlin. Das dauerhaft broschierte Bändchen (zirka 6 Bogen stark) kostet 30 Pf., im Abonnement 25 Pf. Die Sammlung ist somit die billigste aller illustrierten Volksbüchereien. Erschienen sind bis jetzt etwa 30 Bändchen aus verschiedenen Wissensgebieten. Fachautoritäten, wie Dr. M. W. Meyer, Professor Dr. Migula, Dr. W. Haake und andere mehr, sind Mitarbeiter dieser Volksbücherei. Kleine Arbeiterbibliotheken, die mit äusserst knappen Mitteln zu rechnen haben, seien besonders auf diese Sammlung aufmerksam gemacht.

× ×

Kurze Chronik AUCH in diesem Jahre veranstaltet der Berliner Arbeiterturnverein *Fichte*

Kinderspiele an den Sonntagen. Es sind vier Spielplätze ausgewählt, und der Abmarsch erfolgt von ebensoviele Sammelstellen. Im vorigen Sommer spielten 4767 Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren unter Leitung von 478 Turnern und Turnerinnen. Diese Kinderspiele sind eine höchst erfreuliche und notwendige Erweiterung jener Volkserziehung, die das arbeitende Volk sich selber aus eigener Kraft geschaffen. Wo genügend Kräfte vorhanden sind, möchte man sie nachgeahmt sehen. × Im Alter von 73 Jahren starb Dr. Max Hirsch, der bekannte Mitbegründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Um die Volksbildung hatte er sich besonders bei

Errichtung der *Humboldt-Akademie* verdient gemacht.

MAX HERMANN BAEGE

Frauenbewegung

Kongresse, Ver VOM 5. bis zum 7. Juni bandstage etc. fand in Danzig die 6. Generalversammlung des

Bundes deutscher Frauenvereine statt. Neben der Besprechung verschiedener im Fluss befindlicher Fragen praktischer Arbeit (Beteiligung der Frauen an Vormundschaften, am Versicherungswesen, Mutterschutz und Rechtsschutz der Unehelichen, Sittlichkeitsfragen etc.) wurde die Schaffung eines leicht verständlichen Programms erörtert und ferner beschlossen, eine Reorganisation der Bundesverfassung in die Wege zu leiten; beides wurde einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen. Nach dem Reorganisationsplan sollen fortan nicht mehr Einzelvereine, sondern nur Verbände Mitglieder des Bundes sein können. So wertvoll eine fachliche und örtlich respektive nach geographischen Gesichtspunkten zusammengefasste Gliederung zweifellos ist, so ist andererseits die Befürchtung nicht abzuweisen, dass der Ausschluss der Einzelvereine vom unmittelbaren Bundesleben leicht zur Einflusslosigkeit und daraus folgenden Gleichgültigkeit der Einzelvereine und zu einer akademischen Erstarrung der Bundesleitung und Vertretung führen kann. Dem Bund gehören gegenwärtig 193 Vereine an, gegen 158 im September 1902. Charakteristisch für diese Tagung war der Mangel des grossen Zuges, der begeisterungsfähigen, geschlossenen Einheitlichkeit. Aus dem Mosaik der getreuen Kleinarbeit setzt sich Grosses und Grösstes zusammen. Jene Kleinarbeit in der Stille der Einzelvereine oder Kommissionen ist aber nicht zu verwechseln mit Kleinheit und Kleinlichkeit, die nirgendwo, am allerletzten aber auf den Jahresrevuen, zugelassen sein sollten.

DER *Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte*, der 1800 Mitglieder zählt, hat in einer Resolution seiner jüngsten Hauptversammlung die Einführung des obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsunterrichtes auch für die weiblichen Handlungsgeschillen gefordert.

VON den Provinzial- und Landesfrauen tagen, die in jüngster Zeit so ziemlich in allen Teilen Deutschlands stattfanden, ist zu sagen, dass sie alle und von den verschiedensten Seiten her Zeugnis dafür ablegten, dass die Frauen befähigt sind,

in sachlicher und reifer Weise an der Beratung von Angelegenheiten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens tätigen Anteil zu nehmen. Vermissten aber lassen alle diese Tagungen den auch die Gefahr nicht achtenden Überschwang der Jugend, die rücksichtslose und kräftige Stellungnahme zu den allgemeinen bewegenden Tagesfragen. Sie sind vielleicht abgeklärter und vorsichtiger, als es ihrer Zukunft dienlich sein mag.

DER *Bund österreichischer Frauenvereine*, der nunmehr 38 Vereine umfasst, behandelte auf seiner jüngsten Tagung eine Reihe aktueller Fragen, unter denen der Kampf gegen die rückschrittlichen Landesschulgesetze und gegen die das Wahlrecht der Frauen verkürzende Wahlrechtsnovelle an erster Stelle standen.

EIN russischer Frauenkongress, der in Moskau unter Teilnahme von 500 Frauen stattfand, hat eine Resolution gefasst, in der die politische Befreiung Russlands, die Beendigung des Krieges und die rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen gefordert wurde.

× **Arbeiterinnenbewegung** ×
 DER Cölner Gewerkschaftskongress hatte die Frage der Agitation unter

den Arbeiterinnen auf seine Tagesordnung gesetzt. Trotzdem hatte man aus allen Gauen Deutschlands nur drei weibliche Delegierte entsandt. Darin offenbart sich ebensoviel Gleichgültigkeit und Unverständnis von seiten der Mehrzahl der männlichen Gewerkschafter, als sich Geringerschätzung in den Ausführungen des Genossen Cohen, des Vertreters der Metallarbeiter, aussprach. Wir wollen nicht, obwohl hier der Ort dazu wäre, von der wertvollen Arbeit, der unermüdlischen Pflichttreue, der Hingabe bis zur Selbstaufopferung reden, die die in der gewerkschaftlichen und politischen Agitation stehenden Frauen auf der Rednertribüne, wie in der Werkstuben- und Hausagitation entfalten. Von einer bedauerlichen Rückständigkeit aber zeugt es, wenn selbst die Delegierten zum Gewerkschaftskongress, in denen man doch die Führer der Bewegung zu sehen hat, nicht oder mindestens nicht einmütig davon überzeugt sind, dass sie die Frauen haben müssen, wenn ihnen der Sieg werden soll. Nur wenn es gelingt, die Frauen in hellen Haufen den Gewerkschaften zuzuführen, nur wenn es gelingt, alle arbeitenden Frauen mit dem Geiste einer unbedingten

Solidarität zu erfüllen, sie als Gleiche in das Heer der Arbeit einzureihen, darf man hoffen, siegreich aus dem Kampf um die wirtschaftliche und soziale Macht hervorzugehen. Von dieser Warte muss die Frau und ihre agitatorische Mitarbeit gewertet werden.

SO gesehen erfährt auch die ziffernmässige Anteilnahme der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsorganisation die rechte Beleuchtung. Im Jahresdurchschnitt von 1904 betrug sie 48 604; gegen 40 666 im Jahre 1903. Das bedeutet eine Zunahme von 16½% gegen eine Steigerung von 12 448 = 44%, die das Vorjahr aufzuweisen hatte. Mit dem Grösserwerden der absoluten Zahlen ist notwendig eine Abnahme des relativen Zuwachses verknüpft. Immerhin tut aber diese Zahl, die nach der Berufs- und Gewerbezahlung von 1895 nur 5.17% (gegenüber 24.08% der organisierten männlichen Berufsgenossen) der gewerblichen Arbeiterinnen, in Wirklichkeit sogar nur 4.5% umfasst, überzeugend dar, wie ungeheuer viel an aufklarer und werbender Arbeit noch zu tun ist, bevor ein einigermaßen nennenswerter Bruchteil der gewerblich tätigen weiblichen Bevölkerung zum Verständnis seiner Lage und dementsprechender Pflichterfüllung erzogen sein wird. Die stärkste weibliche Mitgliedschaft hat der Textilarbeiterverband mit 13 126, die aber nur 4.22% der weiblichen Berufsangehörigen repräsentieren. Drei Verbände zählen mehr als 5000 weibliche Mitglieder (Tabakarbeiter, Buchbinder und Metallarbeiter), und eine Gewerkschaft (der Fabrikarbeiterverband) hat 4921. Im Verband der Handelsangestellten überrufen die weiblichen Mitglieder mit 1717 um etwas die 1631 männlichen. In drei Gewerkschaften übersteigt der Prozentsatz der weiblichen organisierten Berufsangehörigen den der männlichen Berufsgenossen. So im Buchbinderverband mit 39.49 gegen 35.93%, bei den Schuhmachern 29.24 gegen 22.70%; bei den Konditoren mit 24.29% gegen 19.13%.

×
 Ku 200 Chronik VOM Nürnberger Arbeitersekretariat ist als vierte beamtete Kraft eine Sekretärin angestellt worden. ×
 Als städtische Schulärztin wurde in Hannover Frau Dr. Rose Senger angestellt. × Ein junger sozialdemokratischer Frauenverband, der seit einigen Jahren in den Vereinigten Staaten besteht, zählt gegenwärtig 25

Zweigvereine mit reichlich 700 Mitgliedern. Seine Tätigkeit ist bis jetzt vorwiegend aufklärender und erzieherischer Art. Daneben agiert er als Hilfstruppe der sozialistischen Partei Amerikas. X In Südf r a n k r e i c h haben die Textilarbeiter eine Resolution gefasst, welche fordert, dass die Löhne von männlichen und weiblichen Arbeitern gleich sein sollen, da es Raub sei, einer Frau weniger für Erzeugung einer Elle des selben Stoffes zu zahlen, nur weil sie eine Frau sei. X Die internationale Arbeitersch konferenz in Bern hat als Grundlage eines internationalen Abkommens das Verbot der industriellen Frauen n a c h t a r b e i t aufgestellt und eine ununterbrochene, mindestens 11stündige Nachtruhe vorgesehen. Ausnahmen sind zulässig bei Betriebsunterbrechung durch höhere Gewalt und für Verarbeitung leicht verderblicher Rohmaterialien. Zu bedauern ist die Beschränkung der beabsichtigten Verordnung auf Betriebe mit mehr als 10 Arbeitskräften, die Nichtanwendung auf Anlagen, in denen nur Familienmitglieder tätig sind und endlich die Rücksicht auf die sogenannten *Saisonindustrien*, die während 60 Tage im Jahre die Arbeitsruhe auf 10 Stunden beschränken dürfen. X Der Frankfurter Hauspflegeverein, der erste in seiner Art, hat im Jahre 1904 945 Pflegen geleistet; die dortige Rechtsschutzstelle hat in 1271 Fällen ordnend und vermittelnd eingegriffen. X In der bekannten Blankeneser Notzuchtsaffäre sind die vier Burschen, die das Verbrechen verübt haben, freigesprochen, die Kritiker des Rechtsspruches zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt respektive unter Anklage gestellt worden. HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Dichtkunst Erzählungen

IM alten Kinderringelreihen wird es abgesungen, wie's die kleinen Buben machen, die jungen Herren, die alten Damen: Peitsche knallen, Hut abnehmen, Püppchen wiegen, Locken drehen und lustig also fort durchs leichte ABC des Alltagslebens. Die Jungen und Mädels tanzen dazu und fühlen nur Freude an mirmischen Spiel. Sie ahnen nicht, was hinter der tändelnden Afferei verdeckt ruht an Geheimnissen der Seele, an zischelndem Feuer des Gemütes. Das muss erst ein Kundiger ausschürfen. Ein

Erfahrener muss erst in den inneren Rätseln die abgeblendeten Ewigkeitsleuchten erblicken lassen, die noch glommen hinter der lautbunten Augenweide. Sehr viele waren mit Fleiss am Werke; Preis und Ruhm gebührt nur wenigen. MIT seinem *Pastor Klinghammer* hatte sich Wilhelm Hegeler unseren obersten Romanschreibern eingereiht. *Flammen*, sein jüngstes Buch /Berlin, Fleischer/ schliesst nicht eine volle Innigkeit der Lebensschilderung in sich. Ein Gelehrter kommt erst in übereilter, schmerzhaft gewöhnlicher Ehe zu wirklicher Liebe. Die ist ihm jedoch verboten. Er muss alle Flammen des Wehs, der Begeisterung für einen hohen Beruf, der Menschenverehrung und des anbietenden Schönheitsdienstes ersticken, als die Hegerin all dieser Gluten im Tode hingeht. AUCH in Felix Hollaenders *Traum und Tod* /Berlin, S. Fischer/ erstartet ein trauernder Gelehrter am Grabe der Frau, zu der er die Hände nicht hatte heben dürfen, weil eine qualvolle Ehe ihn band. Einmal hat er die Geliebte, ein mysteriös gescheitertes Sonnenkind, an sich gerissen; ihre Hoffnungsmüdigkeit auf die Zukunft wird dem entzündeten Weibe unerträglich. Der Sprung ins Wasser macht sie frei. Ein Paar erst im Traum, hernach im Tod. Noch andere werden ihm gesellt, durch Erinnerungen verklungener Zeiten unwoben, Prachtmenschen im Pfarrrentalar, ein jüdischer Schwarmgeist, der nach der Taufe liberaler Kleinkinderlehrer wird, Greise, die von gediegener Adelsherrlichkeit Träume spinnen und sehr enttäuscht aufwachen, als ihre Töchter mit handfesten Bedienten nach Amerika entsegeln. Ein altes Märchenschloss, Landschaften in Schnee und lichter Sommerpracht sind die Stätten der Begebnisse. Hollaender hat sehr viel Zurechtgestelltes und in eisalter Gewandtheit Hervorgebrachtes mit Stimmungsvollem und Rührendem gemischt. Ein mittelmässiges Buch entstand. — DIE Geschichte des verwöhnten Städters, der unwillig, aber doch zu gutem Ende eine ländliche Verwandte ehelicht, erzählt Kurt Aram mit grossem Lärm und geringer Kunst in *Schloss Ewich* /Fleischer/. Das Werk soll erziehen und stellt bäuerliche Ursprünglichkeit mit einem leisen Einschlag von modern Fauligem der grossstädtischen Lebensverzerrung gegenüber. Aram hat sich die Arbeit zu bequem gemacht. Er verschmäht grobe Romanzufälle nicht, übergrosse Deutlich-

keiten beim Schildern von Gruppenanschauungen und innerlichen Kämpfen reichen ihm zu keiner Pein. Er denkt viel besser, als er dichtet. So schuf er einen poetischen Bastard.

GANZ rein ein soziales Problem als Dichtung zu verkörpern, ist eben ein verdammtes saures Unternehmen, an dem auch Edouard Rod im *Sieger* (Übersetzung /Berlin, Hüpeden & Merzyn/) die Kräfte wetzt. Das Jammerschicksal der italienischen Knaben im Betriebe der Glasindustrie wird gezeichnet. Das beineuen und wollen ändern ein paar rosige Schwärmer, das bekämpfen recht ernste Wirtschaftsmenschen. Das nutzen für die schmutzigste Eigenbereicherung sehr böse Hassler dieser armen, verkrüppelten, verlassenen Stiefkinder der Glückseligkeit. Man kennt die Gegensätze an Ereignissen, die von solchen Romanwelten sich schälen lassen. Die Kinder werden den Eltern fremd. Ehen sollen geschlossen werden aus Politik, nicht aus Liebe. Der Reiche am goldenen Tisch ist ein Geizkragen, ein anderer Sieger im Mammonskampf lässt sein illegitimes Liebchen sitzen, als ihm der gemünzte Segen von anderen Lippen zulächelt. Die gerechte Vergeltung trifft ihn als wohlgezielte Revolverkugel, geschossen von der Verratenen, Abgehärmten. Eine unterhaltsame Abänderung bringt der *Sieger*, indem statt des Betrügers dessen geschmückte Braut in den Sand fällt. Sonst ist bei Rod kein Glanz und keine Poetenherrlichkeit zu finden.

DOCH bei Gustaf Geijerstam, dem Norden, schimmert rechter Augenrost. Zwei Menschen nur kämpfen, aber deren stilles, im Tiefsten rieselndes Blut entfacht mehr mitfühlendes Leben, als die Massen der todgeweihten Glasbläser und deren Schinder mit ihrem Anhang. Die Örtlichkeit wird ein Symbol des Seelenkampfes, die Zeit und deren Stimmungsinbrunst verwirrt das Ringen noch schwerer. Die leisen und doch so kunstweise gefundenen Worte sind starke Waffen im Kampf. Durch des Geschickes törichte Verflechtung ist ein Mann des verschwiegenen Sinnens zu grossen Taten gedrängt worden. Eine Weile trägt ihn der Erfolg. Wie ihm Familienglück und die geschäftliche Macht zerbröckeln, ist seine Rettung ein Schuss in die Schläfe. (*Kampf der Seelen* /Berlin, S. Fischer/).

DIE drei folgenden Erzähler sind gewiss sehr achtbare Charaktere mit gestunden

und liebenswürdigen Absichten für das Wohl der Menschheit; ihre Musik jedoch klingt sehr an Misston reich. Was Ruth Bré in theoretischen Schriften zum Schutz der Mütter gefordert hat, wollte sie in einem Roman *Ecce Mater!* /Leipzig, Dietrich/ als Kunstwerk gestalten. Der Pater Veridicus mochte es sich nicht versagen, ein Tagebuch zu schreiben, darinnen berichtet wird, wie im Kloster Sadismus, Mord, Männerliebe und die schlimmsten Verworfenheiten zum täglichen Brot gehören. (*Hinter geweihten Mauern* /Berlin, Bermühler/). Das Paradiesleben *Im Zukunftsstaat* /Berlin, Hüpeden & Merzyn/ hat es Hans Hardt angetan. Wilhelm Schmidt-Bonn, der kein Dramatiker, aber ein vorzüglicher Erzähler kleiner Geschichten bis jetzt geworden ist, gab in seinen *Raben* /Berlin, Fleischel/ ganz Ausgereiftes. Wie er im *Schlaraffenland* das Problem des Kinderkreuzzuges als epischen Vorwurf greift, das weit echte Dichterzüge. Er ist mit Clara Viebig schon oft in einem Atem genannt worden. Sie sammelt ihre Skizzen in dem Bande *Naturgewalten* /Berlin, Fleischel/, der Altes und jüngst Entstandenes vereint. Den fließenden Reichtum Selma Lagerlöfs zeigen ihre kleinen Geschichten *Unsichtbare Bande* /Berlin, Wunder/ wieder. Ein literarischer Neuling, Jakob Schaffner, schliesst den Kreis mit einem Romane *Irrfahrten* /Berlin S. Fischer/. Das hebt flott und mollig an mit dem heiteren Geschick des Schustermädels, das den italienischen, radebrechenden Gesellen nicht mag und ein Auge wirft auf den benachbarten Delikatessenkrämer. Die beiden Meister, deren Töchter, die sich Sonntags voller Freundschaft beim Haar aufstecken helfen, Klatschbasen und andere Gestalten sind ganze Menschen. Wenn dann die Schilderung der Personen beendet ist, und die Geschichte fortfabuliert werden soll, bekommt sie einen Bruch. Die Brautleute erkennen sich auf Romantikerweise in seltsamer Weise mit einander verknüpft. Ein gutes Drittel der Geschehnisse wird Zuhörenden als Selbsterlebtes erzählt, und das bringt geschraubte, ermattende Partien. Auch in diesen verunglückten Teilen ist manche Oase. Und gerade die Uniform im Gemisch mit wirklich Begabtem spannt auf eine vielleicht kommende Reife.

×

×

Kurze Chronik, DES Böhmen J. S. Machar versifizierter Roman *Magdalena* /Wien, Brand/ handelt von dem Leben einer Dirne, die kurze Zeit in geordnete und verheissende Zustände kommt, dann aber wieder ins Laster getrieben wird. × Von George Meredith erschienen bisher deutsch im Verlag S. Fischer in Berlin *Der Egoist* und *Richard Feverel*; bei Bruns in Minden *Harry Richmonds Abenteuer* und *Diana am Kreuzweg*. × Der letztere Verlag ediert H. S. Wells utopische Zukunftsromane *Die Zeitmaschine*, *Dr. Moreaus Insel*, *Die Riesen kommen*. × In dem verdienstvollen Verlag von Hesse in Leipzig erscheint Ernst Wasserziehers Blütenlese *Deutsche Lyrik*, die ein Hausbuch sein will. × Ebendort eine begrüssenswerte neue Ausgabe von Georg Herweghs *Gedichten eines Lebendigen*.

MAX HOCHDORF

Musik

Allgemeines

DIE moderne Musik ist in ihrer Entwicklung noch nicht so weit, dass wir sie in bestimmte Richtungen einteilen können. Es gelingt uns noch nicht einmal, die allgemeine Strömung festzustellen. Immer fanden sich Propheten, die glaubten, sie hätten die *moderne Richtung* gefunden; und alle Prophezeiungen hatten das gemein, dass sie nicht eintrafen. Ich will mich daher damit begnügen, eine allgemeine Charakterisierung des augenblicklichen Standes der Musik zu geben. ELNE gewisse Widerspiegelung der modernen Musik zeigt sich in unserer Stellung zur alten Kunst. Die Grössen werden entweder verachtet oder in ein anderes Licht gerückt. War Mozart früher der Komponist des Lieblichen — eine heute verhasste Kunst — als Gegensatz zu Beethoven und Bach, so ist er jetzt ganz in ihre Nähe gestellt. Typisch für den modernen Mozart ist ein kürzlich zum erstenmal gespieltes Werk von ihm, *Adagio und Fuge für Orchester*, eine tiefe, grosszügige, gewaltige Schöpfung. Ähnliche Werke werden von Bach, Händel, Gluck, Beethoven ans Licht gezogen — von letzterem eine herrliche Fuge. Man fühlt sich in ihren Tiefen wohl, während man an der leichteren Musik, zum Beispiel Haydn, wenig Geschmack mehr findet. Und dann die Meister des XIX. Jahrhunderts: ein grosser Sprung müsste gemacht werden über Weber, Schubert, Mendelssohn hinweg, weiter über Berlioz,

Wagner zu Brahms und höher zu — es fehlt uns ein Musiker, greifen wir zum Dichter, zu Nietzsche. Was bei Nietzsche charakteristisch ist, die gewaltige überreizte Phantasie und ihr einheitliches, enges Verhältnis zur Persönlichkeit des Dichters, wird es auch in der Musik. Hier ist nicht ein Berührungspunkt mit der modernen Musik, sondern ihr Ursprung. Verschmelzung von Werk und Persönlichkeit, darauf baut sich unsere Musik auf. Der Einfluss Nietzsches geht bis ins Innerste dieser Kunst, selbst bis in die Einzelheiten. Nicht nur, dass die Komponisten Nietzsches Werke so oft zu Texten oder Unterlagen ihrer Werke benutzen, durch die Dichtungen in Worten, wie die in Tönen geht ein gemeinsamer Zug: der ohnmächtige Kampf gegen das Leiden. Es ist kein Zufall, dass fast alle modernen Scherzi ihre Wurzeln haben in Beethovens düsteren Moll-Scherzi; kein Zufall, dass die Finales oft so schwach sind. Wo Beethoven glänzende Siegesfeste feiert, da müssen die *Modernen* leer werden. Ein wesentlicher Unterschied trennt sie wieder von Nietzsche. Bei diesem ist das Leben zwar ein verborgener Kampf, aber er unterliegt als Held; bei jenen von vornherein Resignation. Und noch ein anderer Gegensatz: Bei Nietzsche ketten sich Stimmung und Gedanken (im Sinne von logischem Denken) fest aneinander; bei den Musikern unserer Tage fliehen sie sich. Eine tiefe Stimmung schliesst bei ihnen einen grossen Gedankenaufbau aus. *Stimmung* ist das Schlagwort der *Modernen*, *Stimmung* der Inhalt ihrer Musik.

HIERMIT ist ein zweites Problem gegeben, das der Form. In der klassischen Kunst ist sie ein festes Gefäss, in der Romantik ein Gewand; auch das ist uns noch zu robust, die Form muss sich dem Inhalt noch feiner anpassen; sie wird gleichsam zu einem dünnen Schleier, so durchsichtig, dass viele die moderne Kunst für formlos halten. Die alte, grosse Form verschwindet. Wer könnte heute ein Werk schaffen in der Einheit, in der Beethoven die Symphonie, Wagner die Oper gedacht hat, jetzt, wo der Künstler nicht mehr über, sondern in seinem Schaffen steht! Es sei denn, dass durch den Stimmungsgehalt eine einheitliche innere und damit auch äussere Form entsteht. Das kleine Charakterstück dagegen kommt wieder zu Ehren, aber nicht mehr im alten Sinne, sondern als Stimmungsbild. Die neue Form — es gibt

nicht die neue Form, jedes Stimmungsbild hat seine eigene, ein Schematisieren ist ausgeschlossen. In gleicher Weise dürfen wir nicht mehr von der Sprache des Musikers reden, jeder Künstler bildet sich seine eigene. Nachdem alle Fesseln der Melodie- und Harmonieführung abgestreift sind, kann jeder darin seine Persönlichkeit entfalten, selbst in Rhythmus und Kontrapunkt ist man noch freier, noch persönlicher geworden. Auch die Instrumentation wird von grösster Bedeutung. Die nuancierungsfähigsten Ausdrucksmittel, Streichinstrumente und menschliche Stimme, treten in den Vordergrund und werden bis ins äusserste ausgenutzt. Hierin kann jeder, der in der Technik der Instrumentation gut bewandert ist — und das sind fast alle bis zur Raffiniertheit — eine wahre Persönlichkeitsschwelgerei treiben.

IN diesem Persönlichkeitskult liegt eine Gefahr für die moderne Musik. Vielen Komponisten fehlt eine wirkliche, innere Persönlichkeit, die sie nun künstlich markieren wollen. Sie sind selber keine Dichter und glauben, sich in fremde Stimmungen vertiefen zu können. Die Folge ist, dass ihre Musik zu einem misslungenen Versuch wird, eine Stimmung, oft die Einzelheiten und Zufälligkeiten eines Textes, zu charakterisieren. Ihre Werke sind nicht selbst voll Stimmung, sondern klammern sich ängstlich an Stimmungen an. Nicht weniger gefährlich ist der gegenteilige Fehler: der zu fein fühlender Persönlichkeiten. Ihre Stimmungen sind zu intensiv. Die Komponisten kommen nicht über sie hinaus. Es fehlt die Kraft zur Gedankengesaltung, Gedankenentfaltung. Wir haben tiefe Persönlichkeiten, aber keine grossen. Das waren unsere *Alten*, die Beethoven, Brahms. . . .

DAS wäre in groben Zügen das Wesen der modernen Musik; seit Jahren schon steht sie so vor uns. Wir haben Komponisten, von denen wir hoffen können, dass sie den entscheidenden Einfluss ausüben werden. Aber haben wir das nicht schon vor Jahren erwarten dürfen, und sind wir nicht schon so oft enttäuscht worden? Bleiben wir beim Hoffen!

×
Kurze Chronik AUF dem 1. lothringischen Musikfest wurden neue französische Werke von César Franck und Charpentier mit Beifall aufgenommen. × Dank dem Eintreten der *Neuen Bachgesellschaft* ist

uns die Erhaltung von Bachs Geburtshaus wahrscheinlich. Zur Beschaffung der nötigen Geldsumme hat G. Schumann mit dem *Philharmonischen Orchester* drei Bachkonzerte gegeben und den Überschuss der *Bachgesellschaft* zugewendet. × In Wien ist ein Strauss-Lanner-Denkmal enthüllt worden.

×
Literatur UNTER dem Sammeltitel *Die Musik* gibt Richard Strauss im Verlage von Bard, Marquardt & Co. eine Reihe von Monographien heraus. Die erste, *Beethoven* von A. Göllerich, behandelt in erster Linie die Person Beethovens und bringt interessante Auszüge aus den Kritiken und Beurteilungen der Zeitgenossen. Eine Einführung in das Wesen der Beethovenschen Kunst, die ich nach Strauss' Vorwort erwarten konnte, bietet das Buch nicht. O. Bie, der vielseitige Ästhetiker, ist durch zwei Bücher vertreten: *Tanzmusik* und *Intime Musik*. Er behandelt seine Aufgaben als Essays. Die Form, in der er plaudert, ist höchst unterhaltend; die Darstellung ist aber nicht sehr kritisch. Im Inhalt steht die *Intime Musik* hinter der *Tanzmusik* zurück. × In der *Sammlung Götschen* gibt K. Grunsky eine *Musikgeschichte des XVII. und XVIII. Jahrhunderts* /Leipzig, Götschen/. Nichts Neues, weder in Inhalt noch in Darstellung. Und doch ist sein Werk nicht überflüssig, wie so viele ähnliche Musikgeschichten. Geschichte stellt Grunsky aus dem grossen Material das Wesentliche zusammen und legt das Hauptgewicht darauf, die Fortschritte daran zu zeigen. Die Komponisten sind in der Charakterisierung etwas allzu knapp behandelt. Ein Weniger an Aufzählungen, Namen und Zahlen würde das empfehlenswerte Buch vielen noch wertvoller machen.

ERNST AARMANN

DIVERSA

Bücher

Simon: *Robert VON den Vorkämpfern Owen des Sozialismus in der ersten Hälfte des XIX.*

Jahrhunderts war Owen zweifellos der grösste und furchtbarste und zugleich derjenige, dessen Wesen und dessen Verdienste die summarische Bezeichnung *Utopist* am wenigsten gerecht wird. Man sollte ihn lieber den klassischen Sozialisten der frühkapitalistischen Ära nennen.

War doch sein Wirken in der New Lanark Zeit nichts anderes, als der von einem genialen Praktiker mit genialpraktischen Mitteln unternommene Versuch, den eben erst im Werden begriffenen grossindustriellen Kapitalismus von vornherein im sozialreformerischen und weiterhin im sozialistischen Sinne umzubilden, sozusagen das kapitalistische Insekt noch im Raupenstadium mit der sozialistischen Schlupfwespe zu impfen. Und dieser Versuch ist nicht gescheitert an dem wohlverstandenen Klasseninteresse der Besitzenden, sondern an ihrer missverständlichen, verblindet-kurzichtigen Klassenselbstsucht, an ihrer spezifischen Klassenborniertheit. Denn, wie das 28jährige praktische Wirken Owens als Leiter der grossen Baumwollspinnerei von New Lanark beweist, hätte das Eingehen auf Owens Reformideen die englischen Fabrikanten nicht nur nicht ruiniert, sondern ihnen im Gegenteil auf Generationen hinaus einen noch grösseren Wohlstand gesichert, für die Zukunft aber den unvermeidlichen Kämpfen eine ungleich mildere, für beide Teile relativ schmerzlose Form gegeben. Dass nun Owen bei den Kapitalisten weitblickende Einsicht suchte und nichts fand, als blinde Habgier, die sich hinter mehr oder minder heuchlerische religiöse Bedenken verschanzte, das ist kein Vorwurf für ihn; er hat als erster diese Erfahrung gemacht und mit seinem Herzblut das Lehrgeld dafür gezahlt; wir ändern, die wir auf seinen Schultern stehen, haben leicht spotten. Auch dass er nicht von Anfang an, sondern erst von 1819 ab — nachdem sein Arbeiterschutzgesetz vom Parlament zu einem kläglichen Flickwerk verstümmelt worden war — mit seiner Agitation sich an die Arbeiter selbst wendet, ist leicht genug zu erklären: fand er doch in New Lanark die Fabrikarbeiter als eine nicht nur verelendete und verwilderte, sondern geradezu halbvertierte Menge vor, welche er durch eine Art gütig-bevormundender Kinderzucht erst schrittweise zur Menschlichkeit erzog. Und der jähe Zusammenbruch der Anfang der dreissiger Jahre von Owen geleiteten Arbeiterbewegung beweist, dass auch damals die Zeit noch nicht reif war. Erst musste generationenlang fortgesetzter staatlicher Arbeiterschutz, verbunden mit einem staatlich geförderten Volksschulwesen, ein ganz neues Geschlecht von Fabrikarbeitern schaffen, bevor auch ausserhalb der Handwerkerkreise eine

wohlorganisierte Arbeiterbewegung sich in stetiger zielbewusster Tätigkeit behaupten und von Erfolg zu Erfolg schreiten konnte. Die Vorbedingungen aber hierfür zu schaffen, jene *körperliche und geistige Wiedergeburt* des Fabrikproletariats vorzubereiten, die später Marx so begeistert pries, dazu hat Owen so mächtig beigetragen, wie kein zweiter. Und wenn er, aufs tiefste erschüttert von seinen Niederlagen, als 64jähriger Greis vom kampfbereiten Agitator sich rückwärts mausert zum Propheten einer völlig unpolitischen tolstojanerhaften Versöhnungssekte und damit ins Hintertreffen gerät gegenüber der heldenmütig anstürmenden Chartistenbewegung: so nimmt er damit nur teil an der allgemeinen Tragik der Grössten, der Allergrössten selbst: dass auch sie alt und morsch werden, während um sie her neues Leben aufblüht.

MAN sieht: das Bild Owens, das ich auf Grund der fabelhaft fleissigen und dabei ungemein gewissenhaften und objektiven, bei Gustav Fischer in Jena erschienenen Arbeit von Helene Simon zu zeichnen in der Lage bin, weicht sehr beträchtlich ab von der schablonenhaften Karikatur, wie sie leider in so vielen sozialistischen Köpfen spukt. Diese Richtigstellung einer oberflächlichen und ungerechten Tradition ist ein bleibendes, hohes Verdienst der Verfasserin. Wer ihr Buch aufmerksam liest, wird sich der Erkenntnis kaum verschliessen können, dass trotz seiner Irrtümer und Misserfolge der Welsche Robert Owen vielleicht der Grösste war unter allen Zauberern aus Wales — grösser, als Owen Gledower, der die Lüfte singen machte, grösser selbst, als Merlin, der die Sprache der Vögel verstand. LADISLAUS GUMPLOWICZ

× Bölsche: *Ernst* ALS im Jahr 1898 im Voigtländerschen Verlag eine Biographie Darwins

von Bölsche erschien, ging sie ziemlich unbeachtet vorüber, obschon sie zum Besten gehört, was Bölsche geschrieben, und in wirklich idealer Weise den Begriff der *Biographie* verkörpert. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob man die einzelnen Daten vom Leben Darwins behalten hat oder nicht, ob man zu einer richtigen Würdigung seiner wissenschaftlichen Bedeutung gelangt oder nicht: wir besitzen ihn, wenn wir das Büchlein gelesen haben, als einen ganz bestimmten Wert in der Schatzkammer unseres See-

lenlebens. Es ist nur selbstverständlich, dass die Biographie eines Lebenden, wie sie Bölsche über Haeckel geschrieben /Dresden, Reissner/, nicht so monumental wirken kann, wie die über einen Verstorbenen, und es berührt nur angenehm, dass Bölsche seine persönliche, innige und grosse Empfindung weit mehr dämpft, als in der Darwin-Biographie, obgleich zwischen Haeckel und Bölsche neben dem festen Band des Lehrers zum Schüler auch eine wirkliche Wesensverwandtschaft besteht. Diese beiden Männer bebauen nicht nur — freilich mit quantitativen und qualitativen Unterschieden — das selbe Ackerland, sondern sind sich auch darin verwandt, dass hinter und neben dem Forscher die Künstlerseele sich mächtig hervordrängt, bei Haeckel in wildem Ungestüm mit Flammen und Rutten, bei Bölsche mit der Tendenz, friedliche Ausgleiche zu finden, die den Menschen die Möglichkeit geben, das Leben in Schönheit zu geniessen. Der Vergleich hört natürlich auf, sobald man die eigentlichen wissenschaftlichen Leistungen der beiden einander gegenüberstellt. »Das ist der grosse philosophische Traum des rauhen technischen Arbeitsmannes des XIX. Jahrhunderts. Die Hand voll Russ, aber der Geist voll Licht, voll Sternlicht und Weltenlicht... Nur, wer diese Melodie zu finden weiss, der versteht die Grösse eines Mannes, wie Ernst Haeckel.« Das ist der hübsche Grundgedanke, den Bölsche in der Einleitung zur Jugendgeschichte Haeckels bringt, und diese Jugendgeschichte selbst liest sich wie eine erquickliche Erzählung, und ist so herrlich weit entfernt von all dem, was heute eine nervöse Jugend zu empfinden pflegt. Von früh auf füllt rastlose Arbeit Haeckels Leben aus. Zuerst beschäftigte er sich mit Botanik, und, wie Bölsche meint, brachte er in dieses Gebiet das ästhetische Empfinden hinein, das Goethe, der zwei Jahre vor Haeckels Geburt gestorben, als erster gefühlt. Überhaupt gehört Haeckel zu jener engeren Gemeinde, die von Goethe direkt beeinflusst ist, und »von Goethe stammt auch der Urgrund seiner Weltanschauung... Als Haeckel auf seiner eigenen Bahn sich mit Darwin berührte, war er der erste, der sah und mit Nachdruck betonte, dass Darwin nur eine logische Entwicklung Goethescher Ideen war.« Sachlich berichtend — Haeckel gab selber dem Freunde viel biographische Einzelheiten an — verfolgt Bölsche die Entwicklung weiter

und präzisiert besonders fein den Einfluss verschiedener Lehrer auf Haeckel; so vor allem von Johannes Müller und Virchow. Darauf folgen die beglückenden Reisejahre. Vorerst nach Indien, wo sich Haeckels Künstlerseele frei ringt, als er in sich das Talent zum *Landschaftsmaler* entdeckt; von diesem Zeichentalent geben einzelne Skizzen im Buche eine feine Probe. Mit innigem Verständnis begleitet nun Bölsche ihn bis zum Jahre 1866, wo die *Generelle Morphologie der Organismen* erscheint, das Grund- und Hauptwerk, »auf das die Nachwelt zurückgehen wird, wenn sie Haeckel fassen will, polemisch, wie apologetisch, und er versucht, Haeckel scharf einzustellen, indem er abmisst, inwiefern Haeckel von anderen ausgeht, wo er über sie hinausragt, und wie seine wissenschaftliche Tätigkeit sich dahin zusammenfassen lässt, dass er Darwin in einem einzigen engeren Gedanken aus seiner Ideenwelt weiter baut, und zwar in dem biogenetischen Grundgesetz. Neben dem freudigen Mitgehen mit der Person gibt Bölsche ein klares Bild der Entwicklung der Idee und lässt uns immer auch den lebenswürdigen, kraftvollen und freimütigen Menschen sehen, der trotz der ungezählten Anfeindungen, die gegen ihn gerichtet waren, nicht wankte und nicht wich, und der an seinem Lebensabend auf ein grosses getanes Werk zurückschauen kann. In der Rede, die Bölsche auf dem Kommers der Berliner *Freien Hochschule* zu Ehren Haeckels gehalten, brach denn auch gleich einem harmonischen Ausklang die persönliche Freundschaft und Verehrung Bölsches für Haeckel ungehemmt durch.

IDA HANY-LUX

Notizen

Religion und Sozialdemokratie IN seinem Artikel *Religion — Privatsache* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 589 ff.) wendet sich Genosse Göhre gegen meinen Vorschlag, den Satz *Erklärung der Religion sur Privatsache* aus dem Programm zu streichen. Er hat vier Gründe, die ihm meinen Vorschlag als verfehlt, ja als schädlich für die Partei erscheinen lassen. Ich will mich in Ansehung dessen, dass man sich durch eine Polemik von Artikeln zu Artikel doch nicht überzeugt, nicht auf eine ausführliche Widerlegung seiner Einwände einlassen, sondern mich auf die Zurückweisung einiger seiner Unrichtigkeiten und Missverständnisse

beschränken. Göhre meint, die Beibehaltung des bewussten Satzes sei geboten, weil er »in der denkbar einfachsten und bündigsten Form die in Religions- und Kirchensachen wichtigste Forderung unserer Partei an den Staat ausspricht«. Vorher nennt Göhre meine sonstigen Vorschläge bezüglich des Punktes 6 des Programms »nicht nur diskutabel, sondern auch akzeptabel«. Wenn er nun meine Formulierung *Weltlichkeit des Gemeinwesens, seiner Einrichtungen und Veranstaltungen; die religiösen Gemeinschaften haben die Rechte und Pflichten privater Vereinigungen* akzeptiert, so ist damit das Verhältnis von Staat zu Kirche und Religion in einer Weise festgelegt, wie sie *einfacher und bündiger* nicht formuliert werden kann.

WEITER meint Göhre, der genannte Satz bewahre »ausdrücklich und darum gründlich die Partei vor der Gefahr, eine Bewegung der unbedingten Religions- und Kirchenfeindschaft zu werden, ihr eigenes originales Wesen und mit ihm ihre sieghafte, allmählich die Welt umwandelnde Kraft zu verlieren«. Göhre warnt wiederholt vor der Gefahr, »zu einer Partei der blossen Religionsfeindschaft und Kulturkämpferei herabgedrückt zu werden«. Ich denke zu hoch von der Sozialdemokratie, um ihr die Dummheiten zuzutrauen, die Göhre kommen sieht, wenn der fragliche Satz fällt. Ich glaube auch nicht, wenn sonst keine Gründe vorlägen, die die Partei zwingen, das Richtige zu tun und das Verkehrte zu unterlassen, dass ein Programmsätzchen dazu im stande wäre.

ZUM dritten meint Göhre, der bewusste Satz ermögliche auch gläubigen Personen den Zutritt und die Zugehörigkeit zur Partei. Ich möchte demgegenüber Göhre auf den § 1 unseres Organisationsstatuts hinweisen, worin es heisst: »Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt«. Von einer Verpflichtung auf einen Glauben oder den Unglauben ist hier nicht die Rede — und das sollte meines Erachtens genügen. SCHLIESSLICH führt Göhre als Grund für die Notwendigkeit des genannten Satzes noch an, »dass unter seiner allgemeinen und allseitigen Anerkennung und Befolgung die Ausbildung einer ehrlichen und gründlichen religiösen Toleranz endlich möglich wird. Diese Toleranz ist bereits gewährleistet durch Punkt 4 des

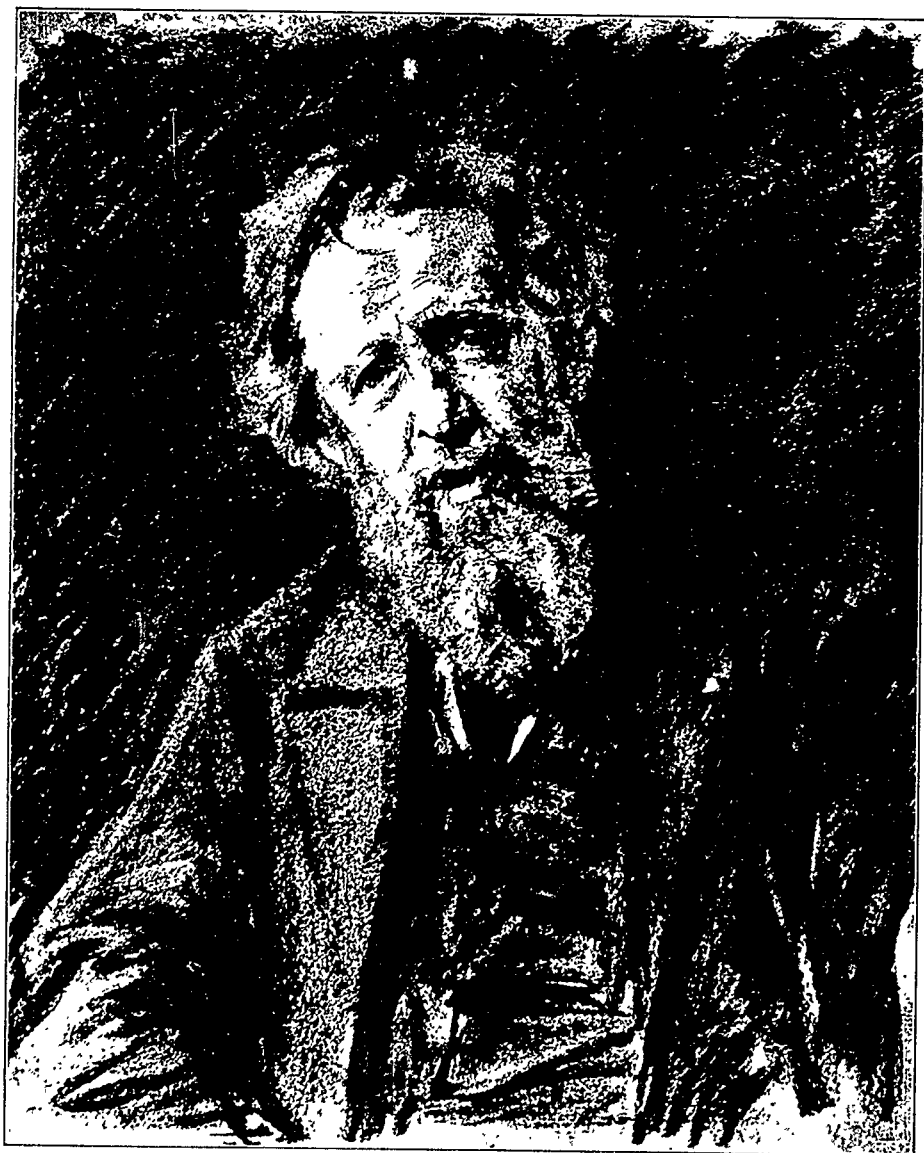
Programms, der da lautet: »Abschaffung aller Gesetze, die die freie Meinungsäusserung und das Recht der Versammlung und Vereinigung einschränken oder unterdrücken«. Mehr, als diese auf Gleichberechtigung gegründete Toleranz, der Kirche und jeder religiösen Meinung und Betätigung zu gewähren, sind wir nicht verpflichtet. Im übrigen aber wollen wir aussprechen, was ist: dass wir der Kirche und der von ihr vertretenen Religion feindlich gegenüberstehen, dass der Partei die Religion in diesem Sinne nicht Privatsache ist und auch nicht sein kann, wir müssten denn dem Klerikalismus gegenüber uns gleichgültig verhalten, wie auch der Wissenschaft.

WIE ich mir den Kampf gegen Kirche und Religion denke, geht aus den Schlusssätzen meines Artikels hervor: »Ausser der Förderung gesetzgeberischer Massnahmen zur Verbreitung der Volksbildung und Volksaufklärung, namentlich durch Einwirkung auf die Schule, bleibt der eigenen Tätigkeit der Partei auf diesem Gebiete noch vieles vorbehalten. Eine Jugendliteratur haben wir noch gar nicht und auch in der Herausgabe von Aufklärungsschriften über kulturgeschichtliche und naturwissenschaftliche Fragen hat die Partei noch sozusagen alles nachzuholen« — wobei ich übrigens nicht, wie Göhre zu meinen scheint, Rosenows Werk *Wider die Pfaffenherrschaft* als Muster hingestellt haben möchte. Wer meinen Artikel *Sozialdemokratie und Religion* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag 511 ff.), gegen den Göhre polemisiert, *sine ira et studio* gelesen hat, der wird mich nicht im Verdacht haben, dass ich beabsichtige, der Kulturkämpferei und Pfaffenfresserei das Wort zu reden. Ich stehe ein Dutzend Jahre auf einem in religiöser Beziehung recht vorgeschobenem Posten in der Parteibewegung und habe in dem, was in dieser Hinsicht der Partei gut ist, im Laufe der Zeit einige Erfahrung gesammelt. Wenn ich dafür eintrete, dass der Satz *Erklärung der Religion zur Privatsache* aus dem Programm gestrichen wird, so deshalb, weil er doppelsinnig, das heisst in dem einen Sinne verkehrt und in dem andern Sinne überflüssig ist. Ich will mit der Streichung des Satzes keiner neuen Taktik das Wort reden, sondern nur aussprechen, was ist, und trotz der Bedenken des Genossen Göhre bin ich der Meinung, dass man damit am weitesten kommt.

AUGUST ERDMANN

9

10



CONSTANTIN MEUNIER - NACH EINER ZEICHNUNG VON MAX
LIEBERMANN